



Enquetekommission V

11. Sitzung (öffentlich)

24. August 2015

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:30 Uhr bis 13:05 Uhr

13:40 Uhr bis 16:15 Uhr

Vorsitz: Ingrid Hack (SPD)

Protokoll: Iris Staubermann, Rainer Klemann

Verhandlungspunkt:

Zeitpolitik

– Anhörung von Sachverständigen –

Hierzu werden die in der folgenden Tabelle aufgeführten Sachverständigen angehört.

Organisationen/Verbände	Sachverständige	Stellungnahmen
Ruhr-Universität Bochum, Zentrum für interdisziplinäre Regionalforschung	Dr. Angelika Engelbert	16/2842
Universität Duisburg-Essen, Institut Arbeit und Qualifikation	Dr. Sybille Stöbe-Blossey	16/2832
Deutscher Familienverband, Landesverband NRW	Petra Windeck	16/2906
Landesarbeitsgemeinschaft der Familienverbände in Nordrhein-Westfalen	Elisabeth Löckener	16/2885
Landeselternbeirat der Kindertageseinrichtungen NRW	Attila Gümüs	16/2841
Kinder- und Jugendrat NRW	Chantal Schalla	16/2840
Verband allein erziehender Mütter und Väter, Landesverband Nordrhein-Westfalen	Antje Beierling	16/2809
Institut der deutschen Wirtschaft Köln	Dr. Hans-Peter Klös	16/2824
Landesvereinigung der Unternehmensverbände Nordrhein-Westfalen	Johannes Pöttering	16/2845
ver.di, Landesbezirk NRW	Diane Tigges-Brünger	16/2908
	Imke Meyer	16/2844
Deutsches Jugendinstitut	Dr. Karin Jurczyk	16/2853
Justus-Liebig-Universität Gießen, Institut für Erziehungswissenschaften	Prof. Dr. Ludwig Stecher	–/–
Landesjugendring NRW	Roland Mecklenburg	16/2856
	Sarah van Dawen-Agreiter	
LandeschülerInnenvertretung NRW	Jasmin Bäumker	16/2907

Organisationen/Verbände	Sachverständige	Stellungnahmen
Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe	Prof. Dr. Uwe Becker	-/-
Verband berufstätiger Mütter	Cornelia Spachholz	-/-
Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit	Dr. Frank Bauer	16/2831
Verband deutscher Unternehmerinnen	Claudia Große-Leege	16/2823
Handwerkskammer Düsseldorf	Claudia Schulte	16/2839
RWE AG	Uwe Tigges	16/2899
ABA Fachverband Offene Arbeit mit Kindern und Jugendlichen	Dr. Christiane Richard-Elsner	16/2857

Weitere Stellungnahme	
Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände NRW	16/2838

* * *

Zeitpolitik

– Anhörung von Sachverständigen –

Vorsitzende Ingrid Hack: Herzlich willkommen und guten Morgen, sehr verehrte Damen und Herren! Zu unserer 11. Sitzung der Enquetekommission zur Zukunft der Familienpolitik begrüße ich Sie alle ganz herzlich: die Kommissionsmitglieder, die Zuhörerinnen und Zuhörer und ganz besonders – das sei mir heute erlaubt – die zahlreichen Expertinnen und Experten, die unserer Einladung für die heutige Anhörung zum Thema Zeitpolitik gefolgt sind. – Vielen Dank, dass Sie sich die Zeit nehmen und vielen Dank für die ausführlichen und intensiven Stellungnahmen, die Sie für unsere heutige Veranstaltung abgegeben haben.

Es ist unschwer zu erkennen, unsere Anhörung wird live im Landtags-Stream übertragen. Das bedingt noch mehr als sonst, dass Sie bitte auf jeden Fall das Mikrofon benutzen. Durch die Mikrofonschaltung zoomt die Kamera nämlich automatisch auf diejenige Person, die gerade das Wort hat. Ich hoffe, wir denken alle daran.

Zu der Tagesordnung sind mir keine Änderungs- und Ergänzungswünsche zugegangen. Wir treten in die Tagesordnung ein. Die Enquetekommission hat am 18. Mai 2015 beschlossen, zur Zeitpolitik eine öffentliche Anhörung mit Ihnen als Sachverständigen durchzuführen. Mit Schreiben der Präsidentin vom 18. Juni 2015 wurden Sie zu dieser Anhörung eingeladen. Ich freue mich sehr, dass Sie die Zeit dafür finden und im Vorfeld gefunden haben, um unsere Fragen zu beantworten. Am Eingang liegen Überstücke der Stellungnahmen und des Tableaus aus.

Den ABA Fachverband, Offene Arbeit mit Kindern und Jugendlichen e. V, finden Sie im Tableau auf Seite 2 ganz unten. Vom Fachverband ist entgegen des Ihnen vorliegenden Ausdrucks Frau Richard-Elsner erschienen. Darüber freuen wir uns. Sie steht somit für Fragen zur Verfügung.

Bevor wir beginnen, möchte ich einige organisatorische Hinweise geben. In Anlehnung an den dieser Anhörung zugrundeliegenden Fragenkatalog werden wir vier getrennte Themenblöcke nacheinander aufrufen, und zwar Arbeitswelt und Vereinbarkeit, Schule und Kita, kommunale Familienzeitpolitik sowie Familienzeit allgemein und Politik allgemein. Das ist vor allen Dingen einer Tatsache geschuldet. Wir konnten im Vorfeld erfahren, dass die Sachverständigen zu den erstgenannten Themen teilweise nur bis mittags anwesend sein können. Daher haben wir uns für diese thematische Aufteilung entschieden.

Ich darf die Kolleginnen und Kollegen darum bitten, sich pro Fragerunde auf zwei bis drei Fragen zu beschränken und – wie es hier im Hause immer üblich ist – konkret zu benennen, welche Sachverständigen Sie mit Ihrer Frage ansprechen, sodass konkret geantwortet werden kann. Ich bitte um Beachtung des Themenblocks, in dem wir uns jeweils befinden.

Wegen der erfreulich hohen Zahl von Sachverständigen, die heute zu uns gekommen ist, bitte ich ausdrücklich darum, nicht jeweils alle Sachverständigen mit Fragen anzusprechen.

Ich darf als erstes Fragen der Kommissionsmitglieder an die Sachverständigen zum Bereich Arbeitswelt und Vereinbarkeit aufrufen. Ich bitte die Kommissionsmitglieder um Wortmeldungen zu diesem Bereich. – Frau Velte beginnt. Vielen Dank.

Jutta Velte (GRÜNE): Herzlich Willkommen auch von meiner Seite an alle Sachverständigen. Vielen Dank dafür, dass Sie sich an diesem schönen Tag nach Düsseldorf bemühen. Ich begrenze mich auf vier Fragen.

Die erste Frage richtet sich an die Unternehmer und an das Institut der deutschen Wirtschaft. Sie haben in Ihren Stellungnahmen sehr intensiv ausgeführt, wie Sie flexible Arbeitszeiten gestalten wollen. Sie haben eine Menge dazu geschrieben. Aber die Erfahrung ist, bei der Reduktion von Arbeitszeiten oder bei verschiedenen Gestaltungsweisen bleiben gerade die Karrierechancen von Frauen auf der Strecke. Wie versuchen Sie, Karrierenachteile zu verhindern, wenn die Unternehmerinnen-schaft so intensiv aufgestellt ist? Mit welchen Angeboten gehen Sie insbesondere auf die Frauen zu?

Die zweite Frage richtet sich an das DJI. Sie raten den Unternehmerinnen und Unternehmern in Ihrer Stellungnahme zu einem familienbewussten Führungsstil. Welche Aspekte zählen aus Ihrer Sicht zu einem familienfreundlichen Führungsstil? Das schließt sich direkt an die Frage nach Karrierechancen von Männern und Frauen in Unternehmen an.

Ich möchte das Institut der deutschen Wirtschaft und die Diakonie zu der Frage der Lebensarbeitszeitkonten in die Pflicht nehmen. Lebensarbeitszeitkonten sind ein viel diskutiertes Modell. Mit Blick auf die Diakonie und den vielen sozialen Berufen, die sich in der Diakonie zusammenfinden, stellt sich die Frage, wie sich Familie gut mit Arbeitszeiten gerade im Fürsorgebereich gestalten lässt. – Das wäre es von meiner Seite. Danke.

Vorsitzende Ingrid Hack: Vielen Dank, Frau Velte. – Ich verfare wie üblich. Zunächst sammeln wir Fragen. Dann können die Sachverständigen antworten. Als nächster Redner spricht Herr Jörg und anschließend Herr Dr. Kerbein. – Bitte schön, Herr Jörg!

Wolfgang Jörg (SPD): Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Herzlichen Dank, dass Sie alle die Zeit gefunden haben, uns zu beraten. Ich habe zwei Fragen.

Die erste richtet sich an Frau Dr. Jurczyk. Sie beschreiben, informelle Normens- und Verhaltenskodizes würden familienbewusste Personalpolitik konterkarieren. Haben Sie konkrete Beispiele dafür? Können Sie uns dazu exemplarisch etwas sagen?

Darüber hinaus sagen Sie, Arbeitszeitmodelle werden vor allem aus Sicht der Unternehmen geführt und nicht aus Sicht der Familien. Auch dazu bitte ich um Beispiele und um Vorschläge dafür, wie man es aus Ihrer Sicht besser entwickeln könnte.

Dr. Björn Kerbein (FDP): Mein Dank geht an die Sachverständigen für das heutige Erscheinen. Ich habe drei Fragen. Die erste Frage richtet sich an die Unternehmer NRW. Sie haben geschrieben, kleine Unternehmen haben einige Probleme mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Das würde ich gern etwas vertiefen und von Ihnen wissen, welche Lösungsvorschläge Sie haben.

Dann bitte ich um ein paar Ausführungen zur Betriebs-Kita und dazu, wie Probleme mit Betriebs-Kitas besser gelöst werden können.

Die nächste Frage richtet sich an Frau Schulte von der Handwerkskammer Düsseldorf. Sie haben in Ihrer Stellungnahme beschrieben, wie in der Vergangenheit das Familienleben im Handwerk stattgefunden hat. Wir möchten wissen, ob es früher handwerkstypische Gewohnheiten gegeben hat, die das Familienleben früher geregelt haben. Führen Sie das bitte aus. Wie sieht es heute aus? Was hat sich in dieser Hinsicht im Handwerk geändert?

Die letzte Frage richtet sich an den Verband deutscher Unternehmerinnen. Sie haben beschrieben, die Aufteilung der Familienverantwortung ist sehr individuell. Wir möchten gerne wissen, wie sich Ihr Verband wünscht, wie man diese individuellen Entscheidungen noch besser unterstützen kann. – Danke schön.

Daniel Düngel (PIRATEN): Ganz herzlichen Dank auch von mir und meiner Fraktion dafür, dass Sie heute hier sind und uns Rede und Antwort stehen. Meine erste Frage richtet sich hauptsächlich an den Vertreter der RWE bzw. an die Unternehmensverbände Nordrhein-Westfalen.

In den Stellungnahmen wird vielfach darauf verwiesen, dass Grenzen zwischen Berufs- und Privatleben verschwimmen, was wiederum zu einer schlechteren Vereinbarkeit von Familie und Beruf führt. Von Ihnen möchte ich etwas darüber hören, inwieweit Sie selbst darauf achten können, damit diese Grenzen nicht verschwimmen.

Die zweite Frage richtet sich an den Landeselternbeirat. In Ihrer Stellungnahme deuten Sie an, Branchen mit Fachkräftemangel kümmern sich besser um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Mich interessiert das. Vielleicht können Sie zwei oder drei Sätze dazu ergänzen, welche positiven Beispiele es gibt und welche Branchen das speziell sind.

Meine dritte Frage ist eigentlich eher eine These, die ich in den Raum stelle. Mich interessiert dazu eine Stellungnahme von RWE, von der Handwerkskammer Düsseldorf, vom Institut für Arbeit und Qualifikation sowie von den Unternehmensverbänden NRW. Die These lautet: Die fortschreitende Technisierung von Arbeitsabläufen führt dazu, dass eine Vollzeitbeschäftigung für alle erwerbstätigen Arbeitnehmer nicht mehr zu realisieren ist. – Dazu bitte ich um ein oder zwei Sätze von Ihnen. Wenn sich sonst jemand berufen fühlt, dazu noch etwas zu ergänzen, freue ich mich ebenfalls. – Vielen Dank.

Walter Kern (CDU): Die CDU-Fraktion bedankt sich bei allen Experten für die teilweise sehr umfassenden Stellungnahmen. Sie sind alle lesenswert und diskussionswürdig.

Ich möchte mit einer Frage an die Handwerkskammer Düsseldorf beginnen. Sie schreiben zunächst, die Familie als Institution ist für die Gesellschaft unverzichtbar. Sie sehen für die Fachkräfte eine zunehmende Professionalisierung in den Betrieben. Es handelt sich hier um eine Landeskommission. Welche Lösungsansätze kann Ihnen das Land Nordrhein-Westfalen bieten, damit Sie sich unterstützt fühlen?

In die zweite Frage möchte ich den Verband allein erziehender Mütter und Väter einbeziehen. Er wünscht sich insbesondere in Krisensituationen wie Pflege oder Krankheit mehr Unterstützung. Welche Ansätze sehen Sie?

Darüber hinaus möchte ich Frau Große-Leege vom Verband deutscher Unternehmerinnen fragen, welche Vereinbarkeitsinstrumente Sie insbesondere für kleine und mittelständische Unternehmen sehen. Welche Unterstützung wünschen Sie sich von der Landespolitik? Kann die Landespolitik aus Ihrer Sicht überhaupt unterstützen oder ist das vielmehr ein Thema der Tarifvertragsparteien? – Das waren unsere Fragen zum Einstieg.

Vorsitzende Ingrid Hack: Ganz herzlichen Dank für die Fragestellungen. – Als Experten sind zunächst konkret Herr Dr. Klös, Herr Pöttering, Frau Dr. Jurczyk und Herr Prof. Becker angesprochen worden. – Ich bitte Sie zu beginnen, Herr Dr. Klös.

Dr. Hans-Peter Klös (Institut der deutschen Wirtschaft Köln): Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Frau Velte, vielen Dank für die Frage. Es ging zum einen um Lebensarbeitszeitkonten und zum anderen um Karriere.

Lebensarbeitszeitkonten sind in der Tat ein sehr relevantes Thema. Die achte Familienberichtskommission der Bundesregierung hat vier Handlungsfelder für eine sogenannte Familienzeit definiert: Zeitsynchronisation, Zeitsouveränität, Zeitkompetenz und Zeitumverteilung. – Wir befinden uns mit Lebensarbeitszeitkonten sicherlich bei der Frage, ob man über die Erwerbsbiografie hinweg Arbeitszeiten verteilen kann. Das ist die dahinterstehende Frage. Diese Frage bricht sich langsam auch in einem familienzeitpolitischen Kontext Bahn. Wir müssen die Empirie zum Thema Lebensarbeitszeitkonten zur Kenntnis nehmen. Sie ist ungefähr so zusammenzufassen: Die Verbreitung von Lebensarbeitszeitkonten ist in Deutschland bisher eher die Ausnahme.

Lebensarbeitszeitkonten brechen sich ein wenig in Unternehmen mit sehr elaborierter Personalpolitik Bahn. Das ist aber bisher eher ein Thema für einen kleinen Kreis von Unternehmen. Es setzt nämlich einen hohen Professionalitätsgrad an betrieblicher Personalpolitik voraus. Wir haben von der rechtlichen Seite her gewisse Probleme bei der administrativen Bewältigung von Lebensarbeitszeitkonten. Die Fragen der Ansparung und der Insolvenzsicherung gehören dazu. All das ist ein sehr komplexer Vorgang. Das Bundesarbeitsministerium hat dazu einschlägige Forschung aus dem Jahr 2012 vorgelegt, wonach sich auch die sogenannten Entnahmeformen

für Lebensarbeitszeitkonten sehr unterschiedlich gestalten. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass die klassische Entnahmeform für Lebensarbeitszeitkonten nach wie vor eher der vorgezogene Ruhestand ist und nicht das, was mit Lebensarbeitszeitkonten auch intendiert sein könnte, nämlich eine Verteilung über den Lebensverlauf hinweg, in dem man Zeitstressphasen und Vereinbarkeitsengpässe hat. Das ist noch nicht soweit.

Wir sollten das Thema Lebensarbeitszeitkonten als auf der Agenda befindlich betrachten. Wir sollten uns auf die administrativen Randbedingungen konzentrieren. Was kann man an der Ecke tun? Aber es ist natürlich auch ein bundesgesetzliches Thema.

Das andere Thema spielt in die betriebliche Personalpolitik hinein. Es ist sicherlich eine Herausforderung für die Verantwortlichen der betrieblichen Personalpolitik. Dort ist der Schnittpunkt zum Thema Karriere, Frau Velte. Die Empirie, die unter anderem unser Institut zum Thema familienfreundliche Arbeitszeitarrangements vorlegt, hat einen klaren Befund. Wir verfolgen es seit 2003 alle drei Jahre. Die Verbreitung von familienfreundlichen Arbeitszeitmodellen hat substantiell sprunghaft zugenommen. Es gibt Evidenz dafür, dass die Autonomie bei der Bestimmung darüber, wann Arbeitszeiten flexibel sind, beschäftigtenseitig zugenommen hat. Aber wir bleiben an einem Punkt in gewisser Weise mit der Realität konfrontiert. Flexible Arbeitsformen haben bei den Karriereperspektiven noch nicht zwingend mit dem sogenannten Normalarbeitsverhältnis gleichgezogen. Das bleibt eine Aufgabe.

Vielleicht muss man nüchtern bestimmte andere Rahmenbedingungen in den Blick nehmen. Man kann nach wie vor sagen, nicht alle Führungspositionen sind teilbar. Das ist ein Teil des Anerkennens einer betrieblichen Realität. Es bleibt abzuwarten, ob sich dieser Befund in den nächsten Jahren auflösen wird. Aber die Vergangenheit zeigt, bei der Teilbarkeit von Führungspositionen haben wir bisher keine riesigen Geländegewinne erzielt. – Vielen Dank.

Dr. Karin Jurczyk (Deutsches Jugendinstitut): Ich hoffe, dass ich mich an alle Fragen gut erinnere. Die erste Frage ging in Richtung eines familienbewussten Führungsstils. Was ist das überhaupt? Was gehört dazu? Was sind die Dimensionen? Die Untersuchungen dazu zeigen, der wichtigste Aspekt ist, zu berücksichtigen, dass Arbeitskräfte alle nicht nur Arbeitskräfte sind. Alle sind in unterschiedlicher Weise in Sorgearbeiten eingebunden. Auch Alleinlebende versorgen manchmal ihre Eltern, die in einem anderen Haushalt leben. Der allerwichtigste Punkt ist, ein vor mir sitzender Beschäftigter ist in der Regel eine Person, die ein privates Leben nicht nur mit Muße, sondern mit ganz konkreten Sorgearbeiten hat. Es ist im Übrigen wichtig, dieses nicht nur für Frauen zu bedenken und sofort diesen Link zu machen „Frauen müssen sich kümmern.“ Auch Männer haben in der Regel – wenngleich sehr viel öfter delegiert – Sorgearbeiten.

Das ist sozusagen die Grundhaltung, die für einen familienbewussten Führungsstil von Bedeutung ist. Dann gibt es viele kleine Aspekte. Der nächstwichtigste Aspekt ist, das ganz konkrete Gespräch mit den Mitarbeitern zu suchen und zu schauen, was los ist; denn die Lebenslagen und die Sorgearforderungen verändern sich stän-

dig. Dafür könnte ein konkretes Instrument das Personalentwicklungsgespräch sein. In diesem Rahmen kann man genau hinschauen, wie die Situation nicht nur im Betrieb ist, sondern ob es irgendwelche Dinge gibt, die berücksichtigt werden müssen. Dazu gehört auch, Karriereoptionen in diese Richtung zu besprechen und zu schauen, welcher Karriereschritt möglich ist und eine längerfristige Perspektive zu eröffnen; denn Karriereoptionen sind nicht für alle gleichermaßen zu jedem Zeitpunkt möglich.

Dann gibt es viele Unternehmen, die inzwischen Angebote zur besseren Vereinbarkeit machen. Diese Angebote richten sich faktisch sehr häufig an Frauen. Sehr wichtig wäre es, diese gezielt auch an Männer zu richten. Aber es ist mit dem Öffnen von Angeboten nicht getan. Da kommt der Aspekt der Kultur ins Spiel. Es muss wesentlich darauf geachtet werden, dass diese strukturellen Möglichkeiten in einem Betrieb tatsächlich realisiert werden können. Empirische Untersuchungen zeigen, es gibt sehr oft die Angst vor Nachteilen, wenn ich die vorhandenen Optionen wie Home-Office wahrnehme. Das muss auf der Kulturebene eines Unternehmens immer wieder überprüft werden.

Der wichtigste Punkt ist das persönliche Vorbild. Auch Personen auf der mittleren Ebene und – wenn möglich – auf der höchsten Ebene müssen familienbewusst leben. Sie müssen selbst sagen, ich muss nicht immer bis 22 Uhr da sein, sondern ich habe ein Kind und gehe jetzt selbst nach Hause. Dieses konkrete Vorleben macht es glaubwürdig. – Das sind meine Antworten zu diesem Aspekt.

Die zweite Frage habe ich nicht verstanden. Es ging darum, inwieweit familienbewusste Maßnahmen durch Verhalten im Unternehmen konterkariert werden. Die Frage kam von Ihnen, Herr Jörg. Ist das richtig?

(Wolfgang Jörg [SPD]: Ja, durch informelle Normen und Verhaltenskodexe!)

– Genau. Das ist eigentlich mit dem gesagt, was ich eben angedeutet habe. Es nützt nicht viel, solche strukturellen Angebote zu machen, wenn ich weiß, es wirkt sich negativ für mich aus, wenn ich abends pünktlich nach Hause gehe. Da spielt der Aspekt der Kultur hinein. Man muss immer abgleichen, ob es negativ oder positiv sanktioniert wird, wenn Personen diese Maßnahmen in Anspruch nehmen. Es ist der wichtigste Punkt, immer wieder abzugleichen und zu schauen, wer im Betrieb vorwärts kommt, was sozusagen belobigt wird und ob diejenigen, die diese Angebote nutzen, Nachteile haben. Home-Office ist ein gutes Beispiel. Home-Office wird inzwischen angeboten. Trotzdem herrscht eine Anwesenheitskultur. Es gilt nach wie vor sehr stark dieses nachweislich falsche Diktum, je länger jemand da ist, umso mehr leistet jemand.

Der dritte Punkt bezog sich auf die Frage, ob Arbeitszeitmodelle aus Sicht der Unternehmen entwickelt werden und inwieweit die Perspektiven der Familien selbst einfließen. Man muss sich anschauen, von welchen Arbeitszeitmodellen man redet. Mehr als elf Prozent der Frauen arbeiten unfreiwillig Teilzeit. Wir haben in der Bundesrepublik insgesamt einen Abbau von Vollzeitarbeitsplätzen und eine Zunahme von Teilzeitarbeitsplätzen. Diejenigen, die Teilzeitarbeitsplätze in Anspruch nehmen,

sind nicht unbedingt immer diejenigen, die solche wünschen. Da gibt es eine Nichtdeckungsgleichheit von vorhandenen Vollzeitarbeitsplätzen und Vollzeitbeschäftigten. Dazu gibt es in der Regel – zumindest bei Neueinstellungen – keine Absprache. Es gibt die Notwendigkeit, dieses zur Verfügung stehende Angebot in der Form in Anspruch zu nehmen.

Ein anderer Bereich ist aus der Sicht von Familien sehr kritisch zu beurteilen. Das sind die Wochenendarbeit und die Abendarbeit. Sie hat nach Untersuchungen des WSI deutlich zugenommen. Man kann das sehr schön am Zeitverlauf sehen. Mehr als 25 % der Mütter und Väter arbeiten samstags und sonntags. Sonntag ist eigentlich der Familientag. Diese Zunahme der Wochenendarbeit ist wirklich ein großes Problem.

Man müsste diese Aspekte eigentlich differenzieren. Es ist einfach die Frage, von welchem Qualifizierungs- und Lohnbereich wir überhaupt reden. Wir wissen, bei den niedrigqualifizierten und niedrigentlohnten Arbeitsplätzen besteht ganz wenig Verhandlungsspielraum. Wir haben in Bayern vor etlichen Jahren eine Untersuchung zur kapazitätsorientierten variablen Arbeitszeit im Verkäuferinnenbereich gemacht. Dort ist Working-on-Demand die Devise. Man muss in dem Moment zur Verfügung stehen, in dem der Betrieb ruft. Das gilt vor allem für die Niedrigqualifizierten und Niedrigentlohnnten. Über diese Differenzierung muss man bei der ganzen Debatte sehr häufig nachdenken. – Dabei belasse ich es.

Prof. Dr. Uwe Becker (Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe): Die Frage betraf nicht die grundsätzliche Vereinbarkeitsebene der flexiblen Arbeitszeit insbesondere in der Pflege, sondern Lebensarbeitszeitkonten. Ich überblicke das nicht. Wir haben etwa 130.000 Beschäftigte in unserem Verbandsgebiet in vier Bundesländern. Ich wüsste von keiner Einrichtung, die so etwas wie ein Lebensarbeitszeitmodell praktiziert.

Hier sind mehrere Faktoren zu berücksichtigen. Karin Jurczyk hat einige schon angesprochen. Zunächst einmal ist die Unternehmensgröße zu berücksichtigen. Wir haben zum Beispiel am Anfang des Jahrtausends eine Umfrage bei den Körperschaften des öffentlichen Rechts, also bei den Kirchengemeinden gemacht. Wir sind zu dem erstaunlichen Ergebnis gekommen, dass wir eine durchschnittliche Beschäftigtenanzahl von 5,5 haben. Körperschaften sind selbstorganisiert. Es findet kein Austausch wegen der Anstellungsträgerschaft statt. In solchen kleinen Unternehmenskulturen ist so etwas wie ein Lebensarbeitszeitkonto überhaupt nicht planbar. Wir haben zum Teil einzelne Personen, die für jeweils eine bestimmte Berufssparte verantwortlich sind.

Etwa 60 % unserer Einrichtungen haben eine Größe zwischen einer und 50 Personen. Auch dort ist es grundsätzlich problematisch. Man kann darüber nachdenken, inwieweit innerhalb der stationären Pflege, der Eingliederungshilfe und der Krankenhäuser eine gewisse nachhaltige Organisation von Arbeitszeit überhaupt von der Unternehmenskultur her denkbar ist. Das Problem ist ein ganz anderes. Die Arbeitszeiten sind eben nicht nur Demand im Verkauf, sondern Demand, wenn es um Bedarfe geht. Wo Pflegebedarfe anfallen, kann man nicht nachts auftauchen und sagen, wir

haben das Arbeitszeitmodell so gewählt, dass wir nachts pflegen. Pflege bedeutet vor allen Dingen, morgens, mittags und abends zu pflegen.

Pflege ist weiblich. Insbesondere ambulante Pflegekräfte klagen über die dadurch gebundene Zeit. Das ist nicht immer Arbeitszeit. Wenn man morgens und abends pflegen muss, ist die Zeit dazwischen durch den Einsatz abends relativ stark gebunden. Sie wird dadurch entwertet. Es ist für diese Frauen sehr schwer, das familiäre Leben insgesamt zu gestalten, zumal weil durch den Ausfall von Kräften immer wieder Springer vorhanden sein müssen. Es kommen Wegezeiten hinzu. Es sind wenig verlässliche Zeiten. Pflegebedürftige Menschen können Sie nicht ihrer Situation überlassen. Man muss entsprechend präsent sein.

Im Bereich der Kitas und in anderen Bereichen gibt es Fachkräftevorgaben, bei denen Präsenz zu bestimmten Zeiten erwartet wird. Dort baut man nicht irgendwann Überstunden auf und baut sie irgendwann ab; denn es muss eine bestimmte Fachkraftquote erfüllt werden. Das gilt für Bereitschaftsdienste in der Jugendhilfe, in der Erziehungshilfe und ähnlich im betreuten Wohnen.

Wir sind bei ganz anderen Fragestellungen, nämlich bei der Frage, wie wir im Finanzierungssystem, insbesondere in der Pflege, soviel Puffer aufbauen, dass die gegenwärtige Lage nicht permanent auf die Zeitgestaltung der weiblichen Beschäftigten geht. Solange das Finanzierungssystem so gestaltet ist sehe ich wenige Chancen, eine familienverträgliche Lebensarbeitszeitkultur zu arrangieren. – Danke.

Claudia Schulte (Handwerkskammer Düsseldorf): Ich gehe zunächst auf die Frage zu den Unternehmerfamilien ein. Dann gab es eine Fragestellung, was Familienpolitik zur Professionalisierung beitragen kann. Schließlich wurde noch eine These zur Technisierung genannt. – Damit habe ich hoffentlich alle Themen erfasst.

Grundsätzlich zu den Unternehmerfamilien und der Frage, was sich im Handwerk verändert hat: Sie kennen alle die klassischen familiengeführten Handwerksbetriebe, bei denen die Ehefrau mehr oder weniger im Hintergrund zusammen mit dem Unternehmer das Unternehmen führt und sich als gute Seele im Betrieb um die Bedarfe der Mitarbeiter und darum kümmert, wie man Lösungen finden kann. Die heutige Unternehmerfrau ist nicht mehr unbedingt mit im Betrieb tätig. Die Unternehmerfrau hat oftmals ihren eigenen Beruf und ihre eigene Ausbildung. Sie bleibt als Standbein zur Existenzsicherung auch in ihrem Beruf. Damit fehlt diese Säule im Betrieb, die sich um die Belange und Bedarfe der Mitarbeiter kümmert. Dafür benötigen wir Ersatzstrukturen. Der Betriebsinhaber mit drei oder vier Mitarbeitern hat das Problem, diese Aufgaben in externe Hände legen zu müssen, weil er ansonsten keine vertrauensvolle Unterstützung hat.

Wir versuchen das aufzufangen, indem wir uns als Beratungsinstitution einbringen und Vorschläge machen. Damit komme ich direkt zum zweiten Punkt, der Professionalisierung. Unternehmer in Klein- und Kleinstbetrieben müssen sich professionell mit der Personalführung und dem Personaleinsatz in einer Art und Weise auseinandersetzen, die eine gewisse Zeit und Strukturen erfordert. Der Unternehmer eines kleinen Betriebes hat diese Zeit nicht unbedingt. Wir benötigen vor allen Dingen Un-

terstützung bei Lösungsansätzen für Klein- und Kleinstbetriebe. In vielen gesetzlichen Regelungen zur Familienpolitik gibt es Ausnahmen für Klein- und Kleinstbetriebe. Das ist gut und richtig. Es löst aber das Problem für diese Unternehmensinhaber nicht unbedingt. Wir hätten gern Unterstützung bei der Identifizierung von Best-Practice-Beispielen, beim Suchen von Lösungsansätzen, die in Klein- und Kleinstbetrieben umgesetzt werden können, sowie beim Aufschluss.

Sehr viele Unternehmen im Handwerk haben das Thema Familienorientierung bereits identifiziert. 75 % der Betriebe sagen, das ist im Rang der Fachkräftesicherung ein wichtiger Punkt. Allerdings fehlt es ein bisschen bei der Umsetzung. Da sehen sich viele Unternehmen noch überfordert, gerade im kleineren Bereich. Je jünger die Unternehmer sind, desto besser funktioniert es und desto mehr Verständnis haben sie. Unternehmer selber haben im Handwerk die gleichen Bedürfnisse wie die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Das ist ein ganz wichtiger Punkt, der aus unserer Sicht in der Familienpolitik oft zu kurz kommt. Wir haben im Handwerk überwiegend männliche Unternehmer. In der Unternehmerfamilie möchte auch der Vater immer öfter immer mehr Zeit mit der Familie verbringen. Das ist auch eine Frage der Gründungsneigung. Die Entscheidung, ob jemand Unternehmer sein möchte, hängt mittlerweile zunehmend von der Vereinbarkeit ab. Es wäre in der Familienpolitik wichtig, darauf ein Augenmerk zu legen. Ich wünsche mir beispielsweise ein paar Nachbesserungen beim Elterngeld, die das Ganze für Unternehmen attraktiver und praktikabler machen.

Bei Öffnungszeiten von Kitas wäre aus meiner Sicht ein Handlungsfeld, welches auch Unternehmerinnen und Unternehmern zugutekommen würde. Das ist ein relativ breiter Strauß von Möglichkeiten. Aber die Kollegin Jurczyk sagte eben, das persönliche Vorbild ist wichtig. Die Einstellung von Unternehmerinnen und Unternehmern zur Familienfreundlichkeit kann besser für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gelebt und geregelt werden, wenn sie selbst die Möglichkeit haben, die Vereinbarkeit von Familie und Selbständigkeit zu leben. Da gibt es sicherlich noch Handlungsbedarf.

Gerade im Handwerk wird sich noch viel in Richtung Technisierung entwickeln. Dass dadurch die Anzahl an Vollzeit Arbeitsplätzen sinkt, kann ich mir in vielen Handwerksberufen nicht vorstellen. Es wird mehr Möglichkeiten geben, über Digitalisierung Arbeitszeiten, Einsatzpläne usw. flexibler zu gestalten. Da gibt es sehr viele Möglichkeiten. Bei der Frage, ob dies zur Verschiebung von Vollzeitbeschäftigungen zugunsten von Teilzeitbeschäftigungen führt, bin ich mit meiner Einschätzung eher zurückhaltend. – Danke schön.

Claudia Große-Leege (Verband deutscher Unternehmerinnen): Ich habe mir zwei Fragenfelder notiert. Zum einen ging es um die Frage nach Vereinbarkeitsinstrumenten und inwiefern eher die Landespolitik oder eher die Tarifvertragsparteien gefragt sind. Ich möchte etwas weiter ausholen. Ich vertrete Unternehmerinnen in Deutschland. Weibliches Unternehmertum ist dadurch gekennzeichnet, dass es insbesondere in den Bereichen Dienstleistungen, Handel und Handwerk angesiedelt ist, allen voran Dienstleistungen. Damit spiegeln wir allgemein einen Trend in unserer ökonomischen

mischen Entwicklung wider, aber vor allen Dingen auch sehr deutlich das weibliche Unternehmertum.

Ergebnis dieser Dienstleistungsgesellschaft ist in einer Flexibilisierung unserer Wirtschaft allgemein. Es haben sich viele Nischen ergeben, in denen Unternehmerinnen tätig sind. Das ist immer Ausdruck eines besonderen Flexibilisierungswunsches der Kunden. Beispiel: Gaststätten und Hotellerie. Heute schließen Küchen eben nicht mehr um 14 Uhr. Auch um 16 Uhr kann man noch ein warmes Mittagessen erwarten. – Beispiel Handel: Auch sonntags kann man hier oder da noch in kleineren Geschäften einkaufen. – Es gibt ganz viele Beispiele für den Flexibilisierungsbedarf vonseiten der Kunden. Dem wird durch Angebote von Unternehmern Folge geleistet. In diesen Feldern sind oft Unternehmerinnen tätig. Man folgt mit der Flexibilisierung den allgemeinen Kundenwünschen. Insofern ist die Flexibilisierung von Arbeitsplätzen sehr wichtig.

Unternehmerinnen folgen gleichzeitig den Wünschen ihrer Arbeitnehmer in besonderem Maße. Es sind vor allen Dingen kleinere Betriebe. Insofern kann ich mich meiner Vorrednerin nur anschließen. Diese kleinen Unternehmen haben ganz besondere Herausforderungen. Sie stehen insbesondere im Wettbewerb um Arbeitskräfte mit den größeren Unternehmen. Sie müssen sich in der Regel mehr einfallen lassen, um Arbeitnehmer zu gewinnen und zu binden als es größere Unternehmen heute tun müssen. Diese haben es mit besseren Aufstiegschancen und besseren Vergütungen in der Regel noch etwas leichter, Arbeitskräfte zu gewinnen. Wir befinden uns derzeit in einem Arbeitnehmermarkt. Unsere Mitglieder berichten zunehmend über Schwierigkeiten, Arbeitskräfte zu finden und zu halten.

Wir können insofern feststellen, dass es in den Betrieben in der Regel so viele Arbeitszeitmodelle wie Mitarbeiter gibt. Das mag in größeren Unternehmen sicherlich anders sein. Kleinere Unternehmen stehen da aber vor einer besonderen Herausforderung. Sie verfügen in der Regel nicht über eine Personalabteilung, die all das besonders gut oder mit zeitlichen Ressourcen und Know-how managen können. Wir sehen durchaus eine Spezialisierung in dem Bereich sowie bei dem Outsourcing von Personalabteilungen. Darin bestehen sicherlich Chancen für die Betreuung von kleinen und mittelständischen Betrieben hinsichtlich dieses Bedarfs. Flexibilisierung schafft auch neue Tätigkeitsfelder für Unternehmer.

Es wurde gefragt, inwiefern das eine Frage der Landespolitik oder der Tarifvertragsparteien ist. Für unsere Unternehmerinnen ist es vor allen Dingen wichtig, Flexibilität zu haben. Es besteht der Glaube daran, dass eine Vereinbarung zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber und nicht unbedingt ein Eingriff des Gesetzgebers oder umfangreiche tarifliche Vereinbarungen sind. Es braucht einen flexiblen Rahmen, um den unternehmerischen Bedürfnissen nachkommen zu können.

Gerade kleine und mittelständische Unternehmen arbeiten sehr familiär und schauen auf die Bedürfnisse der Arbeitnehmer. Insofern liegt das einfach in der Natur der Sache.

Die Landespolitik ist insofern gefordert als die Infrastruktur für eine solche Flexibilität geschaffen werden muss. Wir sehen den Bedarf nicht nur beim Ausbau der Kitas.

Wir sehen vor allen Dingen einen Bedarf beim Ausbau der Schulen zu Ganztags-schulen sowie beim Ausbau der Qualität der Angebote. Das gilt vor allen Dingen nicht nur für den Ausbau der Stundenzahl, sondern auch für die Frage, was Unternehmerinnen und Unternehmer, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den langen Ferienzeiten machen. Wenn die Kinder nicht in der Kita sind, haben sie im Sommer in der Regel keine Beschäftigung mehr. Da gibt es ein weites Feld auch für die kommunale Politik. – Das war es zur Vereinbarkeit.

Das andere Feld betraf die Frage, inwieweit wir die individuelle Aufteilung von Familienaufgaben für unterstützenswert halten oder inwiefern man das besser unterstützen könnte. Obwohl wir einigen Nachbesserungsbedarf im Bereich des Elterngeldes sehen, haben wir uns immer sehr dafür eingesetzt, dass es Elterngeld und Elterngeld Plus gibt. Wir benötigen dringend gesamtgesellschaftliche Anreize für Vätermonate, für mehr Unterstützung oder Verantwortung im Bereich der familiären Aufgaben durch Väter. Wir glauben, das ist der richtige Weg.

Wir glauben auch fest daran, die Vereinbarungen zur freiwilligen Quote in Unternehmen sind richtungsweisend. Es braucht unbedingt mehr Frauen in Führungspositionen, um zu einer höheren Erwerbsbeteiligung von Frauen insgesamt zu kommen, und zwar nicht nur im Bereich der generellen Erwerbsbeteiligung, sondern auch beim Erwerbsumfang. Insofern ist das auf jeden Fall weiter zu unterstützen. Die Aufteilung der familiären Aufgaben ist immer noch ein sehr individuelles Feld. Das gilt auch für Unternehmerinnen. Unternehmerinnen schultern besonders häufig die familiären Aufgaben zusätzlich zu ihrer Selbständigkeit. Gerade wenn sie Kinder bekommen und sich in Mutterschutz begeben, empfinden sie besondere Risiken. In der Regel stellen Schwangerschaft und Elternzeit ohne besondere Absicherung gerade bei kleinen Unternehmen ein Betriebsrisiko dar. Auch darüber könnte man nachdenken. Elterngeld ist nicht die richtige Alternative für selbständige Mütter. Das hat sich gezeigt. Dort gibt es sicherlich noch Nachholbedarf. – Vielen Dank.

Uwe Tigges (RWE AG): Auch von meiner Seite wünsche ich einen wunderschönen guten Morgen. Danke für die beiden Fragen. Die erste Frage ging dahin, ob die Grenzen zwischen Beruf und Familie nicht immer weiter verschwimmen und was die Unternehmen dagegen tun. Die zweite Frage bezog sich auf die Technisierung.

Zum ersten Thema: Ja, das kann man so sehen. – Meine Erfahrungen mit einigen Gruppen im Unternehmen sind etwas anders. Darauf komme ich gleich zu sprechen. Wir müssen vorne anfangen. Heute ist schon mehrfach angeklungen, es ist zuerst einmal eine Frage der Kultur. Das ist meine 20-jährige Erfahrung als Arbeitnehmervertreter und nun auch meine Erfahrung als Personalvorstand. Wir tun uns in großen Unternehmen vielleicht etwas schwer. In der Vergangenheit wurde sehr oft nach Stechuhren und anderen Kontrolleinrichtungen Anwesenheit gemessen und weniger die Zielerreichung. Meiner Meinung nach hat das mit einem schlichten und einfachen Phänomen zu tun. Das ist Vertrauen. Wenn man eine Kultur aufbauen möchte, die nicht auf Anwesenheit, sondern auf Ergebnisse ausgerichtet ist, brauchen wir Vertrauen. Dies gilt explizit für Themen, bei denen man Mitarbeiter nicht täglich sieht, unabhängig davon, ob ich über Home-Office oder andere Dinge spreche.

Wir haben ein Projekt „Great Place to Work“ gestartet. Dabei geht es darum, wann wir arbeiten, wie wir arbeiten und wo wir arbeiten. Viele fragen sich, warum sie die Mails nicht in ihrem Lieblingscafé beantworten sollen. Ich überzeichne jetzt ein bisschen. Das fragt mich die Generation Y.

Ich komme zu der Frage als solches – Verschwimmen der Grenzen –: Ja, man kann das so sehen. Es ist vor dem Hintergrund der Digitalisierung und Technisierung sowie der genutzten Medien fließend. Jeder von uns, der in Großunternehmen nicht gerade in der Produktion tätig sind, hat natürlich ein Smartphone und nutzt dieses auch außerhalb der normalen Arbeitszeit. Jetzt bin ich wieder bei dem Thema Kultur und dem heute schon angesprochenen Thema. Die Führungskräfte müssen es vorleben. Dreh- und Angelpunkt sind für mich die Führungskräfte. Das ist das gleiche wie früher die Anwesenheit. Wenn ich von meinen Mitarbeitern Erreichbarkeit erwarte – das ist das Pendant heutzutage –, werden wir nicht erfolgreich sein, wenn die Führungskräfte das nicht vorleben.

Menschen, die mir aus ihrem Urlaub Mails geschrieben habe, habe ich grundsätzlich nicht geantwortet. Nachdem sie wieder da waren, haben wir das geklärt. Das wirkt. Wenn man selbst nicht immer Botschaften absendet, wird man irgendwann auch eine vernünftige Resonanz in positivem Sinne erwarten. Wir haben uns entschieden, außerhalb der Arbeitszeit nicht die Server abzuschalten, wie es andere Großunternehmen tun. Wir wollen über den Weg der Kulturveränderung und Role Model in Führung gehen. Warum? Ich habe festgestellt, es ist keine Frage der Work-Life-Balance, sondern ich stehe eher auf dem Standpunkt, Menschen müssen in ihrer Balance sein. Davon bin ich ein Verfechter.

Ich nenne drei Beispiele, die mir aktuell sagen, greife bitte nicht so tief ein. Die Generation Y hat ganz andere Lebenskonzepte und möchte in mehreren Chargen während des Tages arbeiten. Sie möchten arbeiten, mittags Freizeit haben und dann wieder arbeiten. Sie sagen: Lasst uns doch die Möglichkeit und führt nicht nach Zeit.

Das zweite Beispiel sind Erziehende. Früher waren es mehr die weiblichen Arbeitskräfte. Jetzt sind es Gott sei Dank auch mehr Männer. Erziehende sagen uns: Die Zeit, die wir draußen sind, ist uns viel zu lang. Wir möchten viel schneller ins Unternehmen zurückkommen. Wir können aber nur eine gewisse Anzahl von Stunden arbeiten. – In der Vergangenheit haben wir Modelle vorgegeben. Gott sei Dank haben wir heute über 100 verschiedene Modelle, weil wir die Mitarbeiterinnen fragen, was möglich ist. Das geht nicht in der Produktion. Aber das geht überall im Verwaltungsbereich und dort, wo viele Menschen sind. Es geht nicht für mittelständische und kleine Unternehmen. Das ist mir klar. Aber ich bin fest davon überzeugt, in Großunternehmen funktioniert das.

Bei uns ist die Quote derjenigen, die in Elternzeit sind, gleichgeblieben. Die Zeit ist bei den weiblichen Mitarbeitern drastisch gesunken und bei den männlichen Mitarbeitern drastisch gestiegen. Das sehe ich als positiven Effekt. Die Mitarbeiter sagen: Wenn ich in einem großen Unternehmen weiter Karriere machen möchte, möchte ich nicht so lange draußen sein. Ich möchte früh zurückkommen, aber selbst flexibel in meiner jeweiligen Lebensphase sein, wieviel ich arbeite. – Da ist viel möglich und hat für mich extrem etwas mit Vertrauen zu tun. Wenn wir keinen Wechsel bei den Füh-

rukungskräften bekommen, sodass sie den Mitarbeitern vertrauen, wird das nicht funktionieren.

Die dritte Rubrik von Mitarbeitern, die das im Augenblick fordern, sind Führungskräfte, die in Teilzeit arbeiten. In der Tat haben wir in einigen unserer Unternehmen – wenn auch in wenigen – mit mehreren Geschäftsführern auch Teilzeitmodelle. Diese sagen, sie möchten die Möglichkeit haben, die Dinge auch außerhalb der normalen Arbeitszeit regeln zu können, weil ihnen das hilft.

Eine persönliche Erfahrung aus der letzten Woche: Eine Mutter, die bei uns im Personalbereich arbeitet, hat mich gefragt, ob sie mir auch um 19 Uhr eine Antwort geben könne, weil sie die Kinder dann ins Bett gebracht hätte. – Okay, dann kann man als Unternehmen einschreiten. Ich finde, dann gibt man eine entsprechende Resonanz auf die jeweilige Lebensphase. Ich habe damit weniger ein Problem.

Man muss sich darüber im Klaren sein, ob es wirklich Work-Life-Balance ist oder ob wir mit all unserer Verantwortung dafür sorgen, dass die Menschen selbst in ihrer Balance und damit zufrieden sind. Ich glaube, dann kommen wir weiter.

Die zweite Frage betraf die Technisierung. Das sehe ich rein aus der Brille der Großunternehmen nicht so. Gerade wurde schon für kleine und mittelständische Unternehmen gesagt, Digitalisierung und Technisierung führen zu weniger Vollzeit Arbeitsplätzen; sie werden zu weniger Arbeitsplätzen führen. Da bin ich mir ganz sicher. Wenn man Studien aus den USA und aus Deutschland für die Industrieunternehmen folgt, werden das 40 bis 50 % weniger.

Ich glaube, der zweite Punkt ist entscheidend. Dem muss man sich stellen. Es wird immer weniger angelernte Tätigkeit geben. Ich stelle fest, durch die Technisierung und Digitalisierung wird alles komplexer. Das spielt denjenigen mit einem höheren Bildungsstand zu. Ich glaube nicht, dass wir dort weniger Vollzeit Arbeitskräfte bekommen. Aber wir werden dadurch insgesamt weniger in der Industrie und weniger angelernte Tätigkeiten haben. Das ist meine feste Überzeugung.

Vorsitzende Ingrid Hack: Es gab eine Frage an Herrn Dr. Bauer vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der BA. Bitte schön!

Dr. Frank Bauer (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit): Das habe ich gar nicht mitbekommen. Ich habe keine Frage gehört.

Vorsitzende Ingrid Hack: Herr Düngel hatte eine Frage an Sie gerichtet. So sagen es unsere Notizen hier aus.

Dr. Frank Bauer (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit): Ich kann etwas zu seiner These sagen. Aber er hat keine Frage an mich gerichtet.

Vorsitzende Ingrid Hack: Herr Düngel, es ging um Vollzeitbeschäftigung, Vollzeitstellen. So habe ich es stichwortartig in Erinnerung. Vielleicht können Sie es noch einmal wiederholen.

Daniel Düngel (PIRATEN): Ich würde mich sehr freuen, von Ihnen etwas zu meiner These zu hören. Ich nennen sie gerne noch einmal: Die fortschreitende Technisierung von Arbeitsabläufen führt dazu, dass eine Vollzeitbeschäftigung für alle erwerbstätigen Arbeitnehmer gar nicht mehr zu realisieren ist.

Dr. Frank Bauer (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit): Ich kann nicht in die Zukunft sehen. Aus der Gegenwart wissen wir, wir haben zwar eine stärkere Erwerbsbeteiligung, aber kein Anwachsen des Arbeitsvolumens. Deshalb ist auch jetzt schon davon auszugehen, dass das Arbeitsvolumen nicht wächst, sondern ein leicht sinkendes Arbeitsvolumen auf mehr Köpfe verteilt wird.

Ich sehe nicht, dass in Zukunft von einem wachsenden Arbeitsvolumen auszugehen ist. Das hat auch mit der Technisierung zu tun. Aber die Frage, ob das vorhandene Arbeitsvolumen in Vollzeitbeschäftigung transformiert wird, hängt von dem Umfang der Vollzeitbeschäftigung ab. Insofern kann man die Frage nicht eindeutig beantworten. In den jetzigen Perspektiven – Vollzeitbeschäftigung über 35 Stunden pro Woche – wird das gleich bleibende oder leicht schrumpfende Arbeitsvolumen in langen Wellen auf mehr Köpfe verteilt wird.

Vorsitzende Ingrid Hack: Dann gab es mehrere Fragen an Herrn Pöttering, der inzwischen auch zu uns gestoßen ist. Ich möchte Ihnen nun das Wort geben, wenn es für Sie machbar ist, noch etwas zu ergänzen.

Johannes Pöttering (Landesvereinigung der Unternehmensverbände Nordrhein-Westfalen): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Zuerst einmal bitte ich vielmals um Entschuldigung dafür, dass ich zu spät gekommen bin. Aufgrund eines Krankheitsfalls in der Familie war das leider nicht anders machbar. Ich hoffe auf Ihr Verständnis.

Nun habe ich natürlich das Problem, die an mich gerichteten Fragen nicht gehört zu habe. Ich habe nun ein paar Fragen mitbekommen, möchte aber auch nicht alles wiederholen. Wie gehen wir vor?

Vorsitzende Ingrid Hack: Es gab Fragen von Frau Velte und von Herrn Düngel sowie von Herrn Dr. Kerbein an Sie. Vielleicht können wir die Fragen ganz flott noch einmal stichwortartig stellen. – Frau Velte fängt an. Bitte!

Jutta Velte (GRÜNE): Herr Pöttering, es ging im Wesentlichen um die Karrierechancen von Frauen in Betrieben. Der Herr von RWE hat wunderbar vorgetragen, wie man das machen kann. Gibt es Unternehmen, die Richtlinien zum Handy-Verkehr im

Hinblick auf familienfreundliche Arbeitszeiten herausgeben? Haben Sie einen Überblick?

Dr. Björn Kerbein (FDP): Es geht um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und da speziell um Kleinunternehmen. Welche Schwierigkeiten haben die Kleinunternehmen und welche Lösungsvorschläge sehen Sie?

Dann bitte ich Sie um ein paar Ausführungen zu Betriebs-Kitas. Welche positiven und negativen Merkmale gibt es derzeit? Wie können diese negativen Dinge gelöst werden?

Daniel Düngel (PIRATEN): Herr Pöttering, ich bitte Sie um eine Stellungnahme zu der These: Die fortschreitende Technisierung von Arbeitsabläufen führt dazu, dass eine Vollzeitbeschäftigung für alle erwerbstätigen Arbeitnehmer gar nicht mehr zu realisieren ist. – Dazu würde ich gerne ein oder zwei Sätze hören.

Zu der anderen an Sie gerichteten Frage hatte Herr Tigges gerade schon Stellung bezogen. Es geht um das Verschwimmen der Grenzen zwischen Berufs- und Privatleben. Wie stehen Sie dazu bzw. welche Möglichkeiten haben Sie, darauf zu achten, dass diese Grenzen nicht verschwimmen?

Johannes Pöttering (Landesvereinigung der Unternehmensverbände Nordrhein-Westfalen): Herzlichen Dank für die Wiederholung der Fragen und noch einmal Entschuldigung. Ich fange mit den Fragen von Herrn Düngel an. Es gibt verschiedenste Studien dazu, wie sich Technisierung und Digitalisierung in Zukunft auswirken werden. Viele sagen, das Volumen wird insgesamt geringer, wenn man es auf das bezieht, was wir heute als Volkswirtschaft zu leisten haben. Es wird immer effektiver. Das ist der Hintergrund. Produktionsabläufe wurden aber auch in den letzten 150 Jahren immer effektiver. Für den einzelnen Produktionsablauf wurde immer weniger Arbeit benötigt. Es ist immer wieder die Herausforderung einer Volkswirtschaft, durch technischen Fortschritt und neue Produkte, für die ich dann Ressourcen frei habe, den Wohlstand auszubauen und an anderen Stellen Beschäftigung zu schaffen.

Es ist auf keinen Fall richtig zu sagen, durch die Technisierung benötigen wir immer weniger Arbeitszeit und nun legen wir die Hände in den Schoß. Auch anderswo auf der Welt – USA, Asien – sind Mitbewerber. Wenn wir aus berechtigten Einzelgründen sagen, die Unternehmen müssen noch das und das machen, und ihnen Hemmschuh anziehen, kostet sie das Wettbewerbsfähigkeit. Neue Arbeitszeitmodelle, Dienstleistungen und Produkte entstehen dann anderswo. Es gab auch in der Geschichte immer wieder technische Entwicklungen, die uns vor Herausforderungen gestellt haben. Man muss sich diesen Herausforderungen jedes Mal stellen und sie bewältigen, um nicht hinter den nächsten technischen Schritt zu fallen. Die Digitalisierung ist sicherlich ein besonders großer Schritt, der uns vor besondere Herausforderungen stellt. Sie muss uns deswegen ganz allgemein standortpolitisch für Regulierung und Belastungen für Unternehmen in den vielfältigsten Bereichen sensibilisieren, damit wir es nicht übertreiben.

Die Unternehmen müssen die Digitalisierung und die Technisierung umsetzen. Das ist für viele Unternehmen schon Aufgabe genug. Dann gibt es die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dort werden auch viele personelle Ressourcen hineingesteckt. Gerade bei kleinen und mittleren Unternehmen sind die Ressourcen begrenzt. Damit kommen wir zur nächsten Frage. Sie müssen Aufträge hereinholen und abarbeiten und die Betriebsabläufe organisieren. Sie haben nicht unbegrenzt Mitarbeiter zur Verfügung. Am Ende muss man die Kosten im Griff behalten, damit sie mit den Einnahmen übereinstimmen. Natürlich wünschen sich viele kleine und mittlere Betriebe jemanden zusätzlich im Personalbereich, der sich alleine um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf kümmern könnte. Natürlich ist das wünschenswert. Aber wenn ich das nicht finanzieren kann, weil die Einnahmen das einfach nicht hergeben, habe ich gerade als kleines und mittleres Unternehmen ein Problem. Aber auch große Unternehmen müssen am Ende des Tages schwarze Zahlen schreiben. Deshalb darf man diese grundsätzlichen wirtschaftlichen Gesetze trotz der Wichtigkeit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht aus dem Auge verlieren.

Zum Thema Betriebs-Kitas ist unsere Erfahrung, man benötigt eine kritische Größe. Wenn es vor Ort keine Kita-Plätze mehr gibt, entsteht schnell der Reflex, zu sagen: Die Unternehmen haben ein ureigenes Interesse daran. Dann sollen die sich darum kümmern. – Natürlich haben die Unternehmen Interesse daran. Natürlich macht das auch eine ganze Reihe von Unternehmen. Für uns steht die grundsätzliche Frage nach der Aufgabenteilung in der Gesellschaft dahinter: Wofür sind die Arbeitnehmer zuständig? Wofür sind die Arbeitgeber zuständig? Was können beide alleine nicht leisten und wo ist der Staat dann zuständig? – Leider erleben wir bei den Betriebs-Kitas schnell folgendes: Wo wir es vor Ort nicht hinbekommen und die Kapazitäten nicht vorhanden sind, ist das Unternehmen die einfachste politische Lösung.

Gerade bei kleinen Unternehmen mit bis zu 20 Mitarbeitern ist klar: Es ist schon viel, wenn zwei oder drei Mitarbeiterkinder aktuell im Kindergartenalter sind. – Tagesmütter können den Unternehmen angegliedert werden, indem Räumlichkeiten bereitgestellt werden. Das gibt es. Aber das sind dann große Herausforderungen. Gerade wenn Unternehmen alleine die kritische Masse nicht erreichen, ist es eine Aufgabe vor Ort, diese Akteure stärker zusammenzubringen. Gruppenräume von Kitas stehen nachmittags manchmal leer. Im Zusammenspiel von Unternehmen und Kommunen können solche Räumlichkeiten genutzt werden, damit alles einfacher wird und die Grenzen in den Köpfen verschwinden. Unternehmen, die Betriebs-Kitas betreiben, haben im Großen und Ganzen sehr, sehr gute Erfahrungen damit. Aber man muss ehrlich zugeben, das ist nichts für die kleinen Betriebe. Dort kann es nur über Kooperationen gehen.

Frau Velte, ich kann meine eigene Schrift nicht mehr lesen. Ich bin heute Morgen etwas indisponiert. Ich bitte um Entschuldigung.

Jutta Velte (GRÜNE): Ich habe mich auch undeutlich ausgedrückt. Wir haben heute Morgen die Aufstiegsmöglichkeiten im Beruf im Zusammenhang mit Familien diskutiert. Das DJI hat sehr deutlich gemacht, dies ginge für Männer und Frauen gleichermaßen. Wir haben viel über Unternehmenskultur gehört. Es wäre interessant zu er-

fahren, welche Unternehmenskulturen gelebt werden, die Männer und Frauen gleichermaßen in der Pflege und Sorgearbeit unterstützen und fördern, aber gleichzeitig auch Karrierechancen eröffnen.

Johannes Pöttering (Landesvereinigung der Unternehmensverbände Nordrhein-Westfalen): Vielen Dank. – Zu Aufstiegsmöglichkeiten ist eben schon einmal etwas angeklungen. Je länger ein Vater oder eine Mutter nicht im Unternehmen ist, desto schwieriger wird es. Man verpasst Anschluss ans Wissen. Man ist nicht mehr in den gerade abzuarbeitenden Aufträgen drin. Wenn neue Systeme eingeführt werden, ist man nicht mehr so drin. Das muss man zuerst wieder lernen. War man zu lange draußen, fängt man teilweise komplett wieder so an als ob man eine neue Stelle antritt. Das ist ein Problem; denn diejenigen, die im Unternehmen waren, haben diesen Rucksack nicht zu tragen. Deswegen teile ich die Erfahrung sowohl aus Unternehmen als auch aus dem privaten Umfeld, dass Eltern immer stärker die Zeiten verkürzen wollen, in denen sie nicht im Unternehmen sind.

Die Unternehmen mit einer entsprechenden Unternehmenskultur machen mittlerweile eine ganze Menge. Teilweise sind das ganz einfache Sachen. Der Vorgesetzte oder eine bestimmte Person in der Personalabteilung ruft die Mitarbeiterin in einem standardisierten Prozess nach einer bestimmten Anzahl von Monaten an und lädt sie ein, auf einen Kaffee vorbeizukommen und zu besprechen, wie die Lage ist und wo im Unternehmen ein Platz sein könnte. Es ist wichtig, auf dem Laufenden zu bleiben und die Zeit möglichst kurz zu halten. Das ist zu einem erheblichen Teil eine Frage der Kinderbetreuung. Wenn die Kinderbetreuung nicht gewährleistet ist, kann ich nicht schnell wiederkommen.

Zu Richtlinien: Bei größeren Unternehmen gibt es schon sehr viel. Bei kleinen Unternehmen ist das meistens nicht so institutionalisiert, dass es eine Checkliste gibt. Aber man wundert sich auch da, wie viele Chefs sich ohne Richtlinien Gedanken machen und Sachen intuitiv richtig machen, weil sie die Mitarbeiter gut kennen. Das kann teilweise viel wirksamer sein als stur eine Liste abzuarbeiten. Es gibt ein Benchmarking-System in der Metall- und Elektroindustrie speziell in Nordrhein-Westfalen. Best-Practice-Geschichten werden im Verband gegenseitig kommuniziert. Das sehen wir in unserer Verbändelandschaft. Das haben wir auch in unserer Stellungnahme geschrieben. Teilweise sagen die Unternehmen: Das ist ja ganz klar. Ich bin bisher nicht darauf gekommen, aber es ist mit relativ geringem Aufwand durchzuführen. – Man kann beispielsweise Patenschaften für Mütter oder Väter in Elternzeit organisieren und so den Kontakt außerhalb von Einzelterminen aufrechterhalten. Da gibt es viel.

In manchen Unternehmen werden Server zu einer bestimmten Uhrzeit ganz abgestellt oder Mails werden im Urlaub obligatorisch nicht weitergeleitet. Das ist eine Entscheidung der Unternehmen. Wir raten dazu, lieber einzelfallbezogen zu schauen. In allen Bereichen geht es vielleicht nicht. Bei einigen Führungskräften mit ganz besonderem Spezialwissen muss es in besonderen Ausnahmefällen eine Erreichbarkeit geben. Sonst steht alles still, weil es einfach kein Backup für diese Kraft gibt.

Im Großen und Ganzen ist die Sensibilität in den letzten zwei oder drei Jahren massiv gewachsen. Auch die Mitarbeiter sind mittlerweile anders aufgestellt und haben eine andere Position als noch vor einiger Zeit. Keinem ist mit der gesetzlichen Vorgabe gedient, dann und dann müssen E-Mails ausgeschaltet sein. Auch ich kenne Fälle, in denen Eltern ausdrücklich um 20:30 Uhr noch Mails beantworten, dafür aber nachmittags um halb drei gehen und auf diese Weise ihr Pensum schaffen.

Ich habe eben den Ausdruck Präsenzkultur gehört. Wenn wir von dieser Präsenzkultur weg wollen und es wirklich darum geht, was der einzelne leistet, geht das nicht in allen Bereichen. Wenn wir es in den möglichen Bereichen wirklich wollen, dürfen wir die E-Mail-Erreichbarkeit nach Feierabend nicht verteufeln, weil sie an anderer Stelle den Eltern hilft. – Danke schön.

Antje Beierling (Verband allein erziehender Mütter und Väter, Landesverband Nordrhein-Westfalen): Ich darf etwas zu kranken Kindern, kranken Müttern, kranken Eltern sagen. Für Alleinerziehende ist das nach wie vor ein Problem. Das sind die Unwägbarkeiten des Lebens. Es geht nicht um grundständige Kinderbetreuung, die jeden Tag stattfindet. Es fehlen flächendeckende Angebote zum Beispiel für kranke Kinder. Wenn Kinder ernsthaft erkrankt sind, wollen wir nicht davon ausgehen, dass wir die Mütter nicht bei den Kindern behalten wollen. Aber wir haben ganz viele chronisch kranke Kinder, die immer wieder einmal nicht in den Kindergarten oder in die Schule gehen können. Bei 20 Tagen und mit 12 Jahren ist das Volumen erschöpft. Das ist für Alleinerziehende ein riesiges Problem, weil sie keine Angebote auf dem Markt finden, bei denen sie sich Unterstützung holen können.

Wenn sie selbst erkrankt sind, ist das über die Krankenkassen abgedeckt. Aber selbst dann ist das Angebot in vielen Städten nicht ausreichend. Alleinerziehende schieben ganz häufig Operationen oder irgendwelche gesundheitlichen Sachen vor sich her, weil sie keine Möglichkeit sehen, dass die Kinder während dieser Zeit gut betreut sind.

Bezüglich zu pflegender Eltern bin ich nicht so fit, welche Angebote wir haben. Wir beschäftigen uns gerade erst mit dem Thema. Der erste Eindruck ist, es gibt ein unglaubliches Informationsdefizit bei allen. Es passiert relativ häufig relativ plötzlich. An wen kann ich mich dann eigentlich wenden, um mir Informationen zu holen, wie ich mit dieser Situation umgehen kann? Soviel zu der Situation und den Angeboten.

Das Dritte wurde schon angesprochen. Aber ich möchte es noch verstärken. Wir haben seit einem Jahr ein Projekt zur ergänzenden Kinderbetreuung. Wir erleben vor allen Dingen im Pflege- und im Krankenhausbereich, wo ein Fachkräftemangel vorausgesagt wird und wir um jeden froh sein sollten, der eine solche Ausbildung macht, wie wenig Rücksicht bei der Dienstplangestaltung und beim Dienstplanwechsel möglich ist. Es hat mich sehr erschreckt, dass es so wenig Bereitschaft gibt, auf die Lebenssituation von Alleinerziehenden Rücksicht zu nehmen. Mir fehlen Vorbilder und Vorgesetzte, die es als eine neue Kultur in Unternehmen transportieren, dass man darauf Rücksicht nehmen kann. Mir fehlt dieses solidarische Handeln. Ob Alleinerziehend oder nicht, ob mit Kindern oder zu pflegenden Angehörigen, kommen

wir alle in Lebenssituationen, in denen wir die Solidarität und das Verständnis von anderen brauchen. Das fehlt mir wirklich ganz enorm.

Attila Gümüs (Landeselternbeirat der Kindertageseinrichtungen NRW): Ich antworte auf die Frage von Herrn Düngel zu familienfreundlichen Arbeitszeitmodellen im Hinblick auf den Fachkräftemangel. Wir haben heute schon gehört, es ist leichter, je höher die Bildung und je höher die Spezialisierung ist. Die Unternehmen bewegen sich in diesem Bereich mehr, um solche Modelle einzuführen. Das fängt bei Arbeitszeiten an und geht über Betriebs-Kitas bis hin zum Home-Office. Das ist heute schon genannt worden. Gerade dort, wo die Austauschbarkeit der Arbeitnehmer größer ist, also in niedrigqualifizierten Berufen, spielt es eine ganz geringe Rolle. Das ist gerade für junge Menschen in der Familiengründung ein Problem. Sie sind sehr oft auch mit Befristungen konfrontiert. Sie haben das Gefühl, dass darauf nicht geachtet wird.

Wir freuen uns, dass heute darüber geredet wird. Unser Ansatz ist die Veränderung durch die gesellschaftliche Kultur, weil sich die Arbeitswelt verändert und sich die Menschen verändern. Das ist heute auch schon angesprochen worden. Es gibt immer mehr Männer, die eine aktive Rolle in der Erziehung spielen wollen. Das klassische Bild funktioniert nicht mehr. Unsere Generation trägt diesen Wunsch immer mehr.

Frau Beierling hat gerade gesagt, vonseiten der Unternehmen muss es ein Entgegenkommen, ein allgemeines Klima geben, um die Familien in der Rush-Hour des Lebens zu entlasten. Dabei ist ganz wichtig, dass die Familien nicht in der Bittstellung sind, sondern in den Unternehmen eine Kultur entsteht, in der dies selbstverständlich ist und man die Solidarität der anderen Arbeitnehmerschaft hat. Wenn es diese Kultur gibt, gibt es nicht diesen Neidfaktor, weil es bei denen möglich ist, die aus familiären Gründen zum Beispiel durch Arbeitszeitmodelle Unterstützung benötigen. – Danke.

Vorsitzende Ingrid Hack: Ganz herzlichen Dank. – Damit sind alle ausführlich gestellten Fragen des ersten Themenblocks Arbeitswelt und Vereinbarkeit ebenso ausführlich beantwortet worden. Dafür bedanke ich mich schon einmal ganz, ganz herzlich bei den in dieser Runde angesprochenen Sachverständigen.

Ich darf nun zum zweiten Block unserer heutigen Anhörung kommen. Wie angekündigt wird das der Bereich Schule und Kita sein. Für den weiteren Verlauf möchte ich anmerken, dass wir nach diesem Block eine Pause machen, bevor wir mit dem dritten und vierten Themenblock fortfahren. – Ich darf die Kommissionsmitglieder um konkret an einzelne Sachverständige gerichtete Fragen zum Thema Schule und Kita bitten. Wer macht den Anfang? – Herr Düngel, bitte schön!

Daniel Düngel (PIRATEN): Ich würde eigentlich noch gerne etwas zur Kultur nachfragen. Aber wir haben nun einmal nur begrenzt Zeit. Vielleicht kommen wir später im allgemeinen Teil noch einmal dazu. Begrenzen wir uns jetzt auf Schule und Kita. Die erste Fragestellung geht an den Landesjugendring, die LandesschülerInnenvertretung und den Kinder- und Jugendrat. Welche Mitbestimmungsmöglichkeiten zur Zeit-

struktur können schulpflichtigen Kindern und Jugendlichen sinnvollerweise aus Ihrer Sicht gegeben werden?

Die zweite Frage richtet sich an das Institut der deutschen Wirtschaft Köln, an den Landesjugendring, den deutschen Familienverband und die LAGF. Welche Mitgestaltungsmöglichkeiten sollten Familien bezüglich der Unterrichtszeiten ihrer schulpflichtigen Kinder haben?

Der dritte Fragenblock richtet sich an die Unternehmer NRW, den Landesjugendring, den Kinder- und Jugendrat sowie an den ABA Fachverband. Welche Schwierigkeiten bestehen aus Ihrer Sicht im offenen Ganzttag? Welche Schritte sind notwendig, um eine qualitativ hochwertige Betreuung im offenen Ganzttag zu gewährleisten? – Vielen Dank.

Dr. Björn Kerbein (FDP): Ich habe zwei Fragen. Die erste Frage richtet sich an den Verband deutscher Unternehmerinnen und bezieht sich auf die Randzeiten für die Kinderbetreuung. Mich interessiert Ihre Einschätzung dazu und was möglich sein könnte.

Eine Frage zum Ganzttag richtet sich sowohl an den Deutschen Familienverband als auch an die LandesschülerInnenvertretung. Es geht um einen entzerrten Ganzttag, bei dem mitten am Tag Pausen zum Beispiel für Hobbys oder einfaches Chillen unter Schülerinnen und Schülern möglich sind. Der Ganzttag würde sich dann verlängern.

Wie ist Ihre Einschätzung dazu, die Schule und damit auch den Ganzttag etwas später beginnen zu lassen, und zwar gegen 9 Uhr? Wir wissen aus der Gehirnforschung, es ist wesentlich besser, um diese Zeit mit der Schule anzufangen. In der Familie könnte man morgens etwas ruhiger frühstücken und sich austauschen. Das ist sicherlich ein spannendes Thema. Das würde natürlich bedeuten, dass die Schule etwas länger ginge. – Danke schön.

Dr. Anette Bunse (CDU): Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Meine Frage geht in eine ähnliche Richtung. Sie haben sehr schön Ihre Forderung nach einer Entschleunigung beschrieben. Es muss also fast eine Kinderzeitpolitik initiiert werden, um Kindern mehr unverplante Zeit zu geben. Glauben Sie, KITAS sind in der derzeitigen Personalstruktur überhaupt in der Lage, Kindern diese Entschleunigung und Eltern noch flexiblere Öffnungszeiten zu ermöglichen? Sind Institutionen überhaupt in der Lage, das zu gewährleisten?

Wolfgang Jörg (SPD): Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Meine Frage richtet sich an ver.di, an den Landeselternbeirat und an Frau Dr. Stöbe-Blossey. Frau Dr. Stöbe-Blossey geht davon aus, dass das in Gelsenkirchen gewählte Modell der Randzeitenbetreuung besonders gut ist. Sie wünscht sich, es zu übertragen. Soweit ich weiß, geht es darum, nach der Regelzeit bestimmte Stunden hinzubuchen zu können, sodass sich Eltern sozusagen mehr Zeit einkaufen können. Gerade die Eltern, die so etwas benötigen und im Schichtdienst tätig sind bzw. lange Arbeitszeiten haben, sind nicht besonders einkommensstark. Von daher ist es ein schwieriges An-

gebot. Diejenigen, die es am nötigsten haben, werden dadurch besonders finanziell belastet. Wie schätzen ver.di und der Landeselternbeirat diese Entwicklung ein? Ist Ihnen bekannt, dass andere Kommunen wie Dortmund in jedem Stadtteil eine Kita haben, die von 6 bis 18 Uhr öffnet und damit 90 % des Elternbedarfs abdeckt? Wäre eine kostenfreie Entwicklung in dieser Richtung nicht bedeutend besser? Ich bitte Sie darum, das einzuschätzen.

Walter Kern (CDU): Wir haben hier eine Enquetekommission zur Familie. Wir haben uns zum Maßstab gesetzt, Familie lebbar zu machen. Meine Frage geht an den Vertreter der Universität Duisburg. Die steigende Abwesenheit von Kindern im Alltagsleben bringt gesellschaftliche Herausforderungen mit sich. Welche Maßnahmen und Handlungsfelder können oder müssen wir auf kommunaler Ebene und Landesebene aus Ihrer Sicht angehen?

Jutta Velte (GRÜNE): Dieses Freiraumkonzept ist wirklich bestechend. Von daher würde ich gerne noch einmal beim Landesjugendring und bei ABA nachfragen. Der Gedanke von mehr Freiräumen für Kinder ist bestechend. Das zieht aber auch eine infrastrukturelle Frage nach sich. Ich würde von Ihnen gern ein paar Ausführungen dazu hören. Man kann nicht einfach sagen, wir geben einfach frei. Dazu gehören auch städtebauliche Rahmenbedingungen.

An das IAQ habe ich eine Frage, die sich in weiteren Sinne sowohl um die Betreuung sowohl in Pflege als auch um Kitas dreht. Vom Verband allein erziehender Mütter und Väter haben wir erfreulicherweise das Projekt „Sonne, Mond und Sterne“ vorgestellt bekommen. Ein Grund dafür war, infolge der Flexibilisierung von Arbeitszeit und Randzeitentematik ergibt sich immer wieder eine Frage. Wenn wir wollen, dass Mütter und Väter mit kleinen Kindern arbeiten können, müssen wir Angebote unterbreiten, die das ermöglichen. Es kann nicht angehen, dass wir – um den einen in Beschäftigung zu halten – für andere Minijobs anbieten, damit das Kind morgens in die Kita gebracht wird. Nehmen Sie bitte zu dieser ganzen Thematik Minijobs und Betreuung Stellung. Das gilt sowohl für den Altenpflegebereich als auch für die Kitas. Gleiches wünsche ich mir vom DJI. Er hat sich mit der Frage der Minijobs auseinandergesetzt.

Den Kinder- und Jugendrat bitte ich um Ausführungen zur Ganztagschule und zur Kinderbetreuung.

Herr Prof. Stecher können Sie aus wissenschaftlicher Perspektive eine Abgrenzung zwischen den Überlegungen von Kindern und Jugendlichen, mehr Freiräume haben zu wollen, und dem Bedürfnis von Eltern nach mehr Sicherheit in der Betreuung machen? – Danke schön.

Dr. Dennis Maelzer (SPD): Ich habe Fragen an drei Sachverständige. Die erste geht an den Landeselternbeirat. In Ihrer Stellungnahme habe ich gelesen, Sie lehnen Betreuung in Richtung einer 24-Stunden-Kita ab. Weiter schreiben Sie aber, mit einer 24-Stunden-Kita solle gerade den Bedürfnissen des Schicht-, Wechsel- und Wochenenddienstes Rechnung getragen werden und einzelne Einrichtungen in Bal-

lungsgebieten könnten sinnvoll sein. Welche Möglichkeiten gibt es, gerade diesen betroffenen Gruppen gerecht zu werden? Welche Alternativen können Sie aufzeigen?

Die Randzeitenbetreuung ist für Eltern sehr wichtig. Welche zeitliche Ausgestaltung schlagen Sie konkret vor?

Herr Pöttering, in Ihrer Stellungnahme habe ich Ihren Vorschlag gelesen, im Rahmen steuerlicher Höchstgrenzen die Kinderbetreuungskosten vollständig abzugsfähig zu machen. Sie stimmen mir sicherlich zu, dass dieses Thema insbesondere für hohe Einkommen interessant ist. Haben Sie auch Vorschläge, wie man niedrige Einkommen stärker in diesem Bereich fördern könnte?

An das IAQ, das DJI und an Prof. Stecher habe ich eine weitere Frage. In vielen Stellungnahmen spielt die Randzeitenbetreuung eine Rolle. Die 24-Stunden-Kita wurde eben genannt. Wenn man an Schicht-, Wechsel-, Nacht- und Wochenenddienst denkt, hört das nicht in der Kita auf. Das ist im Schulbereich weiterhin relevant. Welche Gestaltungsoptionen sehen Sie gerade für schulpflichtige Kinder, um den Bedarfen der Familie gerecht zu werden?

Vorsitzende Ingrid Hack: Vielen Dank für diese ausführlichen Fragen. Es sind wiederum viele Sachverständige angesprochen worden. – Wir beginnen mit Frau Dr. Stöbe-Blossey. An Sie sind mehrere Fragen gerichtet worden. Bitte schön!

Dr. Sybille Stöbe-Blossey (Universität Duisburg-Essen, Institut Arbeit und Qualifikation): Viele Fragen beziehen sich auf die Randzeitenbetreuung. Es ist in der Tat notwendig, eine grundlegende Lösung auf Landesebene zu schaffen. Jede Kommune versucht irgendwie im Rahmen der verfügbaren und auf kommunaler Ebene bekanntermaßen nicht gleich verteilten und knappen Ressourcen Lösungen zu finden. Es ist ein nachhaltiges Plädoyer für eine Integration der Randzeitenbetreuung ins KiBiz. Sie muss irgendwie finanziert werden. Auch die Dortmunder werden irgendeine Lösung für die Finanzierung dieser 6-bis-18-Uhr-Lösung haben müssen. Das KiBiz deckt 45 Stunden ab. Das sind 60 Stunden pro Woche. Die Luft ist nicht so, dass die Dortmunder das ohne irgendwelche zusätzlichen Finanzen hinbekommen könnten.

Das Gelsenkirchener Modell hat den Vorteil einkommensabhängiger Elternbeiträge. Wer wenig verdient, zahlt auch wenig für die zusätzlichen Stunden. Trotzdem belastet es Eltern, die auf atypische Arbeitszeiten angewiesen sind, natürlich überproportional. Das ist richtig. Es ist ein Abwägungsprozess, was ich über das KiBiz finanziere und welche Entlastung ich schaffen kann.

Die Schulkinderbetreuung im Grundschulbereich der offenen Ganztagschulen sollte man einbeziehen. Die offenen Ganztagschulen haben im Schnitt bislang deutlich geringere Öffnungszeiten als die Kindertageseinrichtungen. Das führt zu dem Bruch zwischen Kita und Schule. Man muss allerdings auch ein paar Grenzen erkennen. Beginnt Schule zu einem bestimmten Zeitpunkt, gibt es eine natürliche Grenze, wie lange ich die Betreuungszeiten am Nachmittag ausdehnen kann. Bei einem Kinder-

gartenkind kann ich durch einen späteren Beginn am Morgen möglicherweise eine Abendbetreuung ausgleichen. Im Schulkinderbereich wird das schwierig. Da gibt es einfach Grenzen.

Dann kommt die Frage mit den Minijobs ins Spiel. In bestimmten Bereichen kann man die Betreuung letzten Endes nur über individuelle Lösungen, also zuhause, organisieren. Manchmal muss nur eine halbe Stunde oder eine Stunde jenseits der Schließungszeiten der Kindertageseinrichtungen oder offenen Ganztagschulen abgedeckt werden. Das kann man unter Umständen mit Modellen abdecken, indem zum Beispiel eine Erzieherin nachmittags Dienst hat und zu späteren Zeitpunkten individuelle Betreuung zuhause übernimmt. Das ist grundsätzlich möglich, stößt in Zeiten des Fachkräftemangels allerdings vor allem auf die Grenze, Personen zu finden, die dies machen. Das ist eines der Hauptprobleme in der Kindertagesbetreuung. Auch die Betreuungspersonen arbeiten nicht so furchtbar gerne zu untypischen Zeiten. Dies gilt nicht zuletzt auch für die Tagesmütter.

Ganz ohne Minijobs geht das nicht. Es gibt durchaus Lebenssituationen, in denen der Minijob als Zusatzverdienst – während der Rente oder wie auch immer – eine akzeptable Lösung ist. Das ist immer eine Lösung mit Nebenwirkungen. In dem Moment, in dem wir von Familienzeit reden, reden wir aber immer über Lösungen mit Nebenwirkungen. Je länger ich abends einkaufen kann, umso entspannter tue ich das. Das bedeutet aber immer, jemand sitzt um diese Uhrzeit noch an der Kasse. Wir haben in dem ganzen Themenfeld Familienzeit immer einen Spannungsprozess und ein Abwägen von Bedürfnissen. Das betrifft auch den Minijob. Das war der konkreteste Punkt für die Landesebene.

Die Organisation von solchen Fragen muss letzten Endes vor Ort geschehen, weil man dort einen genauen Blick für die Bedürfnisse hat. Es gibt einfach große Unterschiede. Kinderbetreuungsbedarfe in Düsseldorf oder in einem kleinen Ort am linken Niederrhein unterscheiden sich nun einmal erheblich voneinander. Das darf nicht zu der Aussage führen, die Kommunen müssen das irgendwie vor Ort machen. Das Land ist im Sinne der Rahmenbedingungen gefragt. Das betrifft insbesondere das KiBiz und die Regelungen zur offenen Ganztagschule. Dort sehe ich das Haupt-handlungsfeld des Landes, was den zeitpolitischen Bedarf betrifft. Man könnte noch an vielen Punkten ins Detail gehen. Aber das würde im Moment zu weit führen.

Roland Mecklenburg (Landesjugendring NRW): Ich mache einen Einstieg. Frau Kollegin van Dawen-Agreiter wird mich dann ergänzen. Ich möchte eingangs gerne eine spitze Bemerkung zu der Runde vorher machen und anschließend zu den Fragen kommen. Familie ist kein juristisches oder genetisches Konstrukt. Familie ist, wenn die Leute zusammen frühstücken und zusammensitzen. Das tun sie nicht, wenn die einen arbeiten und die anderen in der Schule, in der Betreuung oder sonst wo sind. Wir müssen uns in der Diskussion darauf konzentrieren, was wir tun können, damit mehr gemeinsame Zeit entsteht, statt die individuellen Bedürfnisse gegeneinander abzuschotten, sodass jeder irgendwann irgendwo irgendwie ist. Soweit meine Vorbemerkung.

Es ging um die Mitbestimmung der Zeitstruktur in der Schule, im offenen Ganztag und in der Kindertagesbetreuung. In mehreren Antworten ist das Problem der Asynchronität deutlich geworden. Die unterschiedlichen Takte sind eben nicht aufeinander eingespielt. Das steht auch in unserer Stellungnahme. Die Schule beginnt zu anderen Zeiten als die Arbeit. Die Arbeitszeiten dehnen sich weiter aus.

Wir als Landesjugendring haben im Wesentlichen mit etwas älteren Jugendlichen zu tun. Neben der Schule und allem anderen ist unter anderem die Familie ein wichtiger Lebensort für sie. Natürlich gehört auch dazu, sich von der Familie zu verabschieden und selbständig zu werden. Daraus entsteht für Jugendliche ein relativ großer Druck. Sie haben Zeitdruck der Schule. Sie müssen umso weiter zur Schule fahren, je älter sie werden. Das heißt, die Obligationszeiten nehmen zu, der Leistungsdruck nimmt zu. Wir diskutieren an anderen Stellen über G8 und G9. Auch das sind Dinge, die einbezogen werden müssen. Insofern bin ich mir nicht sicher, ob die lokale Partizipation und Mitbestimmung ausreichen. Man muss am Ort – später kommt das Thema kommunales Zeitmanagement – sehr genau schauen, welche Schulzeiten sinnvoll sind und ob man individuell vereinbaren kann, wann ein Beginn für die meisten sinnvoll ist, weil die anderen Takte damit synchronisierbar sind.

Ich glaube dennoch, es reicht nicht zu sagen, es soll auf kommunaler Ebene geregelt werden. Wir brauchen ein geändertes Bewusstsein, das Familien und das Aufwachen von Kindern und Jugendlichen mehr in den Mittelpunkt und die ökonomischen Bedürfnisse ein bisschen in den Hintergrund rückt. Wenn wir Familien wollen und die Demografie positiv beeinflussen wollen, kann es nicht sein, dass ausschließlich ökonomische Kriterien eine Rolle spielen.

Das ist auch der Grund dafür, warum wir sagen, wir brauchen viel mehr Freiräume für Jugendliche. Eine zunehmend größere Zahl von Jugendlichen – nicht alle – leidet unter einem größeren Zeitdruck. Die Daten hat das Deutsche Jugendinstitut viel besser drauf als ich. Das ist das eine.

Das andere ist, es verschwindet die Möglichkeit zu lernen, Zeit selbst zu bestimmen, wenn ich keine Zeit mehr habe, die ich selbst bestimmen kann. Je getakteter mein Tagesablauf ist, je mehr er rhythmisiert und organisiert ist, umso weniger kann ich lernen, meine Zeit selbst einzuteilen. Wir sehen große Herausforderungen darin, Entscheidungen zu treffen, was ich in der vorhandenen Zeit machen möchte und was nicht. Es kann dazu gehören, einfach einmal die Füße hochzulegen oder zu chillen, wie es heute heißt. Auch das ist wichtig. Wir wissen nicht nur aus der Hirnforschung, auch diese Zeiten sind ausgesprochen produktiv, insbesondere in der Biografie junger Menschen. Bei den Älteren ist es vielleicht nicht mehr ganz so von Bedeutung. Aber bei Jüngeren ist auch das ein Entwicklungsprozess.

Ich möchte an unsere Forderungen aus unserer Stellungnahme anschließen. Eine Rhythmisierung des Unterrichts in synchronisierten Takten mit anderen Bereichen würde Kindern und Jugendlichen sowie den Familien deutlich helfen. Eine auf 35 Stunden begrenzte Schulzeit wäre sowohl für Familien als auch für Kinder und Jugendliche gut. Dann bleibt noch Zeit für die Familie und für soziales, freiwilliges und ehrenamtliches Engagement. Auch das wollen wir. Wir wollen, dass sich Menschen für Gemeinwesen, für andere engagieren.

Ich greife auf, was Frau Große-Leege gesagt hat. In den Sommerferien wissen die Menschen nicht, wohin mit ihren Kindern. Wir bieten in jedem Sommer ganz viele Freizeiten an. Dort sind Plätze frei. Das ist gar kein Problem. Das ist geregelt. Aber uns fehlen ehrenamtliche Mitarbeiterinnen, die diese Freizeiten leiten. Gerade bei Studierenden stimmen die Takte nicht. In der Zeit, in der sie unsere Freizeiten leiten könnten, müssen sie schon wieder studieren oder Prüfungen ablegen. Auch das klappt nicht. Das könnte alles besser klappen. Ich plädiere für eine stärkere Synchronisierung.

Als letzte Forderung möchte ich deutlich sagen, wir brauchen landesweit mehr freie Nachmittage, und zwar mindestens einen in der Woche. Am liebsten wären uns zwei Nachmittage. Aber wenn wir schon einmal einen hätten, wären wir einen Schritt weiter. Das muss nicht der Freitag sein. Es muss klar sein, dann findet nichts statt, sondern das ist Freiraum.

Sarah von Dawen-Agreiter (Landesjugendring NRW): Herr Mecklenburg hat die grundsätzlichen Dinge ausgeführt. Ich möchte etwas zur konkreten Frage hinsichtlich der Kitas sagen. Es ist in der Tat nicht unsere Kernkompetenz als Landesjugendring, über die Personalstruktur in den Kitas zu sprechen. Mit der letzten KiBiz-Revision wurde die Partizipation in Kitas vorangebracht. Wir glauben, das ist noch nicht in jeder Kita angekommen. Wenn man Partizipation in Kitas ernst nehmen und mit den jungen Menschen gemeinsam den Kita-Alltag gestalten würde, würde es zu einer Entschleunigung führen. Dazu müsste das Personal fortgebildet werden. Junge Menschen könnten dann selbst sagen wie ihre Zeitrhythmen sind, wozu sie Lust haben und wozu nicht. Man hätte Lerneffekt und Entschleunigung in einem.

Chantal Schalla (Kinder- und Jugendrat NRW): Ich hatte mir drei Fragen notiert. Herr Düngel fragte, welche Mitbestimmungsmöglichkeiten Kinder haben sollten. Ich möchte zunächst auf diejenigen Bezug nehmen, die ich kenne und von denen ich weiß, sie funktionieren relativ gut. Dabei geht es zum Beispiel um die Frage, wann der Unterricht in der Schule beginnt. Die Schüler werden oft einbezogen und nach ihren Anreisewegen zur Schule gefragt. Dann wird entschieden, ob die Schule um 7:50 Uhr oder doch um 8:15 Uhr beginnt. Gleiches gilt für die Frage, wann Schüler Mittagspause haben möchten. Jüngeren ist vielleicht eine Mittagszeit um 12 Uhr lieber, während das ältere Kind vielleicht eine Pause um 13:30 Uhr wünscht. In solche Fragen werden Schüler oft einbezogen. In Unter- und Mittelstufen erlebt man oft, dass Lehrer mit den Schülern Klausurtermine absprechen, damit es nicht zu stressig wird. Es wird dann gefragt: Wann hat der und der Lehrer seine Klausur mit euch festgelegt? Dann schauen wir, dass es nicht zu eng wird.

Darüber hinaus stelle ich es ein bisschen infrage. Der Landesjugendring hat schon angedeutet, was alles verändert werden müsste. Synchronisierung usw. ist angesprochen worden. Man steht immer vor der Frage, inwieweit man Schüler schon mit einbeziehen kann. Ich sitze hier als junger Mensch und habe Probleme, euch in einigen Punkten zu folgen. Es ist die Frage, inwieweit man Schüler einbeziehen kann.

Ich weiß, dass auf jeden Fall etwas gemacht werden muss. Wie Schüler noch darauf Einfluss nehmen können, ist die Frage.

Die nächste Frage wurde auch von Herrn Düngel gestellt. Es ging darum, welche Schwierigkeiten wir im offenen Ganzttag sehen. Das sind einerseits die qualitativen Probleme, die oft besprochen werden. Es gibt natürlich offene Ganzttagsschulen, in denen Kinder nur beschäftigt, also zum Spielen in einen Raum gesetzt werden. Man merkt aber, Kinder in diesem Alter würden auch gerne anderes machen. Sie würden gern wissen: Ich habe mich mittwochs fürs Zeichnen entschieden und dann mache ich das wirklich. – Es müsste also qualitativ besser werden.

Mir ist ein Thema aufgefallen, welches schon mehrfach angesprochen wurde. Das sind die Randstunden. Es geht um die Frage, ob Elternteile die Möglichkeit haben, ihr Kind nicht um 8 Uhr zur Schule zu bringen, sondern vielleicht schon um 7 Uhr, weil es von der Arbeit her nicht anders machbar ist. So oft habe ich nicht davon gehört, dass es möglich ist, die Kinder früher zu bringen. Dass es nach hinten heraus mehr Zeit gibt, habe ich schon mitbekommen.

Die nächste Frage habe ich hoffentlich richtig verstanden. Es ging darum, wie wir das Verhältnis zwischen dem Wunsch der Kinder bewerten, mehr Zeit mit ihrer Familie zu verbringen, und dem Wunsch der Eltern nach mehr Betreuungszeiten. Wir haben unsere Mitglieder nach ihren Wünschen gefragt. Es hat uns ziemlich überrascht, dass sie sagten, ihnen ist die Zeit mit ihren Familien am wichtigsten. Wir haben damit gerechnet, dass so etwas wie Freunde, Hobbys usw. genannt wird. Wir waren überrascht.

Die Mitglieder haben viel Verständnis dafür gezeigt, dass Eltern arbeiten und sich umfangreichere Betreuungszeiten wünschen. Es bleibt aber immer der Wunsch der jungen Menschen zurück, die sagen, sie möchten mehr Zeit mit der Familie verbringen. Das gilt nicht nur in den Sommerferien, um einmal groß Urlaub zu machen, sondern auch für einfache Dinge wie abends zusammen den Tatort zu schauen. Es hat uns sehr überrascht, aber es gibt diesen Wunsch der Kinder. Sie haben allerdings das Gefühl, es wird schwierig, das umzusetzen. – Das war es von mir dazu.

Jasmin Bäumker (LandesschülerInnenvertretung NRW): Ich habe mir insgesamt zwei Fragen notiert, deren Beantwortung man aber ganz gut verbinden kann. Es ging um die Frage, inwieweit Mitbestimmung sinnvoll ist, und darum, wie der Ganzttag funktionieren soll.

Natürlich benötigen wir einen entzerrten Ganzttag, aber nicht indem gesagt wird, man hat jetzt eine Stunde frei und kann machen was man möchte. Gerade bei den Gymnasien haben Schüler durch ihre Stundenpläne Freistunden und müssen dadurch länger in der Schule bleiben. Das ist vielen Schülern sehr unangenehm. Wir möchten einen entzerrten Ganzttag im Sinne eines aktiven Einstiegs in den Unterricht, damit die Schüler Zeit haben, in den Unterricht zu kommen. Es sollte Abwechslung geben. Kein Schüler kann drei Stunden Mathematik machen und dann noch einmal zwei Stunden Physik. Das ist einfach nicht abwechslungsreich. Es sollte alles abwechseln, ob es ein Sportangebot, ein Kreativangebot oder ein Sprachangebot ist. Ein Schüler

braucht eine feste Schulzeit, sodass er weiß, spätestens um 17 Uhr ist die Schule für ihn immer aus.

Der Ganzttag muss so gestaltet werden, dass die Schule nicht nur ein Lernraum, sondern auch ein Lebensraum ist. Hobby sollte in der Schule stattfinden. Der Fußballverein sollte neben der Schule liegen, Musikunterricht sollte in der Schule angeboten werden, damit ein Schüler nicht dauerhaft von A nach B fahren muss, um seine Freizeit gestalten zu können. Das kann man mit dem Ganzttag ganz gut vereinbaren, wenn man genug Fachpersonal hat, welches auch den Erziehungsauftrag übernehmen kann. Wenn ein Schüler nämlich bis 17 Uhr in der Schule sitzt, hat er sehr viel weniger Zeit mit Eltern, die den Erziehungsauftrag haben. Das muss Fachpersonal in sehr viel höherem Maße als bisher übernehmen.

Mitbestimmung lässt sich ganz gut mit dem Ganzttag verbinden, indem ein Schüler mitbestimmen kann, wie er seine Zeit im Ganzttag verbringen möchte und flexibel sagen kann: Das sind meine persönlichen Interessen, auf die achtgegeben werden soll. – Dafür sind Instanzen wie die SchülerInnen-, BezirksschülerInnen- und LandesschülerInnenvertretung ganz wichtig. Das Angebot ist eigentlich schon sehr groß, doch die Partizipation von Schülern ist sehr unterschiedlich. An Haupt- und Realschulen haben wir sehr viel weniger Mitglieder als an den Gymnasien, die irgendetwas dazu sagen können. Das ist schade. Die Schulen müssen mobilisieren, den Schülern Freiraum dafür geben und sagen: Hier habt ihr Zeit um zu sehen, was ihr gerne möchtet. Hier habt ihr auch die Möglichkeit, etwas zu gestalten. – Das war es von meiner Seite.

Elisabeth Löckener (Landesarbeitsgemeinschaft der Familienverbände in Nordrhein-Westfalen): An die Landesarbeitsgemeinschaft der Familienverbände ist von Herrn Düngel die Frage nach der Mitbestimmung bei den Unterrichtszeiten gerichtet worden. Es hat Vorredner dazu gegeben. Herr Mecklenburg, Frau Schalla und Frau Bäumker haben dazu gesprochen. Das möchte ich nicht in Gänze wiederholen, sondern auf diese Frage aus der Sicht von Familien antworten. Wir wissen, Familien können über die Mitwirkung in Schulgremien hinaus individuell kaum Einfluss auf die Bestimmung der Unterrichtszeiten nehmen. Das würde darauf hinauslaufen, dass die Eltern die Kinder morgens zur Schule schicken, wenn diese wach sind. Das ist in der Form wohl nicht vorstellbar.

Die Schule kann den Eltern aber wesentlich durch Verlässlichkeit helfen. Das ist für mich das Zauberwort in diesem Kontext. Wenn die Schule den Familien unabhängig vom konkreten Tagesunterrichtsplan die Möglichkeit gibt, das Kind gegebenenfalls schon vor dem Unterricht um 7:15 Uhr oder 7:30 Uhr zu bringen und betreuen zu lassen, wenn es beruflich notwendig ist, hilft das den Familien sehr. Es hilft vielen Familien auch, den einigermaßen flexiblen Beginn der Schulzeit mit einer deutlich flexibleren Startzeit im Kindergarten zu kombinieren, sodass je nach Familienbedürfnissen entweder beide Kontexte gemeinsam bedient und die Kinder abgegeben werden oder dies nacheinander erledigt werden kann.

Ein verlässlicher Ganzttag bzw. verlässlicher Halbttag ist je nach Berufstätigkeit der Eltern ein ganz wichtiges Instrument, um planen zu können. Unterrichtsausfälle wer-

den zum Beispiel innerhalb der Schule durch Betreuung aufgefangen werden. Wir sprechen uns als Landesarbeitsgemeinschaft dafür aus, dass es sowohl offene als auch gebundene Ganztagschulen gibt, damit die Eltern auch in relativ kleinen Kommunen die Wahlmöglichkeit haben. Wir wünschen uns, dass das gegebenenfalls an einzelnen Schulen klassenweise kombiniert wird, damit eine Schule nicht darauf festgelegt ist, verbindliche Ganztagschule für alle besuchenden Kinder zu sein. Wir wünschen uns, dass klassenweise differenziert wird und den Bedürfnissen der Eltern und Familien entgegengekommen werden kann. Insofern gibt es keine Beliebigkeit. Das ist uns klar. Aber wir wünschen uns unterschiedliche Modelle, damit die Familien individuell auswählen können.

Wird die nachmittägliche Betreuung von den Eltern gewählt, muss sie eine gute und fundierte Hausaufgabenbetreuung sowie Förderangebote vorhalten. Das ist ganz wichtig. Ist das gegeben, ist die Zeit, in der die Kinder nach diesem Betreuungsangebot Zuhause sind, freier für die Familien und liefert mehr Möglichkeiten, dass sich Familie auslebt und ihren eigenen Bedürfnissen nachkommt, ohne Schule nacharbeiten zu müssen.

Es gibt nicht nur Schule, sondern natürlich auch Ferien. Was ich gesagt habe, müsste, damit es optimal zu den Bedürfnissen der Eltern passt, mit analogen Betreuungszeiten für die Ferienzeiten funktionieren, und zwar nicht verbindlich, aber wenn es aus beruflichen Gründen nötig ist.

Lassen Sie mich noch einen grundsätzlichen Satz zu Familien sagen. Wir sind alle einig, Familien erbringen Leistungen, die sowohl für die Gesellschaft allgemein als auch für die individuellen Mitglieder unverzichtbar sind. Wir nehmen alle wahr, die Anzahl von Familiengründungen geht zurück. Wir müssten uns fragen, woran es liegt, dass die Attraktivität des Modells Familie nachlässt. In diesem Gremium mit den sehr unterschiedlichen Institutionen und der Politik muss und kann überlegt werden, wie dem abgeholfen werden kann. Insofern bin ich dankbar, dass es die Enquetekommission gibt und hoffe, sie wirkt nachhaltig und ändert etwas in Nordrhein-Westfalen.

Sie schauen heute auf den Zeitaspekt. Dieser ist sehr wichtig. Der siebte Familienbericht hat sehr ausführlich darauf hingewiesen, dass Familien immer den Zusammenhang von Zeit, Geld und Infrastruktur benötigen. Zeit ohne Geld und Infrastruktur ist genauso wenig wert wie die beiden anderen Elemente, wenn die jeweils anderen Elemente nicht ausreichend vorhanden sind.

Petra Windeck (Deutscher Familienverband, Landesverband NRW): Ich spreche für den Deutschen Familienverband. Wir sind Mitglied der Landesarbeitsgemeinschaft der Familienverbände, sind aber ein sehr plurales Gebilde. Wenn Sie Familien vertreten, können Sie sich vorstellen, es gibt ganz viel und ganz unterschiedliches. Man muss unheimlich viel berücksichtigen, um nicht über die Interessen der Familien und der Kinder zu verfügen, in bestimmte Richtungen zu tendieren und alle Richtungen zu erfassen.

Den Deutschen Familienverband gibt es schon ewig. Er war immer sehr konservativ. Jedenfalls wird das in der Außenwirkung oft so empfunden. Unser Sachverstand speist sich ganz wesentlich aus den Rückmeldungen der Familien über unsere Betreuungen, über unsere Einrichtungen und über unsere Beratungen. Wir fragen sehr genau nach. Deswegen verändern sich Dinge. Wir sind im Mitgliederverband. Ganz aktuell bekennt sich der Deutsche Familienverband NRW zu der klaren Forderung nach gebundenem Ganzttag.

Wir nehmen die Probleme der Familien wahr. Wir doktern seit vielen Jahren daran herum. Sie benötigen Verlässlichkeit. Frau Bäumker hat es eben berichtet. Genau das ist es. Es ist aus unserer Sicht und aus dem, was wir von Familien hören, nicht mehr leistbar, wenn wir diese Beliebigkeit haben. Das Problem der offenen Ganzttagsschule ist die Offenheit. Das andere Problem ist, dass wir hier im Wesentlichen wieder mit den üblichen Verdächtigen sitzen. Es wird nicht ausreichen, mit den bestehenden Budgets zu arbeiten und einmal hier und einmal da etwas zu verschieben.

Wir benötigen größere Finanzströme, die in diesen Komplex Familie, Betreuung, Bildung und vor allem Schule geleitet werden. Wir benötigen verlässliche Ganzttagsschulen in der Grundschule und den weiterführenden Schulen, in denen all diese Dinge, die ich jetzt nicht noch einmal wiederholen möchte, geleistet werden können. Wir haben fantastische Lehrer und tolle Leitungsteams im kommunalen Bereich. Jede Menge Leute wissen, worum es geht und was zur Verfügung zu stellen ist. Die Realität sieht anders aus. Wenn Sie auf die Ausstattung und die Bausubstanz in den Schulen schauen, dann ist das zum großen Teil eine Schande. Den Eltern noch zur Verfügung stehende Kapazitäten werden aufgewendet, um Reinigungsdienste zu leisten, zu renovieren oder fehlende Betreuung auszugleichen. Die Kraft und die Zeit der Eltern sollten für die gelebte Erziehungspartnerschaft zur Verfügung stehen.

Halten sich Kinder tatsächlich den ganzen Tag in der Schule auf, muss die Schule dafür Raum und Personal bieten. Dann muss Erholung in der Schule möglich sein. Musik und alle anderen Angebote müssen zur Verfügung stehen. Das geht eben nicht mit Minijobkräften, denen nur ganz geringe Qualifikationsmöglichkeiten offeriert werden können. Wir wissen eigentlich alle, wie bisher geht es nicht weiter, wenn das Leben mit mehreren Kindern so schwierig ist. Beispiel: Die Kinder werden um 16 Uhr abgeholt und die eigentliche Hausaufgabenbetreuung hat nicht funktioniert. Es muss alles nachgearbeitet werden. – Familienzeit – Quality time – ist überhaupt nicht möglich, wenn man bis in den Abend hinein dort sitzt und alles nacharbeiten muss, weil in der Nachmittagsbetreuung nur gechillt wurde und qualitativ angemessene Angebote nicht zur Verfügung standen.

Irgendjemand hat vorhin gesagt, wir müssen von dem ökonomischen Gedanken weg hin zu der Investition in Kinder und Jugendliche. Nein, dem würde ich ganz deutlich widersprechen. Jede Hinwendung in diese Thematik ist ökonomisch absolut sinnvoll. Das wissen Sie ganz genau. Das wissen auch die Kollegen Politiker, die heute nicht hier sitzen und die hauptsächlichen Finanzströme einfach woandershin leiten.

Ob es immer weniger Arbeitsvolumen gibt, wie eben gesagt wurde, würde ich in gewisser Hinsicht anzweifeln. Die Arbeit, die in den alten Modellen früher von Frauen geleistet wurde, muss irgendwer leisten. Eine sehr geschätzte Kollegin hat einmal

zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf gefragt: Wer macht den ganzen Rest? – Ich hoffe, dass wir in den anderen Blöcken noch Gelegenheit haben, Ansätze zu finden versuchen, wie wir das Leben von Familien, von Menschen, die mit mehreren Kindern oder noch weiter intergenerativ leben, erleichtern und die demografischen Probleme besser in den Fokus nehmen können. – Danke.

Prof. Dr. Ludwig Stecher (Justus-Liebig-Universität Gießen, Institut für Erziehungswissenschaft): Frau Velte, herzlichen Dank für die Frage. Sie gibt mir die Möglichkeit, auf einiges zu reagieren und mein Unbehagen auszudrücken, welches mich im Laufe der bisherigen Diskussion beschlichen hat.

Was Herr Tigges über die Balance sagte, die Familien und Menschen brauchen, war meiner Meinung nach eine sehr kluge Idee. Sprechen wir aber von einer solchen Balance, heißt das auf der anderen Seite, wir benötigen institutionelle Erziehung, um diese Balance herzustellen und die Familien zumindest zeitlich zu entlasten. Über diese institutionellen Möglichkeiten haben wir schon sehr viel gesprochen. Die Ganztagschule wurde angesprochen. Wenn Sie die bislang geführte Diskussion zusammenfassen, ist wahrscheinlich 50 Mal das Wort Betreuung vorgekommen. Ich habe das Wort Bildung noch gar nicht gehört. Das Wort Förderung kam zwei- oder dreimal vor.

Sprechen wir über institutionelle Betreuung als Möglichkeit für die Balance, um die es letztlich für Familien gehen soll, können wir das nicht von der Diskussion um pädagogische Qualität dieser institutionellen Erziehung abkoppeln. Tun wir das, sind wir aus meiner Sicht in der Gefahr, aus Erwachsenensicht etwas zu konstruieren, was bei Kindern und Jugendlichen letztendlich so nicht erfolgreich ankommen kann. Die Frage, die Frau Velte stellte, kann man aus meiner Kenntnis der Kinder- und Jugendforschung und der Forschung zur Ganztagschule relativ gut beantworten. Wo sind Freiräume für Jugendliche in der Schule, in der institutionellen Erziehung, wenn wir gleichzeitig wollen, dass Eltern beruhigt und ihre Kinder gut aufgehoben sind? Das war dieser Zwiespalt zwischen institutioneller Erziehung und Freiräumen von Jugendlichen.

Dieser Freiraum ist bei Ganztagschulen beispielsweise ein Teil des pädagogischen Konzepts. Es gibt durchaus Ganztagschulen, die es nicht als Teil des pädagogischen Konzepts haben. Dann kommt genau das zum Tragen, was jemand vorhin sagte. Dann kommt eine Freistunde, in der man zwei oder drei Leute trifft. Das ist kein pädagogisches Konzept für Freiräume von Jugendlichen. Es gibt Jugendcafés, es gibt Schulcafés, es gibt selbstorganisierte Veranstaltungen von Jugendlichen. Es gibt viele pädagogische Ideen, wie diese Freiräume, die Jugendliche zur Sozialisation, zur Entwicklung benötigen, auch im Rahmen einer institutionellen Erziehung in der Ganztagschule gewährleistet werden können.

Ich sehe mit Blick auf die lebensweltlichen Erfahrungen von Kindern und Jugendlichen und institutioneller Erziehung in der Ganztagschule keinen grundsätzlichen Widerspruch. Es kommt immer darauf an, was wir mit der Zeit machen, die die Heranwachsenden dort verbringen. Bieten Sie eine AG „Selbstverteidigung mit Wladimir Klitschko“ oder „Singen mit Kylie Minogue“ an, werden Sie die Schule den ganzen

Tag voll haben. Das ist jetzt natürlich etwas überzeichnet; das kann man nicht machen. Grundsätzlich geht es darum, was wir in der Zeit anbieten, die Kinder und Jugendliche in institutioneller Erziehung verbringen, sei es in Ganztagschulen – da kenne ich mich aus – oder in Kitas. Was tun wir konkret in dieser Zeit? Das ist für mich als Pädagoge eine sehr viel zentralere Frage, um das auszutarieren, was vorhin mit der Balance angesprochen wurde.

Lassen Sie mich einen ganz kurzen Hinweis zu meiner Vorrednerin geben, die so flammend und feurig für die gebundene Ganztagschule gesprochen hat. Wenn man die Frage nach offener oder gebundener Ganztagschule aus wissenschaftlicher Perspektive und unter dem Blickwinkel der pädagogischen Qualität betrachtet, zeigen die Ergebnisse bundesweiter Studien, dass wir sehr hohe pädagogische Qualität in offenen Ganztagschulen finden und durchaus gebundene Ganztagschulen finden, die über Betreuung nicht hinausgehen. Sie haben es im Grunde angesprochen. Deshalb würde ich in der Diskussion um strukturoffene oder gebundene Ganztagschule ein bisschen zurückhaltender sein. Letztlich geht es immer um eine Frage der pädagogischen Qualität, die aus meiner Sicht in beiden Formen von Ganztagschule realisiert werden kann.

Ich will noch ganz kurz auf die Frage von Herrn Dr. Maelzer eingehen, die mich ein bisschen ratlos gemacht hat. Wenn es um Schicht-, Wechsel- und Wochenenddienste geht, ist die Ganztagschule nicht mehr der Adressat für institutionelle Erziehung, um eine Balance herzustellen. Ich kann mir nicht vorstellen, wie es unter Maßgabe all dessen, was ich vorher gesagt habe, in diesem Rahmen möglich sein sollte, dass auch in dieser Zeit Bildung und Förderung stattfindet.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: In der Tat haben Sie meine Frage nicht richtig verstanden. Es geht darum, was man für Schulkinder machen kann. Im Kita-Bereich gibt es eine Menge Ideen. Sie führen aus, im gegebenen institutionellen Rahmen ist es schwierig. Was müssen wir darüber hinausdenken, damit es auch für Schulkinder und deren Familien sinnvoll ist?)

– Also außerhalb des institutionellen Rahmens meinen Sie?

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Genau!)

– Nun, da verlasse ich mein Feld, für das ich Expertise aufweise. Hier muss es sicher um Einzellösungen für Familien gehen, wie es vorhin schon angesprochen wurde, gegebenenfalls über Einzelbetreuung. Ich kann dazu nur schwierig etwas sagen, weil ich mir gar nicht vorstellen kann, wie das aufgelöst werden kann.

Ich kann aber noch kurz sagen, die Ferienzeiten stellen für Eltern mit schulpflichtigen Kindern ein ganz zentrales Problem dar. Das zeigt beispielweise die Bildungsberichterstattung „Ganztagschule in Nordrhein-Westfalen“, die hohe Unzufriedenheitswerte bei Eltern mit Kindern im Sekundarstufenbereich zu Ferienzeiten aufzeigt. Hier muss ganz klar nachgesteuert werden. Im Primarbereich gibt es deutlich häufiger entsprechende Angebote. Hier sind die Eltern auch deutlich zufriedener als im Sekundarbereich. Ich sehe in der Tat Nachbesserungsbedarf bei den Angeboten in der Sekundarstufe während der Ferienzeiten. – Danke schön.

Dr. Karin Jurczyk (Deutsches Jugendinstitut): Beide Fragen betreffen eigentlich nicht meine Kernkompetenz. Ich fange mit den Gestaltungsoptionen für schulpflichtige Kinder an. Zunächst einmal hängt es sehr vom Alter der Kinder ab. Wir reden über schulpflichtige Kinder als ob die Betreuungs-, Förder- und sonstigen Bedarfe von sechs bis 18 Jahren mehr oder weniger die gleichen seien. Aber es braucht sehr unterschiedliche Antworten. Dabei darf man nicht vergessen, dass sich Kinder durchaus auch Eigenzeit wünschen. Sie wollen nicht die ganze Zeit verplant werden. Sie wollen Zeit mit ihren Freunden, die nicht in irgendein anderes Gesamtangebot getaktet ist.

Wir haben eine Studie zur Ganztagschule gemacht. Die Kinder haben sehr deutlich gesagt, die Zeit für sich selbst und für Freunde geht den Bach hinunter, weil nicht alles leicht zu integrieren ist. Das ist kein Plädoyer gegen die Ganztagschule. Aber man muss diesen Zugang aus der Perspektive der Kinder und Jugendlichen mit bedenken. Meine Antwort auf die Gestaltungsoptionen für schulpflichtige Kinder geht in Richtung Optimierung einer guten Jugendarbeit. Etwas anderes kann mir dazu nicht einfallen. Die Institutionen sind teilweise rückgebaut werden. Es müsste sehr viel mehr Qualität und Quantität hinein, um Angebote zu optimieren.

Wir müssen überlegen, worüber wir reden. Es war sehr hilfreich, was vorhin angesprochen wurde. Reden wir eigentlich über die Betreuung, Förderung und Bildung von Kindern, oder reden wir über Vereinbarkeitsprobleme von Eltern und die Abdeckung von Abwesenheiten durch elterliche Arbeitszeiten? Das ist ein entscheidender Unterschied. Ich möchte an den ersten Debattenteil anknüpfen. Es muss möglich sein, dass Eltern sagen: An dem und dem Punkt habe ich Sorgeaufgaben. – Bei der Verteilung von Arbeitszeiten muss berücksichtigt werden, dass sie nicht primär in Randzeiten und an Wochenenden stattfinden.

Ich weiß, es gibt diese Probleme und man muss Lösungen finden. Aber die Kreativität muss doch in beide Richtungen gehen. Die eine Richtung sind brauchbare, qualitativ vertretbare und gute Lösungen für Bildung und Betreuung. Die andere Richtung ist, den Arbeitgebern deutlich zu machen, dass es ein „Vetorecht“ gibt. So hilft es natürlich nicht. Das weiß ich schon. Aber Eltern sollten zu bestimmten Arbeitszeiten nicht so in Anspruch genommen werden.

Der nächste Punkt betraf die Minijobs. Frau Stöbe-Blossey, ich kann mich Ihnen in vielem anschließen. Aber die Minijobs sind für mich wirklich schlechte Lückenbüsser für all diese Probleme, die wir im Moment bei der Abdeckung von Randzeiten haben. Es stellt sich die Frage der Qualität von Arbeit, die wir leisten können, von eigener Qualifizierung und eigenem Fortkommen im Lebensverlauf. Wir wissen alle, welche Folgen Minijobs im Lebensverlauf von Frauen haben. Zum weit überwiegenden Teil erledigen Frauen die Minijobs. Das kann keine Lösung sein, auf die wir weiterhin viele Gedanken verwenden.

Attila Gümüs (Landeselternbeirat der Kindertageseinrichtungen NRW): Ich habe zwei Fragen von Herrn Jörg und Herrn Dr. Maelzer zu beantworten. Sie betreffen Randzeitenbetreuung und die 24-Stunden-Kita. Ich möchte gern eine Grundsatzbemerkung dazu machen.

Wir reden immer über Erwachsenensysteme. Schichtarbeit ist zum Beispiel ein typisches Erwachsenensystem. Aus unserer Sicht muss man versuchen, davon wegzukommen. Das habe ich in der Stellungnahme deutlich zu machen versucht. Man muss den Bedarf der Kinder betrachten. Deshalb haben wir als Landeselternbeirat die einzelnen Jugendamtselternbeiräte und in den Beiräten gefragt, wie sie dazu stehen. Sie haben zwei Probleme. Für viele Kinder würde eine aushäusige Übernachtung ein großes Problem darstellen. Es gibt Kinder, die das schaffen. Aber für einen Großteil der Kinder würde das ein Problem darstellen. Wir müssen zu anderen Lösungen kommen. Wir wissen, es gibt Menschen, die da Probleme haben. Deswegen haben wir gefordert, Lösungen für Ausnahmefälle zu schaffen. Aber das sollen Ausnahmefälle bleiben. Das Problem ist, wenn es diese Institutionen gibt, wird der Druck auf Eltern wachsen, diese Angebote wahrzunehmen. Deswegen sind wir sehr vorsichtig bei der Forderung, was man ausbaut.

Auch die Randzeitenbetreuung sollte nicht zu weit ausgebaut werden. Es wurde gefragt, was wir uns zeitlich vorstellen. Zurzeit ist sehr oft eine Zeitphase von 7:30 Uhr bis 16:30 Uhr gegeben. Das ist sehr eng an Arbeitszeiten orientiert. Das führt für viele Eltern gerade in Großstadtgebieten und dadurch, dass die Arbeitsstätte meistens nicht mehr am Wohnort ist – Störfaktoren wie Stau etc. – zu hohen Stressfaktoren. In gewisser Weise kann man die Randzeitenbetreuung ausbauen, muss aber auch Grenzen setzen.

Von Herrn Mecklenburg wurde gesagt, Familienzeit ist gemeinsame Zeit. Der Tag hat irgendwann ein Ende. Man sollte zum Beispiel gemeinsam den Abend verbringen können. Man muss aus unserer Sicht ganz klare Grenzen setzen, damit es nicht zu einer Flexibilisierung von Familien kommt. Man muss klar sagen, man sieht bestimmte Bedarfe, aber es ist nicht unendlich. Deshalb haben wir uns als Landeselternbeirat ganz klar gegen 24-Stunden-Kitas ausgesprochen.

Dr. Christiane Richard-Elsner (ABA Fachverband Offene Arbeit mit Kindern und Jugendlichen): Wir haben den ganzen Vormittag sehr viel über die Bedürfnisse von Erwachsenen zur Abgrenzung von Beruf und Freizeit gehört. Es ging in den letzten Statements öfter darum, welche Bedürfnisse Kinder eigentlich haben. Es wurde zum Beispiel die Eigenzeit genannt. Ich möchte mich vor allem diesem Komplex stärker widmen.

Das in den letzten Jahrzehnten aufgebaute Leitbild zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist, die Kinder werden in Institutionen untergebracht. Die Institutionen sind räumlich „Kinderinseln“. Dort finden gebundene Angebote wie Schulunterricht usw. und Freizeitangebote statt. Sie sind im Wesentlichen durch Erwachsene wie Jugendleiter gesteuert. Vorgegebene Ziele tragen Erwachsene an die Kinder heran. Das entspricht nicht unbedingt immer den kindlichen Bedürfnissen.

Ich spreche jetzt vor allem von Kindern von etwa vier bis zwölf Jahren, also grob von der mittleren Kindheit. In der mittleren Kindheit haben Kinder ein sehr großes Bewegungsbedürfnis. Für mich war es zuerst einmal erstaunlich, dass Kinder in der mittleren Kindheit ein größeres Bewegungsbedürfnis haben als kleinere Kinder und – das ist jedem einleuchtend – als Erwachsene. Das heißt, es passt nicht immer zusam-

men. Sie haben außerdem ein großes Bedürfnis nach Selbständigkeit, nach eigenen Erfahrungen sowie ein Bedürfnis nach Ruhe und danach, mal alleine sein zu können. Auch das ist schon einmal genannt worden, ich glaube, vom Landesjugendring. Das ist in Institutionen auch nicht immer möglich.

Es ist die Frage, wie man die Arbeitszeitwünsche und -anforderungen von Eltern und die Betreuung in Institutionen mit diesen Bedürfnissen nach mehr Freiräumen und Bewegungsmöglichkeiten von Kindern vereinbaren kann. Wir versuchen, den Blick dafür zu öffnen, dass eine Einrichtung nicht immer nur ein geschlossener räumlicher Ort sein muss. Eine Betreuung in einer Einrichtung kann altersabhängig durchaus bedeuten, dass Kinder Freiräume – Stadtpark, Spielplätze oder anderes in der Umgebung – nutzen können. So können sie ihr Bewegungsbedürfnis befriedigen. Die Schul- oder Kindergartenbauten sind für die Menge an Kindern, die im Ganztagsunterricht Bewegungsraum benötigen, eigentlich überhaupt nicht konzipiert. Sie müssten auf diese Weise nicht bis ins Unendliche relativ kostenaufwendig überplant werden. Man könnte einfach organisatorisch sagen, wir haben irgendwo – zeitlich und örtlich – einen Betreuungsraum. Er ist nicht unbedingt auf diesen Fleck Schule begrenzt. Das zu der Schwierigkeit im offenen Ganztags und zur qualitativ hochwertigen Betreuung. Diese Bedürfnisse von Kindern können damit befriedigt werden.

Die nächste Frage überlappt damit ein bisschen. Es ging um die Infrastruktur und um Freiräume für Kinder. Dasselbe ist, wenn Kinder in diesem Alter mit ihren Eltern zusammen sind. Was passiert eigentlich in der Quality time? Sie findet meistens in der Wohnung statt. Kinder in dem Alter haben dieses viel höhere Bewegungs- und auch ein Selbstständigkeitsbedürfnis. Wie oft werden die elektronischen Medien zur Hilfe genommen, aufgrund der unterschiedlichen Spannung zwischen Bedürfnissen von Eltern, die sich in ihrem Rahmen erholen wollen, und Kindern, die ihr Bewegungs- oder Selbstständigkeitsbedürfnis befriedigen wollen? Was passiert da eigentlich? Inwieweit ist dieser hohe Medienkonsum auch darauf zurückzuführen, dass es der kleinste gemeinsame Nenner ist, wie man auf engem Raum gut miteinander auskommt?

Eine Lösung sollte auch deshalb gegeben sein, weil wir demnächst mehr ältere Personen haben. Wir sollten die Freiräume nicht mehr so gestalten wie es in den letzten hundert Jahren immer weiter aufgebaut wurde, nämlich sehr stark spezialisiert und verinselt. Wir sollten generationenübergreifende Freiräume im Blick haben. Mobilität sollte beispielsweise auch für Kinder möglich sein. Kindern sollte es möglich sein, die Schule selbständig zu erreichen. Das hatten wir vor 20, 30 Jahren schon einmal. Mittlerweile wird das vielen Kindern nicht mehr zugetraut. Das heißt also, die Rahmenbedingungen wie der Straßenverkehr sollten entsprechend gestaltet werden. Das ist wieder ein Punkt, an dem sich ganz konkret Zeiten für Eltern und Kinder entzerren lassen. Wenn ich meine Kinder nicht immer pünktlich um 8 Uhr zur Schule bringen muss, dann überlappen sich solche Zeiten: Ich kann etwas früher zur Arbeit gehen; denn die Kinder finden alleine ihren Weg. – Außerdem können diese generationenübergreifenden Freiräume von den Einrichtungen genutzt werden. Kinder könnten nachmittags tatsächlich für zwei Stunden sagen: Ich habe jetzt kein Schul-, Musik- oder Sportunterricht. – Kinder im Grundschulalter wollen das auch nicht rund um die Uhr. Sie können diese Freiräume draußen nutzen.

Frau Velte fragte, welche konkreten Instrumente es gibt, um so etwas zu machen. Ich möchte nur ganz kurz auf die Spielleitplanung hinweisen. Die Spielleitplanung ist ein kommunaler Planungsansatz, mit dem Freiräume für Kinder und für andere Akteure unter Einbindung aller Akteure gestaltet werden können. Es werden beispielsweise Gänge mit Kindern durch das Quartier gemacht. Die Kinder können sagen, wo Räume verriegelt sind, wo es beispielsweise angstmachende Gruppen oder einen problematischen Straßenübergang gibt. Das wird in die kommunale Planung aufgenommen und nach und nach abgearbeitet. Das ist die Spielleitplanung.

Ein anderes Instrument wäre beispielsweise die Einrichtung von Naturerfahrungsräumen. Das ist eine Abgrenzung zum konventionellen Spielplatz. Ein konventioneller Spielplatz bietet relativ wenige Spielmöglichkeiten und ist relativ klein. Das Konzept Naturerfahrungsräume versucht, die verlorengegangenen Brachräume zu ersetzen, die es früher einmal gab. Das sind ungestaltete und relativ große Räume, in denen Kinder unterwegs sein können.

Ich komme auf die Zeitpolitik zurück. Sie dient dazu, die Bedürfnisse von Kindern und Erwachsenen an eigengestalteter Zeit aufeinander abzustimmen, sodass kurzfristig Kinder und ihre Eltern in einen intensiven Kontakt treten, aber auch wieder auseinandergelassen werden können. – Vielen Dank.

Dr. Hans-Peter Klös (Institut der deutschen Wirtschaft Köln): Herr Düngel fragte, inwieweit Familien Mitwirkungsrechte bei Schulzeiten haben sollten. Wir müssen klar zwischen Schulzeit und Betreuungszeit unterscheiden, auch was die rechtlichen Rahmenbedingungen anbelangt. Es bleibt im Kern bei der Verantwortlichkeit der Länder für die Festlegung der Schulzeiten. Da sollten wir realistisch bleiben. Es gibt eine staatliche Schulpflicht. Diese determiniert die Anforderungen an die Schulzeiten.

Es lohnt sich, einen Augenblick auszuholen. Das mache ich auch deshalb, weil ich nachher nicht mehr dabei sein kann. Unter zeitpolitischen Aspekten ist die Schulzeit der stärkste Taktgeber für die kommunalen Familienzeitstrukturen. Das kann man sagen. Die Ferienzeit ist mehrfach angesprochen worden. Die Schulzeiten sind in der räumlichen Konstellation ein zentraler Taktgeber der Zeitdisposition von Familien. Wir reden hier unter anderem über kommunale Zeitpolitik. Man kann die Schulzeiten nicht suspendieren. Es sollte keine Mitwirkungsrechte der Eltern bezüglich der Lage, Dauer und Verteilung der Schulzeiten geben. Das bleibt eine Prerogative. Die anderen Aktionsparameter einer kommunalen Familienzeitpolitik werden damit aber umso bedeutsamer. Wenn die Schulzeiten- und Ferientaktung als gegeben angenommen werden muss – wovon ich ausgehe –, bleiben andere Taktgeber umso wichtiger: Fragen der Betreuung, der Gesundheit, der Pflege, der Verwaltung, der übrigen wissenschaftlichen Öffnungszeiten, der Arbeitswelt und der Mobilität.

Man sollte hier innehalten und klarmachen, welche Möglichkeiten eine kommunale Familienzeitpolitik hat, die die Lage, Dauer und Verteilung der Schulzeiten als exogen vorgegeben annehmen muss. Zum einen wird eine kommunale Familienzeitpolitik den Zugang zu Bildungs-, Betreuungs- und Freizeitangeboten verbessern können. Zum anderen kann eine kommunale Familienzeitpolitik Kommunen attraktiver für Familien machen. Das bleibt ein zentraler Aktionsparameter.

Die kommunale Familienzeitpolitik kann außerdem die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern. Es bleibt ein vor uns liegendes Forschungsfeld zu benennen: Welche Taktgeber sind es? Inwieweit wirken sie auf die Zeitdisposition bei konkurrierender Zeitbudgetverwendung ein? – Das ist der Kernpunkt. Die Zeitbudgetanforderungen – der Tag hat 24 Stunden, das Jahr hat 365 Tage – sind vorgegeben. Aber es gibt konkurrierende Zeitbudgetverwendungen. Dazu, wie eine kommunale Familienzeitpolitik darauf Einfluss nehmen kann und welche Effekte wir auf der Kosten- und der Nutzenseite einer kommunalen Familienzeitpolitik haben, gibt es in meiner Stellungnahme ein paar Ausführungen – Vielen Dank.

Johannes Pöttering (Landesvereinigung der Unternehmensverbände Nordrhein-Westfalen): Herr Düngel fragte, welche Probleme im Bereich des offenen Ganztags wir wahrnehmen. Bei den Ganztagsplätzen in Nordrhein-Westfalen liegen wir im Gegensatz zu den U3-Plätzen sogar über dem Bundesdurchschnitt. Man soll auch sagen, wenn etwas besser ist als anderswo. Ich warne aber ausdrücklich davor, diese Zahlen zum Anlass zu nehmen um zu sagen, in dem Bereich ist der Handlungsbereich nicht so groß.

Gerade beim Übergang vom Kindergarten zur Schule herrscht häufig zuerst große Unsicherheit bei den Eltern, ob man den Platz bekommt und wie sich alles organisieren lässt. Das ist auch eine psychologisch starke Frage. Das ist ein großer Umbruch. Gerade im Grundschulbereich müssen die Ganztagsplätze weiter deutlich ausgebaut werden. Es mag regional große Unterschiede geben.

In den Randzeiten brauchen wir sicherlich noch mehr Flexibilität. Das ist ein Widerspruch zur Einführung bestimmter Zeitgrenzen, wie es eben gesagt wurde. Wir helfen den Eltern, die diese Probleme wirklich haben – das sind sicherlich nicht alle –, mit solchen Diskussionen nicht, wenn sie durch Zeitüberschreitungen gewissermaßen noch an den Pranger gestellt werden.

Bei den Zeitspannen gerade nach 16:30 Uhr sehen wir Probleme. Gleiches gilt für die Ferienzeiten. Das ist eben schon angeklungen. Man hört immer wieder aus den Betrieben, dass viele Eltern damit besondere Probleme haben.

Ich komme zu der Frage von Herrn Dr. Maelzer. Für eine grenzenlose Absetzbarkeit der Kinderbetreuungskosten sind wir auch nicht. Sie sollte im Rahmen der steuerlichen Freibeträge liegen. Heute kann man zwei Drittel – bis 4.000 € – absetzen. Wir würden es für angemessen halten, zu einer vollen Absetzbarkeit zu kommen.

Sie haben völlig recht. Für geringer Verdienende oder Alleinerziehende darf Kinderbetreuung nicht am Ende eine Frage des Portemonnaies sein. Die Unternehmen haben ein riesiges Interesse daran, dass auch diese Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Kinderbetreuung gewährleistet bekommen. Sozial gestaffelte Modelle sind – mit allen Schwächen, die es an diesen Stufen gibt – sicherlich eine Möglichkeit. Man kann über Entwicklungsperspektiven nachdenken. Wir als Arbeitgeberverbände sind gegen das Betreuungsgeld. Vielleicht ergeben sich dadurch Spielräume.

Diane Tigges-Brünger (ver.di, Landesbezirk NRW): An mich wurde die Frage der Ausweitung der Randzeiten gestellt. Im Zusammenhang mit den Beschäftigten der Bildungseinrichtungen – dazu gehören auch die Kitas – müssen wir über den Personalschlüssel reden. Das heißt, Gruppenstärken müssen sich verringern. Es muss also mehr Personal anwesend sein. Mit Sicherheit wäre eine endlose Ausweitung unter dem pädagogischen Aspekt nicht sinnvoll. Ich weiß, viele Frauen sind dort beschäftigt. Das führt wieder zu Problemen.

Die Ausweitung eines Personalschlüssels hat finanzielle Konsequenzen. Die Ressourcenfrage hat Herr Pöttering gerade mit kreativen Lösungsansätzen skizziert. Das würden wir gerne aufnehmen. Ansonsten werden die Kommunen diese Fragen bei den Kommunalhaushalten natürlich nicht stemmen können.

Vorsitzende Ingrid Hack: Ganz herzlichen Dank allen, die uns schon zur Verfügung gestanden haben. Herr Dr. Klös, Sie haben schon erwähnt, Sie sind während der weiteren Diskussion nicht anwesend. Von uns allen Ihnen und den anderen, die uns jetzt verlassen müssen, herzlichen Dank.

Wie angekündigt möchte ich jetzt eine Mittagspause machen und in 30 Minuten mit Ihrer aller Unterstützung wieder einsteigen. Dann sprechen wir über die kommunale Familienzeitpolitik. Ich würde mich freuen, wenn wir um 13:35 Uhr pünktlich fortfahren könnten. Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung von 13:05 Uhr bis 13:40 Uhr)

Vorsitzende Ingrid Hack: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich danke Ihnen für das pünktliche Zurückkommen, sodass wir auch fast pünktlich wieder einsteigen können. Hoffentlich hatten Sie alle Gelegenheit, ein wenig zu verschlafen.

Ich darf anmerken, dass uns, wie angekündigt, folgende Sachverständige nicht mehr für Fragen und Antworten zur Verfügung stehen: Herr Dr. Klös, Herr Prof. Dr. Becker, Frau Große-Leege und Herr Tigges.

Heute Nachmittag werden wir uns mit dem dritten und dem vierten Block unserer heutigen Anhörung beschäftigen. Die zeitliche Planung unserer Kommission sieht eigentlich immer vor, dass wir spätestens gegen 15:30 Uhr fertig sein wollen. Ich sage das einmal unter allem Vorbehalt. Natürlich möchte ich keine inhaltliche Frage abquetschen. Diesen Zeithorizont sollten Sie alle, die Sie uns hier Ihre Zeit widmen, aber kennen.

Wir kommen zum dritten Block, kommunale Familienzeitpolitik. Hierzu bitte ich um Ihre Fragen.

Jutta Velte (GRÜNE): Zunächst möchte ich den Sachverständigen dafür danken, dass sie so lange und so intensiv durchhalten. Das Thema ist ja spannend und gibt auch einiges her. – Mit meiner ersten Frage wende ich mich an Frau Meyer. Als kommunale Zeitfrau, nenne ich das einmal, und Gleichstellungsfrau haben Sie ja eine Menge dazu beigetragen, dass die Kommune Hanau sich auf den Weg gemacht

hat, kommunale Familienzeitpolitik zu gestalten. Was würden Sie uns als Landespolitikerinnen und Landespolitikern denn mitgeben wollen? Wie kann ein Land Kommunen dabei unterstützen, solche Modelle zu fahren? Welche Rahmenbedingungen wären nötig, um Familienzeitpolitik auf kommunaler Ebene nach vorne zu tragen?

Meine zweite Frage richtet sich an Frau Jurczyk. Es scheint doch sehr umstritten zu sein – das geht aus den Stellungnahmen hervor –, ob es in den Kommunen zentrale Anlaufstellen geben sollte oder wie die Frage von Beauftragung geregelt werden könnte. Sie schlagen selber eine Kinderbeauftragte/einen Kinderbeauftragten vor. Andere sagen, es sei nicht empfehlenswert, das rein zentral auf der kommunalen Ebene zu steuern, weil in diese Querschnittsaufgabe Familienpolitik viel zu viele eingebunden sein müssten. Dazu bitte ich Sie um weitere Ausführungen und eine Bewertung.

Prof. Dr. Peter Strohmeier (Sachverständiger der SPD-Fraktion): Den ganzen Vormittag habe ich aufmerksam zugehört und mitgeschrieben und nichts gesagt. Ich habe eine ganze Menge gelernt. Ich bin hergekommen, weil ich etwas über Zeitpolitik für Familien erfahren wollte. Wir haben gesprochen über Zeit, über Geld, über Infrastruktur, über Räume, über Qualität von Bildungs- und Betreuungsarbeit, also über eine ganze Menge von Problemen, die alle irgendwie mit diesem Zeitproblem assoziiert sind, die aber durchaus in ganz unterschiedlichen Zuständigkeiten verhandelt werden. Ich habe gelernt: Es geht um Zeit von Kindern für sich; das ist wichtig. Es geht um Zeit von Eltern für sich. Es geht um Zeit von Eltern und Kindern gemeinsam. Es geht um die Balance von Arbeitszeit, Schulzeit und Öffnungszeiten von Betreuungseinrichtungen. Das Ganze muss dann auch noch mit Jugendhilfeangeboten und all denen, die am Alltag von Eltern und Kindern sowie in der Arbeitswelt mitwirken, koordiniert werden.

Ich hätte gerne die kommunalen Spitzenverbände gefragt. Sie sind hier aber nicht vertreten. Deshalb richte ich meine Fragen an Frau Dr. Jurczyk, Frau Dr. Engelbert, Frau Dr. Stöbe-Blossey und Frau Meyer.

Viele Kommunen haben nicht einmal so etwas wie eine Zuständigkeit für Familien. Ich erinnere an eine unserer ersten Sitzungen. Da haben wir hier die Stadt Gladbeck gehört. Sie hat eine Zuständigkeit für Familie und ein klares familienpolitisches Konzept. Wir haben auch den Kreis Lippe präsentiert bekommen. Nach meinem Gefühl gibt es dort – nach dem Motto: lass viele bunte Blumen blühen – nicht wirklich eine Zuständigkeit und jemanden, der das koordiniert. Wie muss ich mir denn eine Zuständigkeit für Familienzeit vorstellen? Wer soll das machen? Die Kommune ist das Handlungsfeld. Dort wird der Alltag von Familien und ihren Mitgliedern maßgeblich gestaltet. Das ist unbenommen. Aber wer soll das in der Kommune machen? Wie muss ich mir eine Zuständigkeit für Familienzeitpolitik vorstellen? Und wie muss ich mir dieses Arbeitsgebiet vorstellen? Nehmen wir einmal an, dass es jemanden gibt, der dafür abgestellt ist, all diese Handlungsfelder, die ich jetzt beschrieben habe – Zeit, Geld, Infrastruktur, Räume, Qualität persönlicher Beziehung –, all die Ressorts, die da dranhängen, und all die Akteure, die diese Leistungen jeweils erbringen, zu

koordinieren. Welche Möglichkeiten muss er haben? Welche Ressourcen braucht er?

Und gibt es tatsächlich so etwas wie eine Familienzeitpolitik? Oder ist Zeit nicht nur ein Kürzel für die Integration all der anderen Politikbereiche, also Bildungspolitik, Entwicklung einer sozialen Stadt – wir haben ja das Programm Soziale Stadt, das häufig eben nicht mit lokaler Bildungspolitik koordiniert ist –, Infrastrukturpolitik, Freizeitpolitik, Abstimmung von Arbeitszeiten von Eltern? Das sind alles andere Politikbereiche, die dazu führen, dass es bezogen auf diese Zeitvereinbarung Probleme gibt. In diesem Zusammenhang lautet also meine Frage: Gibt es überhaupt so etwas wie eine kommunale Zeitpolitik? Oder ist das das Kürzel, unter dem man die anderen Politikbereiche und die jeweiligen Akteure und Ressorts koordinieren müsste?

Dr. Björn Kerbein (FDP): Meine Frage richtet sich an Frau Meyer und bezieht sich auf die Themen „Zeitbrücken“ und „generationsübergreifende Treffpunkte“. Sie haben in Ihrer Stellungnahme erwähnt, was da speziell bei Ihnen in Hanau passiert. Vielleicht können Sie dazu noch nähere Ausführungen machen, insbesondere dahin gehend, wie die beiden Maßnahmen organisiert, finanziert und auch in Anspruch genommen werden.

Dr. Stefan Nacke (Sachverständiger der CDU-Fraktion): Ich habe zwei Fragen an Frau Löckener, Frau Engelbert und Frau Jurczyk. – Die erste Frage schließt an heute Vormittag an. Wir haben sehr viel von Unternehmenskultur gehört. Mich interessiert der Kulturbegriff und vor allen Dingen die Frage: Wie gehen wir in unserer Gesellschaft mit unseren kulturellen Vorgaben um, zum Beispiel dahin gehend, dass der Sonntag arbeitsfrei ist? Diese Thematik wirkt sich ja auf die Realisierung von Familienleben aus. Was machen wir mit diesem Kulturgut „arbeitsfreier Sonntag als gemeinsame freie Zeit für Familien“? Wie wichtig ist das für Familien?

Die zweite Frage bezieht sich stärker auf die Kommunen und zielt auf die Leistung der Vermittlung von haushaltsnahen Dienstleistungen ab. Ich habe in den Texten die interessante Passage gelesen, dass es möglicherweise auch eine kommunale Aufgabe sein kann, haushaltsnahe Dienstleistungen – Putzhilfen etc. – zu vermitteln, damit Familien entlastet werden können. Ich kann das aus persönlicher Not bestätigen. Es ist sehr schwer, auf legalem Wege solche Hilfestellungen zu finden. Wäre das eine Aufgabe für Kommunen?

Daniel Düngel (PIRATEN): Meine erste Frage richtet sich im Wesentlichen an den Landesjugendring, den Landeselternbeirat der Kindertageseinrichtungen und den Verband allein erziehender Mütter und Väter. Wie stellen Sie sich familiengerechte Öffnungszeiten in den Kommunen, also in Behörden und Verwaltung, vor? Und wie weit sind wir da aus Ihrer Sicht im Moment?

Mit meiner zweiten Frage wende ich mich an die Landesarbeitsgemeinschaft der Familienverbände, den Landesjugendring, den ABA Fachverband Offene Arbeit mit Kindern und Jugendlichen und den Kinder- und Jugendrat. Welchen Stellenwert hat der öffentliche Personennahverkehr für Familien und für Kinder und Jugendliche?

Und welche Probleme sehen Sie im Bereich des ÖPNV? In diesem Zusammenhang möchte ich auch einmal ein Wunschkonzert aufmachen. Wie könnten diese Probleme möglicherweise gelöst werden? Was sind Ihre Ideen dazu?

Dr. Dennis Maelzer (SPD): Frau Dr. Engelbert, Sie haben in Ihrer Stellungnahme ausgeführt, dass es in Köln, in Bielefeld und im Kreis Lippe gute Beispiele für flexible Arbeitszeitregelungen gibt, die auch gut von kommunaler Seite unterstützt werden können. Vielleicht können Sie einige Sätze zu diesen Beispielen sagen und darstellen, wie man Kommunen da konkret unterstützen kann.

Frau Meyer, Sie haben in Ihrer Stellungnahme geschrieben, um Väter dabei zu unterstützen, dass sie mehr Zeit mit ihren Kindern verbringen können, solle es auch Programme auf kommunaler Ebene geben. Wie könnten diese Programme konkret aussehen? Vielleicht können Sie dazu ein paar Beispiele nennen. Sie haben auch geschrieben, dass es eine Kosten-Nutzen-Analyse gibt, die das BMFSFJ zur Evaluation beim Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung in Auftrag gegeben hat, das die Ergebnisse der Modellprojekte zur Einführung und Umsetzung kommunaler Zeitpolitik untersucht hat. Die Ergebnisse sollen zwar erst im Frühjahr 2016 vorliegen. Sie haben aber erwähnt, dass Sie Zwischenergebnisse mündlich einbringen könnten. Das würde mich sehr interessieren.

Regina Kopp-Herr (SPD): Frau Meyer, Sie sind in dieser Fragerunde offensichtlich eine sehr gefragte Frau. Ich greife noch einmal das Thema auf, das Herr Düngel gerade schon angesprochen hat, nämlich den ÖPNV. Mir geht es in diesem Zusammenhang um die nicht immer gute Abstimmung zwischen den Öffnungszeiten der Betreuungseinrichtungen, den Arbeitszeiten der Eltern, der Väter und Mütter, und den Fahrzeiten im öffentlichen Personennahverkehr. Arbeitszeiten werden flexibler, Arbeitszeitmodelle differenzierter; das ist alles schon angeklungen. Haben Sie einen Vorschlag, wie sich der ÖPNV besser auf die Arbeitszeiten abstimmen ließe?

Josefine Paul (GRÜNE): Mit meiner ersten Frage wende ich mich an Frau Meyer. Diese Frage hätte ich gerne auch den kommunalen Spitzenverbänden gestellt, die leider heute nicht da sind. Es gibt ja auch Ideen in Richtung einer kommunalen Zeitleitplanung, also – in Häkchen – „analog“ der Bauleitplanung. Können Sie uns schildern, wie man das gestalten könnte, um nicht allein auf die Fragestellung familienbezogener Zeitpolitik abzustellen, sondern Zeitleitplanung wirklich zu einer Grundlage kommunaler Politik zu machen?

Meine zweite Frage richtet sich an Frau Dr. Jurczyk. Sie haben in Ihrer Stellungnahme geschrieben, dass ein Beitrag, um kommunal die Interessen von Kindern besser zu berücksichtigen, kommunale Kinderbeauftragte wären. Wie genau wären diese auszugestalten? Und vor allem: Wie könnten dann auch die Interessen von Jugendlichen, die ich bei Kinderbeauftragten aus meinem Verständnis heraus nicht einbezogen sehen würde, systematischer und besser vertreten werden? Haben Sie auch Ideen – wohl wissend, dass eine generationenübergreifende Sichtweise vielleicht nicht unbedingt die absolute Expertise des DJI ist –, wie man in kommunalpolitische

Entscheidungen auch generationenübergreifend die Interessen von Kindern bis hin zu Seniorinnen und Senioren einbeziehen kann?

Vorsitzende Ingrid Hack: Vielen Dank. – Ich bitte nun die Sachverständigen um ihre Antworten.

Dr. Angelika Engelbert (Ruhr-Universität Bochum, Zentrum für interdisziplinäre Regionalforschung): Herr Maelzer fragte nach guten Beispielen in Bezug auf die Kooperation von Kommunen und Unternehmen. Vorausschicken muss ich in diesem Zusammenhang, dass das tatsächlich ein sehr schwieriger Bereich kommunaler Aktivitäten im Bereich der Familienpolitik ist. Das ist auch leicht nachvollziehbar. Hier prallen sehr schnell unterschiedliche Handlungslogiken aufeinander – die der Unternehmen einerseits und die der Kommunen oder auch der freien Träger andererseits. Jedenfalls wird an uns als ZEFIR immer wieder aus den Kommunen herangetragen, dass hier auch passende Muster und Modelle fehlen, wie das gut funktionieren kann.

Es gibt, verstreut über Nordrhein-Westfalen, sicherlich einige Beispiele dafür, wie das funktionieren kann. Ich habe in meiner Stellungnahme drei genannt – auch deshalb, weil sie aus unterschiedlichen Gebieten kommen. Auch da muss man natürlich sagen: Erstens. Es wird immer unterschiedlich gehandhabt. Zweitens. Die lokalen Bündnisse für Familie spielen dabei eine ganz herausragende Rolle. Sie haben in den letzten Jahren mit Bezug auf die Kooperation mit den Arbeitgebern mit Sicherheit einiges bewegt und einiges aufgesetzt.

Das erste Beispiel kam aus Köln. In Köln wurde in einem neuen Gewerbegebiet das Angebot der Stadt unterbreitet, ganzheitliche Konzepte in Bezug auf Familienfreundlichkeit der Unternehmen und vor allen Dingen auch in Bezug auf Vereinbarkeit durchzusetzen und einzurichten.

Das zweite Beispiel kam aus dem Kreis Lippe. Dazu haben Sie schon einen Vortrag gehört. Deshalb will ich hier nur Stichworte nennen. Das ist wirklich ein sehr bemerkenswertes Beispiel, finde ich. Dort richten sich die Beratungsangebote von FABEL nämlich einerseits an die Arbeitnehmer und andererseits an die Arbeitgeber, und zwar an solche Unternehmen, die Mitglied in diesem Zusammenschluss sind und auch Mitgliedsbeiträge entrichten. Das halte ich für ein sehr gutes Beispiel für das Zusammengehen, für das Joint Venture von Kommune und Unternehmen.

Eine weitere Frage bezog sich auf die haushaltsnahen oder familienunterstützenden Dienstleistungen. Dazu sollte man zunächst Folgendes vorausschicken: Wir haben sehr viele Familien, die sagen, dass sie Unterstützung brauchen – im Haushalt, im Garten, mit den Kindern, bei der Pflege usw. Sie nutzen es aber nicht, und zwar aus unterschiedlichen Gründen, die man auch einmal kurz nennen muss.

An erster Stelle steht die Preisfrage; es ist zu teuer.

Ganz wichtig ist aber auch die Qualität. Wir wissen alle, dass die Abgabe von Sorgearbeiten, von Zuwendungstätigkeiten nicht einfach ist. Da werden auch ganz bestimmte Erwartungen an die Professionalität, an das Einfühlungsvermögen der Men-

schen gestellt. Das ist zumindest von außen her nicht direkt und nicht unbedingt einsichtig.

Ein weiterer Grund ist, dass man nicht weiß, was es vor Ort gibt. Das kommt auch nicht von ungefähr, weil die Vielfalt der Anbieter – das kennen wir schon allein aus dem Pflegebereich – sehr hoch ist. Darüber hinaus gibt es noch andere private, von freien Trägern gemachte Angebote oder teilweise auch von kommunaler Seite gesteuerte Angebote.

Das Letzte ist die grundsätzliche Akzeptanz: Ist es in Ordnung, Arbeiten wegzugeben, für die ich eigentlich selber zuständig bin? Wie stehe ich dann nach außen da?

Das kommt von den Familien als Hintergründe an, warum sie es nicht nutzen. Wenn man versucht, das noch einmal auf eine andere Ebene zu bringen, dann kann man sagen: Es ist unter anderem die Vielfalt, über die keine Transparenz existiert, und zwar die Vielfalt auch in Bezug auf Qualität, Art der Leistungen, Art der Vermittlung usw.

An diesem Punkt setzt die Frage an: Wie kann man das verbessern? Wie kann man die Familien besser dahin bringen, dass sie die Hilfe, die sie wünschen, auch bekommen? Ihre Frage bezog sich speziell auf die Koordination und auf die Rolle der Kommunen dabei. Da kann man zunächst einmal sagen, dass es bei der Vielfalt von Anbietern Sinn macht, wenn ein neutraler Akteur die Familien oder auch andere Hilfesuchende über die Situation vor Ort informiert. Denkbar ist aber auch, dass eine vorhandene Einrichtung zusätzliche Informationsaufgaben übernimmt.

Es ist allerdings nicht einfach, wenn von kommunaler Seite eine solche Koordination übernommen wird; denn damit begibt man sich in gewisser Weise in die Löwengrube der unterschiedlichsten Interessen, auch handfesten finanziellen Interessen der Anbieter. Unsere Erfahrung ist, dass bei Kommunen, die tatsächlich in dieser Hinsicht aktiv werden wollen, ab und zu die faktischen Barrieren vor Ort die Sache verhindern, weil man so viel Staub aufwirbelt und dann so viele Interessengegensätze auftreten, dass es nicht mehr weiterverfolgt wird. Es gibt aber Beispiele von Kommunen, die entweder Koordinationsaufgaben übernehmen oder aber selber entsprechende Angebote vorhalten.

Außerdem wurde nach der Sonntagskultur gefragt. Hier trifft das zusammen, was man in der Diskussion um Zeitprobleme unter dem Aufeinanderprallen von rigiden Zeitstrukturen einerseits und flexiblen Zeitstrukturen andererseits versteht. Auf der einen Seite würde ich sagen, dass der Sonntag in gewisser Weise noch ein Relikt rigider Zeitstrukturen ist, was ja nichts anderes heißt als, dass bestimmte Dinge an diesem Tag oder zu dieser Zeit stattfinden sollen und eine andere Zeitverwendung schwierig wird. Das trifft in einer Situation, in der andere Strukturen sich zunehmend flexibilisiert haben, zum Beispiel in der Arbeitswelt und in der Freizeitwelt, nicht mehr immer zusammen. Auf der anderen Seite würde ich sagen, dass gerade die Selbstverständlichkeit dieser sonntäglichen Rigidität sich auch aufzulösen beginnt, weil es am Sonntag viele alternative Zeitverwendungsmöglichkeiten gibt – nicht nur den Kirchgang, sondern auch Freizeitaktivitäten. Dennoch verbleibt natürlich ein eingeschränktes Zeitfenster, das sich für Gemeinsamkeiten anbietet. Ob es tatsächlich

genutzt wird, hängt aber auch von den alternativen und konkurrierenden Zeitverwendungsmöglichkeiten ab. Es ist also ein durch Werte begründeter Raum, der für Familien nutzbar ist. Ich würde aber einmal prognostizieren, dass er sich auch zunehmend auflöst.

Herr Strohmeier hat die Frage gestellt: Wer soll das denn alles machen? Das geht an den Kern der Sache in Bezug auf das Thema „kommunale Familienpolitik“ heran. Sie wissen alle, dass Familienpolitik bei uns in Deutschland sehr stark durch die Bundespolitik und entsprechende finanzielle Leistungen geprägt ist. Lange Jahre galt die Zuständigkeit der Kommunen als eher sehr gering. Das hat sich mittlerweile geändert. Inzwischen sind die Kommunen sehr stark unterwegs, zumindest viele von ihnen, sowohl in Nordrhein-Westfalen als auch in der ganzen Bundesrepublik. Dabei gibt es zahlreiche unterschiedliche Vorgehensweisen. Das muss man immer wieder berücksichtigen. Jede Kommune sucht ihren eigenen Weg, auch was die Strukturen angeht, und findet ihn in der Regel auch. Das ist wiederum in Bezug auf die Folgen nicht unproblematisch.

Wir haben einmal eine Studie durchgeführt, in deren Rahmen wir gefragt haben, wo eigentlich der Begriff „Familie“ auftaucht, und zwar in der Politik bzw. in den Ausschüssen einerseits und in den Ämterstrukturen andererseits. Ich vergesse immer die Prozentzahlen. Es war aber ein sehr geringer Prozentsatz – ich glaube, um die 20 % –, wo sowohl in der Politik als auch in der Verwaltung überhaupt der Begriff „Familie“ auf allen entsprechenden Ebenen auftauchte. – Das nur als Beispiel.

Eigentlich wollte ich auf etwas ganz anderes heraus. Die Frage ist ja: Wie ist es jetzt mit der Familienzeitpolitik bestellt? Das muss man aber auch vor folgendem Hintergrund sehen: Meines Erachtens hat sich in Bezug auf kommunale Familienpolitik in den letzten Jahren wirklich etwas entwickelt, was einen breiten inhaltlichen Zugang zu der Thematik ermöglicht. Ich persönlich wäre vorsichtig damit, weitere Parallelstrukturen zu entwickeln und Parallelthemen zu stark zu machen. Ich bin der festen Überzeugung: Wenn man eine bedarfsgerechte Familienpolitik betreibt und auch an dem ansetzt, was in den Kommunen schon an richtig guten Sachen vorhanden ist, dann kommt man um das Thema „Zeit“ sowieso nicht herum. Das ist ganz zentral und wichtig. Wenn man auf Grundlage der Frage, wer es denn machen soll, jetzt noch einmal eine neue Institution schafft, bin ich persönlich skeptisch, ob man damit nicht das Thema schwächt.

Imke Meyer: Ich hoffe, dass ich die zahlreichen Fragen einigermaßen im Blick behalten habe und möglichst alle beantworten kann. – Lassen Sie mich zunächst direkt an meine Vorgängerin anschließen. Ich glaube, dass kommunale Zeitpolitik tatsächlich weit über Familienpolitik hinausgeht, und denke, dass die Kommune da eine Funktion einnehmen kann, die sonst niemand einnimmt, gerade bei der Synchronisation von Zeiten, also Arbeitszeit und Kitazeit. Meine Erfahrung ist: Als wir damit in Hanau angefangen haben, fanden das alle erst einmal gut, weil sie alle hofften, dass die andere Seite sich jetzt bewegt. Die Unternehmer haben sich gefreut und gesagt: Prima; dann machen die Kitas um halb sieben auf. – Die Kitas haben sich gefreut und gesagt: Prima; dann verstehen die Arbeitgeber endlich, dass sie nicht vor halb acht an-

fangen können, weil wir erst um sieben aufmachen. – Deshalb geht es darum, sie in den Dialog zu bringen und nach Lösungen zu suchen. Man muss schauen: „Wer kann denn umorganisieren? Ist es vielleicht für das Unternehmen möglich, über Teamstrukturen oder Arbeitszeitregelungen etwas zu verändern? Oder kann es Veränderungen bei den Kitas bzw. den Betreuungsmöglichkeiten und Bildungsmöglichkeiten geben?“, um dann einen Konsens zu finden. Da ist die Kommune tatsächlich eine übergeordnete Instanz – auch um überhaupt alle gesellschaftlichen Gruppen miteinander in Kontakt zu bringen. Es geht ja nicht nur um Arbeitszeit und um Bildung und Betreuung, sondern auch um Aufenthalt in der Stadt und um – reden wir noch einmal vom Kulturwandel – Wandel dahin, dass alle im Kopf haben, dass Menschen unterschiedliche Zeitbedürfnisse haben und dass Familien noch einmal besondere Zeitbedürfnisse haben.

Lassen Sie mich jetzt einen Schlenker machen und vor etwas warnen. Wenn man nur von Familie und nur von Eltern redet, dann geht unter, dass es sehr unterschiedliche Belastungen zwischen Frauen und Männern gibt. Da muss man natürlich auch etwas entwickeln. Sonst kommt man niemals zu einer gerechten Verteilung. Wenn eine Seite so sehr belastet ist, kommt man auch nie zu dem, was wir wollen, nämlich dazu, dass die Familie Zeit zusammen verbringen kann.

Ich bleibe jetzt einmal bei kommunaler Zeitpolitik. Eine Aufgabe für eine Kommune, die in der Familienpolitik so auch nicht geleistet werden kann, ist für mich zum Beispiel, Neubürgerinnen und Neubürger zu begrüßen, einzuladen und in Stadtteilen zusammenzubringen, damit sie sich vernetzen können – ganz unabhängig davon, ob sie schon Kinder haben oder nicht. Sie müssen Kontakte bekommen, damit sie dann, wenn eine Familiengründung ansteht, das haben, was Familien normalerweise haben, nämlich ein soziales oder familiäres Netz. Die Menschen, die migrieren, kommen ja ohne alte Eltern und ohne Freundinnen und Freunde zu uns. Das ist eine Funktion, die die Kommune einnehmen kann und muss, die andere nicht einnehmen können.

Es gab eine Frage nach dem ÖPNV. Das ist ein ganz wichtiges Thema – überhaupt Mobilität der einzelnen Familienmitglieder, insbesondere auch der Kinder. Unser Projekt hat auch unter anderem mit dem ÖPNV angefangen. Es geht darum, dass die Kinder eine eigenständige Mobilität haben können und der ÖPNV daraufhin überprüft wird: Wann sind die gut abgedeckten Zeiten? Wann brauchen denn Kinder Zeiten? Und können Kinder den ÖPNV überhaupt nutzen? – Als Erstes haben wir dann Haltestellen auf Zuruf eingerichtet. Das geht ruck, zuck. Es ist für Kinder schon eine Erleichterung, wenn sie nicht einen langen Weg zur Wohnung zurücklaufen müssen. Man kann auch bei Jugendveranstaltungen, von denen normalerweise die Eltern die Kinder abholen, Anrufsammeltaxen einrichten.

Eine andere Frage bezog sich auf die haushaltsnahen Dienstleistungen. Da will ich nur ein Beispiel nennen. Wir hatten in Hanau im Rahmen des Zeit-Projektes bei der Auditierung einen Bügelservice eingerichtet. Dieser Bügelservice wurde vor allen Dingen von den Kollegen – auch von den Kolleginnen, aber hauptsächlich von den Kollegen – genutzt. Das war für mich ein gutes Zeichen; denn vielleicht haben die

Männer doch gesagt: Gut, du willst meine Hemden nicht bügeln; dann bringe ich sie eben zum Bügelservice.

Das verbinde ich jetzt mit unseren Väter-Programmen. Wir wollten, dass Väter mehr Zeit mit ihren Kindern verbringen – das ist ja auch ihr eigener Wunsch –, und haben dann einmal überlegt, welche Angebote es denn für Familien gibt. Dabei haben wir festgestellt, dass Väter auch schnell mit „bebastelt“ werden, wenn da zehn Frauen sitzen und ein Vater. Daraufhin haben wir spezielle Angebote für Väter mit Kindern gemacht, zum Beispiel zusammen mit dem Archäologischen Museum das Ausbuddeln eines Gerippes oder zusammen mit dem Umweltamt das Bauen von Drachen. Es gab noch andere solche Angebote zusammen mit verschiedenen Institutionen, auch mit Sportvereinen.

Das hat gleichzeitig den Vorteil, dass Mütter dann etwas freie Zeit für sich haben; denn es ist ein großes Problem – stärker bei Frauen als bei Männern –, dass Mütter keine eigene Zeit für sich haben. Das bemängeln fast 80 % der berufstätigen Frauen.

Im Übrigen sagen 70 % der Frauen, dass sie den Haushalt ausschließlich oder fast ausschließlich machen. Vor dem Hintergrund dieser Belastung muss man sich tatsächlich auch Programme überlegen, um Männer stärker für Hausarbeit zu interessieren. Das Kind ins Bett zu bringen, ist nett. Dem Kind vorzulesen, ist auch nett. Die ganze Belastung im Haushalt ist aber wesentlich schwieriger zu meistern. In der Stadt Aachen gab es da schöne Aktionen. Aachen hat auf dem Marktplatz einen sogenannten Ironman-Wettbewerb für Männer veranstaltet, bei dem es darum ging, wer am schnellsten ein Hemd bügeln kann. Sich Gedanken zu machen, wie man so etwas anstoßen und befördern kann, wäre tatsächlich hilfreich.

Was das Verhältnis von Kosten und Nutzen angeht, war ich davon ausgegangen, dass harte Zahlen vorliegen. Das DIW ist aber noch nicht so weit. Sie haben jetzt die Tendenz, die wir aber alle erahnen, dass der Nutzen für eine Kommune höher ist als die Kosten, dass der Standortvorteil größer wird, dass die Unternehmen höhere Gewerbesteuern zahlen und dass hauptsächlich die Frauen ihre Arbeitszeit erhöhen. Das hat schon eine Studie des DIW zur Berufstätigkeit von Frauen ergeben. Wenn die Betreuungszeiten besser angepasst wären, würden Frauen ihre Arbeitszeit erhöhen – und auch dann, wenn der ÖPNV passender wäre. Insofern hat die Kommune schon einen Vorteil durch höhere Steuereinnahmen und eine bessere Situation bei den Sozialabgaben. In der Regel beziehen Frauen, die Teilzeit arbeiten und alleinerziehend sind, ja Transferleistungen, die dann auch entfallen würden.

Zum Thema „Zeitbrücken“: Das ist ein Resultat aus der Diskrepanz zwischen Arbeitszeit und Betreuungszeit gewesen. Beides passt nicht zusammen. Die Arbeitgeber, die in Hanau mit im Boot sitzen – in unserem Bündnis sind Unternehmen und auch die IHK drin –, haben gesagt, sie könnten ihre Arbeit nicht umorganisieren. Die Kommune hat gesagt, sie könne die Erweiterung der Kitazeiten aus ökonomischen Gründen nicht bezahlen. Wir haben dann einen Weg gefunden, indem wir ehrenamtlich arbeitende Seniorinnen und Senioren, deren Kinder dem Arbeitsmarkt hinterhergezogen sind oder die keine Kinder und Enkelkinder haben und die Lust haben, Kinder zu betreuen, für diese Randzeiten gewinnen konnten. Wir bringen sie zusammen. Eine Koordinierungsstelle schaut dann, wie es am besten passt. Diese Senio-

rinnen und Senioren bekommen eine kleine Ausbildung und haben auch regelmäßig Supervision. Sie sind natürlich nicht so qualifiziert wie Erzieherinnen; das ist ganz klar. Die Randzeiten, die sie abdecken, dürfen auch nicht mehr als 15 Stunden in der Woche betragen. Dann muss es professionelle zusätzliche Betreuung sein. Diese Randzeiten sind häufig auch wirklich am Rand liegende Zeiten – zum Beispiel für eine Frau, die im Hospiz gearbeitet hat, am Sonntag Schicht hatte und es nicht anders regeln konnte. Für solche Zeiten wurden dann auch Zeitbrücken entwickelt.

Zum Thema „Mehrgenerationentreffs“: Zum einen gibt es die Mehrgenerationenhäuser mit Tagesangeboten und Beratungsstellen, in denen Kinder und Ältere zusammen sind. Ich favorisiere aber sehr – das gibt es in den Städten erst sehr zögerlich – Mehrgenerationenwohnprojekte, weil in diesen Projekten tatsächlich Jung und Alt Zeit geben können und sich gegenseitig unterstützen können – eigentlich so, wie es in einer Großfamilie möglich ist. Lassen Sie mich auch hier ein Beispiel nennen. Als in Offenbach eine Alleinerziehende ins Krankenhaus musste, wurde ihr Kind im Haus problemlos eine Woche lang betreut. Das sind natürlich ideale Zustände, weil das Kind die Nachbarinnen und Nachbarn kennt und keine Betreuung von außerhalb organisiert werden muss. Ich glaube, dass das in der Zukunft eine viel größere Rolle spielen muss und auch wird und dass die Städte im Rahmen ihrer Stadtplanung auch Baugrundstücke und so etwas zur Verfügung stellen müssen, um Mehrgenerationenwohnhäuser zu schaffen.

Stadtplanung halte ich auch für eine zentrale Frage von Zeitpolitik. Als ich in Spanien war, ist mir aufgefallen, dass dort die Zeiten, um eine Straße zu überqueren, drei Mal so lang sind wie bei uns. Bei uns ist zugrunde gelegt, wie lange der Durchschnittsmann braucht, um die Straße zu überqueren. Wenn ein Kind kurz in die Gegend träumt, zeigt die Ampel schon wieder Rot. Alten Menschen ist es auch nicht möglich, das in der Zeit zu schaffen. Daher muss sich die Stadtplanung insgesamt auch nach den Zeiten von Kindern und Alten ausrichten, damit auch alte Menschen selbstständig mobil bleiben können und nicht überall hingefahren werden müssen, weil die Stadt nicht danach ausgerichtet ist. Stadtplanung gehört für mich also auch zentral zur kommunalen Zeitpolitik.

Die Frage nach dem Land zu beantworten, ist für mich jetzt ganz schwierig, weil ich da auch wenig Erfahrung habe. Ich kann es vom Kreis sagen. Ich denke, dass das Land bei allen seinen Zuständigkeiten, die mit Zeit zu tun haben, Anstöße geben kann. Dazu gehört auch der ÖPNV. Sehr oft ist ja der Arbeitsort nicht identisch mit dem Wohnort. Insofern muss es in Sachen Mobilität ohnehin eine Koordination der Kommunen untereinander geben, weil einige Zeitkonflikte gar nicht innerhalb der einzelnen Kommune zu lösen sind, sondern nur, indem Kommunen miteinander ins Gespräch kommen. Da kann das Land natürlich eine Rolle spielen. Das ganze Thema „Verkehr“ ist ja bei allen Zeitfragen ein großes Problem. Bei Zeituntersuchungen wird immer wieder angemerkt, dass der Arbeitsweg mit Stau und Pipapo ein großer Zeitfresser ist. Da kann das Land natürlich schon einwirken.

Lassen Sie mich noch etwas zu Bibliotheken als Mehrgenerationentreffs sagen. Das habe ich in meiner Stellungnahme ja beschrieben. Ich habe gesehen, dass in NRW auch die Diskussion angefangen hat. In Dänemark und in Norwegen gibt es schon

Städte, die ihre Bibliotheken 24 Stunden geöffnet haben, inklusive Wochenende, aber abends und am Wochenende ohne personelle Betreuung. Sie haben wahnsinnig gute Erfahrungen damit gemacht. Am Wochenende ist das dann tatsächlich auch ein Mehrgenerationentreff. Auch die Bibliotheken in Hanau ist in der Öffnungszeit am Samstag immer mit vielen Generationen besetzt, die dann zusammen lesen und alles Mögliche machen. In den 24-Stunden-Öffnungszeiten am Wochenende wie in Amsterdam ist eine Bibliothek wirklich ein zentraler Treffpunkt für Familien. Das kann man erreichen, ohne die Sonntagsarbeit auszubauen. Diesen Ansatz finde ich ganz spannend. Wenn man Zeitpolitik macht, sollte man anfangen, in diese Richtung zu denken und ganz neue Modelle zu erwägen. Die Angst, dann würden zum Beispiel die Bücher geklaut, sollte man dabei außen vor lassen; denn die Erfahrung zeigt, dass die Leute das nicht tun. Dann kann man auch noch den Nutzen gegen die Kosten setzen.

Dr. Karin Jurczyk (Deutsches Jugendinstitut): Braucht es eine zentrale Anlaufstelle? Wenn man sich die unterschiedlichen Handlungsfelder, die jetzt auch mehrfach in den Beiträgen aufgetaucht sind, vor Augen führt, sieht man, dass es eine Instanz braucht, die diese unterschiedlichen Handlungsfelder aufeinander bezieht, und zwar entlang des Themas „zeitliche Bedürfnisse“. Da gibt es die Betreuungseinrichtungen, die Verkehrsströme, die Öffnungszeiten der Läden und vieles mehr; ich kann das jetzt nicht erschöpfend aufzählen. Das sind voneinander mehr oder weniger unabhängig funktionierende Institutionen. Diese muss man aufeinander beziehen. Das wird nicht von alleine geschehen. Deswegen braucht es auch zumindest eine Koordinierungsstelle. Ob das wirklich ein eigener Ort sein muss und wo man sie unterbringt, ist dann noch eine ganz andere Frage. Es braucht aber eine solche Stelle, die sich damit beschäftigt, wie man welches konkret bestehende Zeitproblem angeht und wie man die unterschiedlichen Akteure aufeinander bezieht.

Optimal sind nach allen Erfahrungen – das haben wir in der Stellungnahme auch mehrfach geschrieben – sogenannte Zeitbüros, die es an mehreren Orten gegeben hat. Das können Institutionen sein, in denen sich Akteure dann zusammensetzen können, um zeitliche Probleme, Bedarfe und Belange anzugehen. Abhängig ist das, wie wir auch geschrieben haben, von den lokalen Gegebenheiten und natürlich auch von den Ressourcen. Selbstverständlich wäre es wünschenswert, wenn es dort ein, zwei oder drei Personen gäbe, die sich wirklich damit beschäftigen könnten. Wir kennen aber alle die Finanzsituation in den Kommunen. Insofern muss man gut überlegen, ob man tatsächlich eine eigene Institution Zeitbüro hochziehen kann. Deswegen gab es in der Bundesrepublik jetzt auch gebündelte zeitpolitische Aktivitäten unter anderem Dach, zum Beispiel bei den Familien- und Frauenbeauftragten.

Das kann ein Dach sein. Ein Dach können auch die lokalen Bündnisse sein. Bei diesen Formen muss man aber bedenken, dass sie oft selber schlecht ausgestattet und nicht fest und verbindlich etatisiert sind. Es kann durchaus ein Problem sein, dort noch eine andere Aufgabe hineinzuschieben. Sinnvoller wäre es vielleicht, darüber nachzudenken, ob man Stabsstellen in bereits bestehenden Dezernaten in der Kommunalverwaltung ansiedelt. Ich finde zum Beispiel die Idee sehr pfiffig, das entweder bei der Wirtschaftsförderung oder bei der Stadt- und Regionalplanung zu ma-

chen. An diesen Orten könnte man das gut unterbringen. Ohne eine solche zentralisierte Institution ist es aber sehr schwer, die verschiedenen Akteure überhaupt zusammenzubringen und auch in Bezug zueinander zu setzen.

Was ist denn in den Kommunen, in denen überhaupt keine Zuständigkeit für Familie gegeben ist? Diese Frage Sie haben Sie aufgeworfen, Herr Strohmeier; das hängt aber ohnehin alles eng miteinander zusammen. Das ist wirklich eine sehr interessante Frage – für mich jetzt auch. Darüber habe ich bisher noch nicht nachgedacht. Sind dort, wo es zeitpolitische Aktivitäten gibt, am ehesten auch bislang familienpolitische Aktivitäten besonders gut gebündelt? Das müsste man sich auch einmal anschauen. Ich fände, es wäre einen empirischen Versuch wert, in einer Stadt, in der es keine gezielten familienpolitischen Aktivitäten in gebündelter Form gibt, trotzdem zu sagen: „Wir nehmen das Thema ‚Zeitpolitik‘ einmal auf die Agenda“, um zu sehen, ob dann andere Akteure und andere Probleme auf die Tagesordnung kommen. Das wäre ein interessanter Versuch. Dazu kann ich jetzt aber gar nichts sagen.

Wie könnte man sich denn Arbeitsprozesse vorstellen? Wie sieht das dann aus? Wir sind in der Stellungnahme darauf eingegangen, was es braucht, um eine solche Institution überhaupt auf den Weg gebracht zu bekommen. Sie haben aber nach Arbeitsprozessen gefragt. Da gibt es zwei schöne Beispiele.

Das erste Beispiel ist das Bürgerbüro in Bremen-Vegesack. Dort gab es vonseiten der Bürger den Bedarf nach Öffnungszeiten auch am Samstag. Die Beschäftigten haben gesagt: Wie soll das denn gehen? Wir wollen ja auch einen freien Samstag haben. – Das ist der typische Konflikt der Zeitnehmer und der Zeitanbieter. Die Frage ist, wie das zusammenpasst – gerade bei den Beschäftigten, die auch selber Kinder haben. Dort hat es dann einen partizipativen Prozess gegeben, in dem man sowohl die konkreten Zeitbedarfe als auch die Bereitschaft erfragt hat, sich an diesen Samstagen doch zur Verfügung zu stellen, und zwar dann auch in Wechselmodellen. Das erfordert Flexibilität und ist relativ aufwendig. Aber alle partizipativen Prozesse sind aufwendig. Insgesamt würde ich sagen, dass wir aufgrund der ganzen Flexibilisierungen von Wirtschaft und Gesellschaft auch viele flexible Regelungen brauchen, die auch in ihrer Herstellung aufwendig sind und viel Flexibilität erfordern und mit sich bringen. Wenn man so etwas macht, geschieht das nicht von alleine.

Das zweite Beispiel, wie man sich so einen Arbeitsprozess vorstellen kann – immer nach der Identifikation spezifischer Probleme vor Ort –, ist die Einrichtung von Zeitbanken als Tauschbörsen. Da gibt es schon ganz interessante Projekte. Wer hat wie viel Zeit? Wofür will er sie einbringen? Und wer braucht Zeit wofür? Das kann man organisieren. Das wäre so ein konkreter Prozess.

Ist eine Familienzeitpolitik etwas Separates? Ist das ein Kürzel? Meines Erachtens ist da, wo eine gute Familienpolitik gemacht wird, eine Familienzeitpolitik drin. Aber wenn Sie es nicht explizit einfordern und bislang nicht auf die Idee gekommen sind, ist es kein Selbstläufer. Das heißt: Auch eine Kommune, die gute und aktive Familienpolitik macht, denkt nicht automatisch an Zeitpolitik. Auch da muss man einen Anstoß geben, glaube ich. Insofern würde ich sagen: Es ist ein eigener Bereich, der die ganzen verschiedenen familienrelevanten Akteure unter dem Aspekt Zeit noch einmal zusammenbringt.

Reden wir über Familienzeitpolitik? Oder reden wir über Zeitpolitik? Müsste man sich unter der Überschrift „Zeitpolitik“ dann vielleicht noch einmal ganz andere Fragen stellen? Das ist eine ganz andere Frage, die hier ein bisschen nebenher auftauchte. Diese Frage kann ich jetzt auch nicht beantworten.

Lassen Sie mich noch kurz auf den Aspekt der Kultur eingehen. Spannend ist schon, dass alle empirischen Studien über den Familienalltag zeigen, dass der Sonntag die Bastion der Familie ist. Es wird auch versucht, das zu retten. Natürlich muss man aber sagen, dass mit dem Kulturgut des freien Sonntags von vielen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Akteuren nicht gerade pfleglich umgegangen wird. Die Institution Sonntag ist also längst unterhöhlt. Wir haben auch viele Branchen, die immer, auch am Sonntag, arbeiten müssen – Krankenhäuser, Polizei usw. usf. Wie geht man also mit diesem Aspekt der Kultur um, wenn man diese Branchen mitdenkt?

Empirisch wissen wir – das ist wirklich interessant –, dass viele Familien, die nicht den Sonntag als gemeinsamen Tag haben, das schon anders hinkriegen. Das macht aber Arbeit. Sie schaffen sich ihre Rituale selber und sagen beispielsweise: Dann machen wir nicht das Sonntagsfrühstück, sondern das Samstagfrühstück. – Sich auf gemeinsame Zeit zu einigen, ist aber ein sozialer Prozess. Das ist richtig aufwendig, wenn die Frau zu anderen Zeiten arbeitet als der Mann und die Kinder zu anderen Zeiten bei Bildung, Freizeit und sonst wo sind.

Dafür war bislang der Sonntag eine Institution, die ich unter diesem Aspekt auch schätzenswert finde – allerdings nicht dogmatisch. Es gibt Konstellationen, bei denen das anders gemacht werden muss und auch gemacht wird. Wir bezeichnen das als Grenzmanagement. Die Leute müssen die Grenzen selber machen – und das ist richtig aufwendig. Das moderne Leben bietet vielleicht mehr Freiräume. Es macht aber auch mehr Arbeit. So etwas ist wirklich richtig aufwendig. Das muss man dann selber machen und sich die Rituale schaffen.

Eine weitere Frage bezog sich auf die kommunale Kinderbeauftragte. Mit der Erwähnung der kommunalen Kinderbeauftragten wollten wir deutlich machen, dass man auf Folgendes achten muss – das haben wir auch an anderer Stelle gesagt –: Wenn man über Zeitbedürfnisse von Familien redet, muss man einerseits auf der Ebene sein, gemeinsame Zeit und Familie als Ganzes zu denken. Andererseits gibt es in der Familie aber auch unterschiedliche Zeitbedürfnisse.

Das Spannende ist tatsächlich – es gibt ja Forschung zu den Zeitbedürfnissen von Kindern, die sich durchaus von den Zeitbedürfnissen der Eltern unterscheiden –: Die Kinder rufen gar nicht so laut nach gemeinsamer Zeit, wie die Eltern nach gemeinsamer Zeit rufen. Da ist ein gutes Stück schlechtes Gewissen drin, und zwar vor allen Dingen von den Müttern. Es ist hochinteressant, dass die Kinder zu großen Teilen mit den Zeiten ihrer Eltern zufrieden sind. Natürlich gibt es Grenzen. Überlange Vollzeitarbeitszeiten beider Eltern und Schichtarbeitszeiten sind definitive Grenzen. Ansonsten sind die Kinder aber erstaunlich zufrieden. Wonach sie verlangen, ist Väterzeit. Das ist das interessante Monitum. Das mit den Müttern geht also mehr oder weniger; aber die Väter sind ihnen zu viel weg. Wir wollten an dieser Stelle darauf

aufmerksam machen, dass es wichtig ist, die Perspektive der Kinder als Akteure mit einzubeziehen.

Die Frage in Bezug auf eine Ausdifferenzierung der Kommunalpolitik jeglicher Lebenslagen ist schwer zu beantworten. Macht man die Kinderpolitik, die Jugendpolitik, die Seniorenpolitik, und dann kommt die Familienpolitik noch einmal als etwas Separates? Oder ist das etwas Gemeinsames? Wie man das kommunalpolitisch ausdifferenziert, ist eine schwierige Frage. Wir haben aber einen konkreten Vorschlag gemacht, den ich gar nicht schlecht finde. Würde man zum Beispiel vor Ort tatsächlich mehr über die Zeitbedürfnisse der unterschiedlichen Lebenslagen entlang Generationen und entlang sozialer Lagen wissen und da auch Kommunalbefragungen durchführen – das kann man auch relativ unaufwendig machen –, hätte man für jede dieser Gruppen in einer Kommune ein differenziertes Wissen über Zeitbedarfe und könnte das in die politische Gestaltung einfließen lassen.

Herr Nacke, es ist schade, dass Frau Meier-Gräwe vom Kompetenzzentrum zur Professionalisierung und Qualitätssicherung haushaltsnaher Dienstleistungen nicht da ist. Ich halte es nämlich für sehr wichtig, auf der Schiene der Dienstleistungen Angebote zu machen. Der Knackpunkt ist da die Bezahlbarkeit, damit haushaltsnahe Dienstleistungen nicht wieder das Angebot für die Familien werden, die sich ohnehin schon viel erlauben können. Bei diesen Angeboten hängt es nämlich wieder daran, wie sie bezahlbar gemacht werden. Gleichzeitig verlangen wir mit gutem Recht gute Löhne für die Personen, die diese Dienstleistungen erbringen. Das ist eine Frage des Monetären. Da hängen Zeit und Geld sehr eng zusammen.

Dr. Sybille Stöbe-Blossey (Universität Duisburg-Essen, Institut Arbeit und Qualifikation): Die Fragestellung von Herrn Strohmeier bezog sich unter anderem auf die Verwaltungsorganisation. Ich möchte erst einmal davor warnen, von zentralen Stellen, zentralen Ansprechpartnern, zentralen Beauftragten zu viel zu erwarten; denn was sie erreichen können, ist immer eine Frage der Kompetenzen, die sie haben. Bei einem Thema wie „Familienpolitik“ oder „Familienzeitpolitik“, egal wie man es jetzt fasst, das ein Querschnittsthema ist und Beiträge aus ganz unterschiedlichen fachlichen Bereichen und von ganz unterschiedlichen Akteuren erfordert, ist eine wie auch immer geartete zentrale Stelle ganz schnell ein ziemlich zahnlöser Tiger. Ich sage es jetzt bewusst ein bisschen überspitzt. Wenn die Familienzeitbeauftragte selbst innerhalb der Verwaltung zum Jugendamt geht und sagt: „Wir haben jetzt erkannt, dass wir dringend Lösungen zum Beispiel für Randzeitenbetreuung oder zusätzliche Kinderbetreuungsangebote in dem und dem Bereich brauchen“, sagt das Jugendamt möglicherweise: Passen Sie mal auf; das ist meine Zuständigkeit im operativen Bereich. – Wir kennen alle das Zuständigkeitsdenken und das Verteidigen der eigenen Domänen innerhalb einer Verwaltung. Wenn die Familienzeitbeauftragte zum örtlichen Verkehrsbetrieb geht und sagt: „Wir brauchen hier einmal eine ernsthafte Bedarfsanalyse und nicht nur Nutzerzählungen und Nutzerbefragungen; wir müssen vor allem einmal wissen, was die Leute, die den ÖPNV zurzeit nicht nutzen, denn vielleicht brauchen würden“, sagt der für den ÖPNV Zuständige vielleicht: Wir sind eine städtische Tochter und müssen schwarze Zahlen schreiben; dieses Thema interessiert uns jetzt akut nicht übermäßig. – Wenn die Familienzeitbeauftragte dann

noch auf die Idee kommt, die örtlichen niedergelassenen Kinderärzte dazu aufzurufen, Sprechstunden am Abend für berufstätige Eltern anzubieten, werden die ziemlich laut lachen – um das einmal auf den Punkt zu bringen.

Das heißt: Wenn man da wirklich etwas bewegen will, geht ohne einen politischen Beschluss erst einmal gar nichts. Ohne eine Ansiedlung letzten Endes wahrscheinlich im Geschäftsbereich der Verwaltungsspitze geht auch nur ganz wenig – und auch nur dann, wenn man diese zentrale Stelle damit koppelt, dass man Arbeitsgruppen einrichtet, in denen die operativen Bereiche beteiligt sind. Auf die Weise kann man das, was innerhalb der Verwaltung machbar ist, sicher mit einbinden – und wenn man Glück hat, auch noch ein bisschen von dem, was über städtische Töchter usw. läuft. Man kann wahrscheinlich auch im Unternehmensbereich noch Anstöße geben. Die lokalen Bündnisse zeigen ja auch, dass in diesem Bereich durchaus einiges geht – vor allem deshalb, weil es im Zuge des Fachkräftemangels ein Eigeninteresse der Unternehmen gibt. Das Ganze hat aber auch immer einfache Grenzen. Das Gesundheitswesen ist zum Beispiel eine solche Grenze. Das ist sicher einer der Zeitstressgeber überhaupt – aber einer, bei dem Kommune insgesamt ganz wenige Handlungsmöglichkeiten hat.

Vor diesem Hintergrund sage ich zu einer zentralen Koordinierung Ja. Man muss aber erstens sehr genau gucken, wo und mit welchen Kompetenzen und wie eingebunden man sie angesiedelt, und zweitens generell auch die Grenzen von kommunalen Handlungsmöglichkeiten dabei erkennen.

Imke Meyer: Ich möchte widersprechen. Es geht ja nicht darum, eine zentrale Stelle einzurichten, die jemand anderem sagt, soundso müsse er das machen, sondern um eine Stelle, die natürlich koordiniert, die in der Diskussion mit den anderen Lösungen erarbeitet und die in der Diskussion gemeinsam die Win-win-Effekte heraus sucht; denn das Problem bei allen Zeitfragen ist, dass es Streitfragen sind. Das ist ja heute Morgen schon gesagt worden. Man muss immer die gegenteiligen Meinungen und Situationen berücksichtigen und versuchen, einen Konsens zu finden. Dieser Konsens muss aber natürlich gemeinsam erarbeitet sein. Das habe ich vorhin nicht angesprochen, weil ich gar nicht auf die Idee kommen würde, zu sagen: Du machst jetzt Zeitpolitik und sagst der Stadtplanung, was sie zu machen hat. – Natürlich koordiniert man das in einer Gruppe, also in einer Lenkungsgruppe oder, wie wir in Hanau, in einem Projektbeirat. So wie früher macht man es jedenfalls nirgendwo, denke ich. Und mittlerweile gibt es einige Kommunen, die auch in Zusammenarbeit mit Unternehmen und anderen Institutionen – Stichwort „ÖPNV“ – da Lösungen erarbeiten. – Das wollte ich doch noch einmal sagen.

Elisabeth Löckener (Landesarbeitsgemeinschaft der Familienverbände in Nordrhein-Westfalen): Ich werde versuchen, die drei an mich gerichteten Fragen in aller Kürze zu beantworten. – Die erste Frage bezog sich auf den Sonntagsschutz. In diesem Zusammenhang ist die Vokabel „Kulturgewohnheit“ gefallen. Es gibt bei uns – da habe ich mich noch einmal rückversichert – keine dezidierte Position der LAG F, weil wir unter anderem auch konfessionell gebundene Mitgliedsverbände haben. Ich

denke, aus Sicht der Familien besteht auch weitgehend Einigkeit, dass Familie nicht nur Gesellschaft ist, sondern auch Gesellschaft formt und zukünftige Gesellschaft mit beeinflusst, und zwar abhängig davon, wie wir als Elterngeneration mit unseren Kindern umgehen und was eingeübt wird. Wir sind uns alle einig, dass dazu als ganz wichtiger Punkt auch die Familienzeit gehört. Es ist traditionell so – das haben alle Vorredner und Vorrednerinnen, die sich zu dem Thema geäußert haben, auch betont –, dass der Sonntag in vielen Familien der Familientag ist. Das kann man natürlich nicht durch die Bank verlangen, zum Beispiel dann nicht, wenn in der Familie jemand im Krankenpflegebereich tätig ist. Aber in vielen Haushaltskonstellationen ist das bisher Gott sei Dank so eingehalten worden.

Ich befürchte genau wie Frau Dr. Engelbert eine Erodierung in diesem Bereich. Trotzdem denke ich, dass wir uns große Mühe geben sollten, den Sonntag als Familientag, als Innehalten aus dem permanenten Wirtschaften, aufrechterhalten sollten, weil dessen Fallen wirklich bedeuten würde, in eine Sieben-Tage-24-Stunden-Betriebsgesellschaft hineinzukommen, in der es, wie Frau Dr. Jurczyk dargelegt hat, ganz besonderen Aufwandes bedarf, um noch Familienzeiten zu definieren. Wir sollten alle gemeinsam versuchen, den noch vorgegebenen Fakt, dass der Sonntag Familientag ist, aufrechtzuerhalten. Da appelliere ich auch an Sie. Die Landesregierung nimmt hier ja zum Beispiel Einfluss. Wir als Familienverbände waren relativ froh über das restriktivere Ladenöffnungsgesetz, das gekommen ist. Einer Ausweitung würden wir, denke ich, kollektiv widersprechen.

Die zweite Frage betraf die Dienstleistungen. Angesichts des demografischen Wandels sind die Kommunen zunehmend bemüht, Familien in der Kommune zu halten, weil sie wissen, wie wichtig das ist, um eine lebendige, zukunftsfähige Kommune zu haben. Das ist ein Wettbewerb, der vielfach läuft, und zwar über die Bereiche Bildung, Wohnen, Kitas, Schulen usw. Das kann natürlich darüber hinausgehen, dass Familienbüros eingerichtet werden. Kommunen lassen sich immer häufiger in diesem Bereich zertifizieren. Dann werden die Dienstleistungen, die von der Kommune angeboten werden, häufig auch umfangreicher, sodass so etwas wie die Vermittlung familiennaher Dienstleistungen durchaus dazugehören kann. Ich begrüße es sehr, wenn die Kommune das so auf die Beine bringt, dass sie koordiniert und Angebote aufzeigt. Ich würde es nicht positiv finden, wenn es hier kommunale Stellen gäbe, die dazu führten, dass bürgerschaftliches oder an anderen Stellen bereits vorhandenes Engagement totgemacht würde. Aus meiner Sicht geht es also eher um eine Koordination als um eine Installation.

Letztendlich halte ich das auch für einen Baustein, der Familienfreundlichkeit fördern kann. Die wirklich dicken Brocken, die vorher erledigt sein müssen, sehe ich aber an anderen Stellen. Im Prinzip ist das also ein „nice to have“ – wobei es sinnvoll ist, wenn Kommunen da tätig werden wollen, Best-Practice-Beispiele zu haben und sich abgucken zu können. Ich würde hier aber nicht den Schwerpunkt der kommunalen Familientätigkeit in den nächsten Jahren sehen.

Die dritte Frage war die von Herrn Düngel zum ÖPNV. Diese Frage stellt mich ein wenig vor das Problem, dass ich als Landei gar nicht weiß, ob ich sie für alle Gebiete unseres Landes richtig beantworten kann. Ich schildere einfach einmal, was ich

wahrnehme. Ich komme aus einer mittelgroßen Kommune im Münsterland. Wir haben einen Bahnanschluss in eine einzige Richtung. Wir haben einen Busverkehr in das Oberzentrum Münster. Wir haben einen Stadtbus, der relativ gut fährt. Ich fühle mich damit eigentlich noch relativ gut bedient. Die Taktung und alles andere sind aber sehr auf den beruflichen Alltag und auf die Schulzeiten abgestellt, sodass ich als Mutter wahrnehme, dass die Bedürfnisse unserer Kinder und Jugendlichen vielfach gar nicht abgebildet und berücksichtigt werden. Bei uns fährt der Stadtbus am Sonntag nicht. Der Stadtbus fährt auch nicht, wenn die Jugendlichen abends aus dem Kino nach Hause wollen.

Was ich wohl nutzen konnte und durchaus auch als familienzeitrelevant wahrgenommen habe, ist Folgendes: Als mein Jüngster seine Tuba bekam und sie nicht auf dem Fahrrad transportieren konnte, konnte ich ihn mit dem Stadtbus in die Musikschule schicken. Die Musikschule ist ein typisches Beispiel für „Taxi Mama“. Wenn man Glück hat, dauert die Hinfahrt 20 Minuten. Während des Unterrichts von einer halben Stunde oder 40 Minuten lohnt es sich natürlich nicht, nach Hause zu fahren. Danach braucht man wieder 20 Minuten für die Rückfahrt. Damit ist der Nachmittag blockiert. Wenn es da Alternativen gibt, ist das enorm familienzeitsparend, weil ich als Mutter anderes tun kann, was Zeit für Familie frei hält, um sie gemeinsam zu verbringen. Jugendliche finden sich, wie gesagt, in dem Zeitraster, das der ÖPNV anbietet, aus meiner Sicht vielfach nicht unbedingt wieder.

Kurze Wege zu haben, kann aber auch unabhängig vom ÖPNV für Familien ein wichtiges Kriterium sein. Wenn ich die U3-Kita brauche und sie auf kurzem Weg von zu Hause aus erreichen kann, anstatt erst an das andere Ende der Stadt fahren zu müssen, weil es genau da den freien Kitaplatz gibt, und dann wieder in die umgekehrte Richtung zurückfahren zu müssen, um zu meinem Arbeitsplatz zu kommen, ist auch das ein Instrument, das Familien ganz viel an freier Zeit erhalten und möglich machen kann.

Sie haben auch gefragt, was ich mir wünschen würde. Wenn Weihnachten wäre und das Geschenk „ÖPNV“ hieße, dann würde ich mir einen gebührenfreien ÖPNV wünschen, der sich wirklich an den Bedürfnissen aller Familienmitglieder orientiert und nicht nur an Schule und Beruf.

Petra Windeck (Deutscher Familienverband, Landesverband NRW): Lassen Sie mich noch etwas zum Thema „Familienfreundlichkeit“ ergänzen. – Erstens. Beim ÖPNV muss man immer mitdenken, dass alle Menschen, die in irgendeiner Form ein Handicap haben – beispielsweise ältere Mitbürger oder auch Leute, die zwei kleine Kinder dabei haben –, da nicht gut versorgt sind, und zwar aus zwei Gründen. Erstens ist die Hardware, also zum Beispiel die Busse, dafür in vielen Fällen überhaupt nicht ausgestattet. Zweitens ist das Personal teilweise sehr grenzwertig. Ich habe es schon erlebt, dass eine Mutter am hinteren Teil des Busses den Kinderwagen stehen hatte und schnell nach vorne lief, um zu fragen, ob man bitte die Rampe herunterklappen könne. Bis sie wieder hinten war, wäre der Bus aber schon abgefahren, wenn ich nicht dringesessen hätte und den Fahrer gezwungen hätte, anzuhalten. Es wäre sicherlich gut, wenn es für das Personal Kampagnen oder auch Ausbildungs-

projekte gäbe, was den Umgang mit Menschen angeht, die weitere Bedarfe haben. Das kann man einfach einüben. Darüber muss man sprechen. Das ist möglich.

Zweitens. Gegen die Familienunfreundlichkeit innerhalb unserer Gesellschaft kann man sicherlich auch politisch durch Öffentlichkeitsarbeit und Kampagnen, vielleicht in Gemeinschaftsarbeit mit Verbänden, etwas tun. Man beobachtet immer weniger – ich weiß nicht, ob die Bereitschaft dazu stärker im ländlichen oder im städtischen Bereich verschwindet; gefühlt ist das aber die Wahrnehmung; die Rückmeldungen sind auch so –, dass jüngere Menschen einfach mal aufstehen, wenn sie sehen, dass jemand anders nicht gut stehen kann. Da könnte man einiges für ein stärkeres Miteinander tun. Früher waren in Zügen und Bussen die vorderen Sitzplätze für Leute mit Handicap reserviert. Das wird nicht mehr eingehalten und ist oftmals auch kaum noch als solches zu erkennen. In diesem Zusammenhang erinnere ich auch an den Vorrang von Kinderwagen gegenüber Fahrrädern. Es gibt in diesen Räumen oft wirklich große Schwierigkeiten. Insofern muss man auch einmal zu Entscheidungen kommen, damit nicht derjenige gewinnt, der stärker ist, und der andere draußen bleiben muss.

Vorsitzende Ingrid Hack: Ein großes Signal, das der Landtag für Familie gibt, ist diese Kommission. Wir nehmen uns viel Zeit und möchten uns auch sehr viele Informationen aneignen, um da wirklich zu Fortschritten zu kommen. Dessen können Sie versichert sein.

Roland Mecklenburg (Landesjugendring NRW): Wir teilen uns die Beantwortung auf. Meine Kollegin wird zum ÖPNV Stellung nehmen. Ich könnte auch aus familiärer Sicht viel zum ÖPNV sagen. Das ist fast schon eine rhetorische Frage. Das geht natürlich überhaupt nicht.

Ich will jetzt aber auf die familienfreundlichen Öffnungszeiten eingehen. Was ich sage, tue ich noch einmal vor dem Hintergrund meines Eingangscredos: Sind kommunale Zeitpolitik und Landeszeitpolitik eigentlich nur dazu da, Probleme zu lösen, die sich aus einer flexibilisierenden Arbeitswelt ergeben? Oder geht es auch um Gestaltungsansprüche für gelingendes Aufwachsen und gelingendes Leben? Auch das ist in den Diskussionen ein bisschen zu kurz gekommen, glaube ich. Ich wiederhole das noch einmal.

Bei den Öffnungszeiten muss man zwischen zwei Richtungen differenzieren. Der eine Punkt ist: Gibt es überhaupt noch Infrastruktur, die geöffnet ist? Wenn man für Nordrhein-Westfalen einmal zusammenrechnet, wie viele Schwimmbäder geschlossen wurden, wie viele Offene Türen geschlossen wurden, stellt sich schon gar nicht mehr die Frage, ob, wann und wie die Öffnungszeiten familiengerecht sind; denn es gibt einfach keine mehr. Im Stadt-Land-Gefälle betrachtet, geht es auch um die Frage, ob Infrastruktur überhaupt vorhanden ist. Darüber ist auch unter dem Zeitaspekt nachzudenken; denn wenn ich ein solches Angebot wahrnehmen will und ein Schwimmbad außerhalb meiner Kommune besuchen möchte – und es ist ja keine verwegene Idee, mal schwimmen zu gehen –, muss ich im Grunde einen halben Tag

dafür einplanen. Insofern ist die Öffnungszeitenfrage meines Erachtens stark in Beziehung zu der Ressourcenfrage überhaupt zu setzen.

Was die Öffnungszeiten der vorhandenen Ressourcen angeht, gibt es, glaube ich, in der Tat eine gewisse Ahnungslosigkeit, wie denn die Bedarfe tatsächlich sind. Ich kenne das aus der offenen Jugendarbeit. Dort hat man aus guten personalpolitischen Gründen die Öffnungszeiten von hinten nach vorne gezogen und sich dann gewundert, dass man plötzlich keine 16-Jährigen mehr erreicht. Wir haben vorhin über Zeitgeber und Zeitnehmer diskutiert. Da muss man in der Tat entsprechende Aus-handlungsprozesse vollziehen, finde ich.

Ich glaube aber auch, dass ein Gesetzgeber gefordert sein könnte, einmal darüber nachzudenken, inwieweit denn Schichtarbeit damit vereinbar ist, Kinder unter sechs Jahren zu haben. Das ist jetzt keine Aussage zur Öffnungszeit. Es hängt aber natürlich sehr eng mit dem Wunsch zusammen, dass man Einrichtungen auch familienfreundlich an einem Samstag offen haben möchte, wenn die Familien möglicherweise mehr Zeit haben – und seien es die kommunalen Beratungsstellen, über die wir hier reden. Sie müssen ja zu Zeiten erreichbar sein, zu denen die Familie auch Zeit hat, und zwar nicht nur Einzelne aus der Familie, sondern möglichst die ganze Familie, wenn wir denn sagen, dass nach Möglichkeit auch die Kinder beteiligt sein sollen.

Insofern müssen wir nach meiner Einschätzung zunächst einmal den Bedarf erheben und dann schauen, ob wir die Ressourcen haben und wie diese Ressourcen für alle gelingend aufrechterhalten werden können.

Sarah van Dawen-Agreiter (Landesjugendring NRW): Herr Düngel hat gefragt, was sich am ÖPNV ändern müsste. Wir haben uns als Landesjugendring im Rahmen der Initiative für eine einmischende Jugendpolitik „umdenken – jungdenken!“ in der Tat intensiv damit beschäftigt und vor Ort Jugendforen veranstaltet, bei denen dieses Thema immer wieder aufgekommen ist, weil das für junge Menschen ein sehr relevantes Thema ist. Es bedeutet für junge Menschen nämlich Unabhängigkeit und hat etwas mit Verselbstständigung zu tun, wenn sie sich eigenständig fortbewegen können. Das ist also unglaublich wichtig, wie eben auch schon angedeutet wurde.

Gleichzeitig hat das – auch im ländlichen Raum – etwas mit einem gewandelten Bewusstsein zu tun. Es gibt Studien, die zeigen, dass junge Menschen lieber mehr Bahn fahren würden, weil sie zum Beispiel umweltbewusster werden und aus Perspektiven der Nachhaltigkeit gerne den ÖPNV nutzen würden. Die Angebote des ÖPNV sind dem noch nicht angemessen. In der Tat berichten die jungen Menschen, wie Frau Löckener eben auch schon gesagt hat, dass sie abends nicht mehr zurückkommen. Das heißt, dass ihnen eigentlich die Möglichkeit zur freien Zeitgestaltung genommen wird, weil sie nicht abends von der Party wieder alleine nach Hause kommen können. Dann muss man mit 17 Jahren seine Eltern anrufen. Das ist – alle werden das wissen – nicht immer eine leichte Geschichte. Es ist schöner, wenn man eigenständig nach Hause kommen kann.

Hinzu kommt, dass der ÖPNV nicht inklusiv gestaltet ist – auch die Bahnaufgänge häufig nicht. Das ist ebenfalls ein wichtiges Thema.

Ein weiterer Punkt ist die Bezahlbarkeit. Es gibt zwar Studierentickets. Wir haben aber zum Beispiel an den Auseinandersetzungen im letzten Jahr gesehen, dass das immer wieder infrage gestellt wird. Es gibt auch sehr viele junge Menschen, die nicht studieren. Für sie muss man auch schauen: Was passt da, und was passt nicht? Welche Angebote kann jemand nutzen, der nicht mehr zur Schule geht, und welche Angebote kann er nicht nutzen?

Wir haben zum Thema „ÖPNV“ einen Forderungskatalog aufgestellt, den wir mit jungen Menschen aus ganz NRW besprochen haben. Ich möchte ihn jetzt nicht wiederholen. Wir haben ihn aber in unserer Stellungnahme zitiert. Ich würde mich freuen, wenn Sie sich das noch einmal genauer anschauen wollten.

Chantal Schalla (Kinder- und Jugendrat NRW): Ich möchte auch noch kurz etwas zum Thema „ÖPNV“ sagen. Als junger Mensch hatte ich damals das Glück, dass meine Eltern der Meinung waren, ich wäre zu unfähig, mit dem Fahrrad zu fahren. Deshalb habe ich das SchokoTicket bekommen. Ich wusste dann gar nicht, welche Welten sich mir auf einmal eröffneten. Man kann ja einen super großen Bereich befahren. Es ist auch eine Sache von Selbstständigkeit, wenn man im Alter von – was weiß ich? – 14 Jahren auf einmal nach Düsseldorf fahren kann, ohne dass die Eltern das unbedingt mitbekommen. Dieses SchokoTicket ist auch relativ günstig, finde ich. Es kostet knapp 30 €. Wenn man in einer gewissen Entfernung von der Schule wohnt, wird es auch noch günstiger.

In Bezug auf diese Entfernung stört mich immer, dass die Kommunen dann anfangen, herumzufeilschen. Es wird wirklich haargenau abgemessen, wie weit die Schule vom Wohnort entfernt ist. Das ist für die Eltern super nervenaufreibend. Mir wäre es auf jeden Fall wichtig, dass das ein bisschen bedarfsorientiert ist, also nicht allein darauf abgestellt wird, wie weit die Schule vom Wohnort entfernt ist, sondern berücksichtigt wird: Braucht mein Kind das wirklich, und kann ich mir diesen vollen Preis leisten? Denn wir jungen Menschen fahren nicht nur zur Schule, sondern wir fahren auch zum Sportverein oder – was weiß ich? – shoppen. Dazu müssen wir ja auch die Möglichkeit haben.

Generell positiv finde ich, dass in den Kommunen die Buszeiten immer relativ gut an die Schulzeiten angepasst sind, sodass man morgens die Möglichkeit hat, viele Busse zu nehmen, die nicht zu voll sind, weil sie im Zehnminutentakt kommen. Auch nach der Schule ist das gegeben.

Bei Eltern bemerkt man oft, dass sie ihre Kinder selbst bei einem guten ÖPNV-Angebot trotzdem zur Schule bringen, weil der Sicherheitsaspekt für sie eine Rolle spielt. Sie fragen sich also nicht nur, ob sie ihrem Kind das zutrauen, sondern schauen auch auf den Verkehr und bringen das Kind dann doch lieber zur Schule. Das liegt meines Erachtens auch daran, dass die Verkehrserziehung – vor allen Dingen in den Jahren, in denen es wichtig wäre, also in der 3. und 4. Klasse kurz vor dem Wechsel auf die weiterführende Schule – ein bisschen zu kurz kommt. Deswegen haben die

Eltern nicht das Gefühl, dass sich ihr Kind gut im Straßenverkehr zurechtfindet. So war das auch bei meinen Eltern.

Die Möglichkeit des SchokoTickets oder generell der Schülertickets sollte auch noch besser gegenüber den Eltern kommuniziert werden, damit sie wissen, dass ihr Kind mit diesem Ticket nicht nur zur Schule kommen kann; denn es geht darum, dass dieses Ticket bei den Eltern auch eine Akzeptanz findet. Den Betrag von 30 € können sich wahrscheinlich viele Eltern leisten. Sie haben diese Möglichkeit nur einfach nicht im Kopf – und das würde sie ja schon sehr entlasten.

Dr. Christiane Richard-Elsner (ABA Fachverband Offene Arbeit mit Kindern und Jugendlichen): Herr Düngel, ich möchte Ihre Frage Thema „ÖPNV“ für die Gruppe, die wir hier betrachten, nämlich die Kinder in der mittleren Kindheit, einmal auf das Thema „Eigenmobilität“ beziehen. Wenn ich mit einem Bus fahre, muss ich ja erst einmal zu Fuß oder mit dem Fahrrad zur Haltestelle kommen. Der Selbstständigkeitsaspekt für Jugendliche wurde schon stark hervorgehoben. Es ist auch für Kinder enorm wichtig, dass sie ihre Wege alleine machen können, und zwar zu Fuß oder mit dem Fahrrad oder mit dem Roller. Das ist in dieser Altersstufe sicherlich die günstigere Variante, wie Kinder sich bewegen. Auf das Thema „Bewegung“ bin ich vor der Mittagspause schon einmal zu sprechen gekommen. Jetzt möchte ich noch einmal darauf hinweisen, dass drei Viertel der Kinder nicht genug körperliche Bewegung bekommen. Insofern ist diese Art von Alltagsmobilität zu Fuß oder mit dem Fahrrad für sie ganz wichtig.

Das bedeutet natürlich auch, dass die Ziele, die Kinder erreichen wollen, in erreichbarer Nähe liegen müssen. Die Frage ist: Welche Ziele wollen Kinder eigentlich erreichen? Das sind Kindertagesstätten oder meistens Schulen. Hier wollen wir zumindest einmal in die Diskussion werfen, ob eine Rückkehr zum Territorialitätsprinzip – das heißt, dass die Eltern bevorzugt die Schule auswählen, die wirklich in der Nähe liegt –, nicht auch im Interesse der Kinder ist; denn Kinder wählen ihre Freunde im Wesentlichen aus der Schule und wollen diese Freunde dann auch nachmittags oder am Wochenende erreichen können. Mit diesen Freunden – und nicht nur mit einem Freund, den sie irgendwo mühsam vielleicht mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreicht haben – wollen sie dann spielen. Sie wollen also mit vielen Kindern spielen, und zwar in den Freiräumen, die in der Umgebung vorhanden sind. Insofern spreche ich mich dafür aus, den Aspekt „kurze Wege für Kinder“ stärker zu berücksichtigen.

Hinzu kommt Folgendes: Wenn Kinder ausreichend Alltagsmobilität haben, müssen sie vielleicht das dritte oder vierte gelenkte Bewegungsangebot – zusätzlich zu dem Fußballverein und dem Hockeyverein oder anderen Sachen – gar nicht wahrnehmen, weil sie dann in ihrer Wohnumgebung bereits genug Bewegung erhalten.

Antje Beierling (Verband allein erziehender Mütter und Väter, Landesverband Nordrhein-Westfalen): Ich möchte noch etwas zu den Öffnungszeiten sagen. Das ist ein sehr komplexes und vielschichtiges Thema. Wenn man es gut machen will, bedarf das meines Erachtens immer auch eines Aushandlungsprozesses vor Ort. Wie wir gerade schon gehört haben, hat das nämlich ganz viel mit Mobilität zu tun.

Es hat auch etwas mit Größen von Städten und Gemeinden zu tun, wenn es darum geht, da gelingende Lösungen zu finden.

Lassen Sie mich auch einige Eckpunkte aus der Perspektive von alleinerziehenden Familien nennen. Es macht Sinn, wenn man Anlaufstellen schafft, bei denen man relativ viel auf einmal erledigen kann, und das möglichst dezentral, also dort, wo die Familien auch sind, damit die Mobilität gar nicht erst zum Problem wird, sondern man da, wo man wohnt, auch Möglichkeiten hat, seine Anliegen loszuwerden, und zwar möglichst alle Anliegen, die die Familien betreffen, sodass man nicht für den einen Antrag hierhin und für den nächsten Antrag dahin gehen muss. Das scheint mir eine wichtige Voraussetzung zu sein. Gleichwohl muss man diese dezentralen Anlaufstellen auch personell so gut ausstatten, dass dann nicht in der Presse steht, aus Krankheitsgründen sei heute geschlossen, wie das in Essen gerade auch wieder zu lesen war. Das geht natürlich nicht.

Ich finde es wunderbar, dass man mittlerweile sehr viele Möglichkeiten hat, sich Termine über das Netz bereitstellen zu lassen, und auch nicht mehr gezwungen ist, zu einem bestimmten Einwohnermeldeamt zu gehen, sondern über die Stadt verteilt gucken kann, wo es einen Termin gibt; denn manchmal kann man das auch da machen, wo man arbeitet. Gleichwohl gibt es Menschen, die mit dem Netz nicht so gut umgehen können. Sie brauchen ebenfalls Anlaufstellen und persönliche Unterstützung und Beratung.

In Essen gibt es zum Beispiel eine Pommesbude, bei der man auch die Kfz-Anmeldung machen kann. Man sollte kreativ sein und sich auch einmal solche Dinge überlegen. Diese Pommesbude liegt auf dem Weg. Dort halten auch ganz viele. Es funktioniert offensichtlich. Sonst würde sich das ja nicht lohnen. Insofern glaube ich, dass man noch einmal darüber nachdenken kann, wie man das besser machen kann.

Zum Netz möchte ich auch Folgendes sagen: Alle Kommunen führen jetzt den Kita-Navigator ein. Für Eltern ist das zwar wunderbar. Sie brauchen sich nur noch an ihren Rechner zu setzen und können ihre Kinder dann in verschiedenen Kindertageseinrichtungen vormerken lassen. Man darf aber nicht vergessen, dass Familien auch Beratungsbedarf, Unterstützungsbedarf und Austauschbedarf haben. Sie wollen auch wissen, wie so eine Kindertageseinrichtung denn eigentlich ist. Sie wollen also mit Menschen darüber reden und sich nicht nur an den Rechner setzen. Viele Kindertageseinrichtungen veröffentlichen zwar zum Beispiel ihre pädagogischen Konzepte im Netz. Möglicherweise verstehen die Eltern das aber gar nicht so genau. Wenn sie ihre Kinder im Netz vormerken lassen, bekommen sie vielleicht eine Rückmeldung. Meines Erachtens muss es aber auch da Möglichkeiten geben, dass Eltern eine Anlaufstelle haben, bei der auch miteinander gesprochen wird und nicht nur ein Kreuzchen – nach dem Motto: das hätte ich ganz gerne – gemacht wird.

Vorsitzende Ingrid Hack: Mir ging spontan durch den Kopf, dass die Kombination von Auto und Pommesbude im Sinne von Kindergesundheit nicht so optimal ist. Ich habe aber auch verstanden, was Sie damit ausdrücken wollten.

Attila Gümüs (Landeselternbeirat der Kindertageseinrichtungen NRW): Was das Thema „familiengerechte Öffnungszeiten in Kommunen“ angeht, möchte ich mich nur kurz meiner Vorrednerin anschließen. Die Reservierung von Terminen über das Internet ist zum Beispiel für Familien sehr gut, gerade auch für Familien mit kleinen Kindern. Gut ist auch, dass man bestimmte Anträge im Rahmen des E-Governments teilweise schon über das Internet versenden kann.

Gerade im Sinne junger Familien sollte man einmal darüber nachdenken, ein Stück weit Bürokratie abzubauen; denn es gibt viele Anträge mit teilweise wirklich abstrusen Sachen. Zum Beispiel reicht in Köln der Köln-Pass nicht mehr für die Freistellung von den Elternbeiträgen aus. Dafür muss jetzt ein zusätzlicher Antrag gestellt werden. Eltern müssen sowieso ganz viele Anträge stellen.

Deswegen ist ein kompetenter Ansprechpartner auch ganz wichtig. Das ist in manchen Kommunen gar nicht mehr gegeben. Wenn Sie dort anrufen, landen Sie in irgendeinem Callcenter, wo die Leute auch keine Ahnung haben. Es ist für Familien ganz wichtig, niederschwellige Angebote zu haben, entweder im Viertel oder zum Beispiel auch in den Familienzentren. Dort sollte man die Kompetenz stärken, damit Familien nicht ständig weite Wege machen müssen.

Grundsätzlich profitieren Familien auch von Erweiterungen der Öffnungszeiten. Wenn im Rahmen der Flexibilisierung der Arbeitswelt dann auch die Öffnungszeiten verschoben werden, profitieren die Familien ebenfalls davon.

Vorsitzende Ingrid Hack: Vielen Dank. – Sehr geehrte Damen und Herren, auch mit Blick auf die Uhr – wir befinden uns ja in der Anhörung zum Thema „Zeitpolitik“ – darf ich anmerken, dass wir den vorgesehenen Plan jetzt nicht ganz eingehalten haben.

Vielleicht können wir den vierten Themenblock, Familienzeit allgemein und Politik allgemein, wirklich kürzer fassen. Wie gesagt, möchte ich keine inhaltlichen Fragen abschneiden. Ich möchte aber auch Rücksicht auf unser aller Zeitplanung nehmen. Wir reden den ganzen Tag darüber. Insofern ist zumindest mein Vorschlag, den vierten Block dann auch kürzer zu halten. – Bitte schön.

Prof. Dr. Holger Ziegler (Sachverständiger der PIRATEN-Fraktion): Zum vierten Themenblock habe ich eine Frage, die Bezug nimmt auf die Diskussion von heute Morgen, als bei der Frage von Arbeitswelt und Privatleben und Vereinbarkeit sehr viel von Kultur die Rede war. Als Kultur- und Sozialwissenschaftler ist Kultur für mich der rege Zusammenhang zwischen Praktiken, Sinndimensionen, Normorientierung. Das ist so ziemlich alles. Es wurde davon gesprochen, dass es um Kultur geht und nicht nur um Regulation. Deshalb stelle ich ganz allgemein die Frage: Woher kommt denn die erwünschte Kultur in Unternehmen, die erwähnt worden ist, und ist es nicht eine politische Regulationsfrage? – Diese Frage richtet sich an die Unternehmensverbände und an Frau Jurczyk, die sich hier für die Kultur starkgemacht hat.

Mit einer weiteren Frage, die ich aus dem letzten Block herübergerettet habe, wende ich mich an Frau van Dawen-Agreiter, Frau Bäumker und Frau Schalla. Sie bezieht sich auf die Mehrgenerationenhäuser. Vor 25 Jahren habe ich als nordbadisches

Lande mal an einer Demo teilgenommen, mit der wir versucht haben, ein Jugendhaus zu bekommen. Wir haben dann einen Bezirksjugendpfleger aufs Auge gedrückt gekriegt. Aber wenn jemand vorgeschlagen hätte, stattdessen ein Mehrgenerationenhaus zu machen, wäre ich wahrscheinlich rückwärts umgefallen. Ich würde gerne wissen, was Sie von der Idee von Mehrgenerationenhäusern aus Jugendperspektive halten.

Sarah Philipp (SPD): Frau Dr. Stöbe-Blossey und Frau Dr. Jurczyk, bei meiner ersten Frage geht es um die unterschiedlichen Familienformen und/oder die unterschiedlichen kulturellen Hintergründe. Liegen Ihnen Erkenntnisse vor, dass insbesondere die unterschiedlichen kulturellen Hintergründe darauf schließen lassen, dass es in unterschiedlichen Gruppen besondere Zeitwünsche und -bedarfe gibt? Und wenn ja: Welche Schlussfolgerungen lassen sich eventuell aus diesen Erkenntnissen ziehen?

Frau Dr. Jurczyk, Sie betonen die Bedeutung tragfähiger Netzwerke in sozialer und familiärer Hinsicht, um besonders Alleinerziehende zu unterstützen, und plädieren für Maßnahmen, die den Aufbau und die Pflege solcher Netzwerke begünstigen. Können Sie uns in Bezug auf diese Netzwerke noch einmal erläutern, welche Sie als relevant ansehen und welche Maßnahmen in diesem Zusammenhang dann auch den gewünschten Zweck mit sich bringen würden?

Regina Kopp-Herr (SPD): Meine erste Frage geht an Herrn Prof. Dr. Stecher und Frau Schalla. Gibt es Erkenntnisse, wie sich das Zeitbudget von Kindern und Jugendlichen in den letzten zehn Jahren verändert hat und welche Rückschlüsse sich daraus ziehen lassen?

Meine zweite Frage richtet sich an Herrn Prof. Dr. Stecher und Frau Dr. Jurczyk. Wie definieren Sie Stress und Belastung für Kinder und Jugendliche, und wie wirkt sich dies im Alltag der Kinder und Jugendlichen aus?

Mit meiner dritten Frage wende ich mich an Herrn Prof. Dr. Stecher, Frau Dr. Jurczyk und Frau Schalla. Die Bedeutung der Qualität der Familienzeit wird stets hervorgehoben. Das haben wir heute auch schon an verschiedenen Stellen gehört. Wie gestaltet sich das Familienleben mit Blick auf dessen Qualität aktuell, und hat es in den zurückliegenden Jahren hier Veränderungen gegeben, und wenn ja, welche?

Jutta Velte (GRÜNE): Zunächst habe ich eine Frage an Frau Spachtholz, die sich hier nicht hat schriftlich äußern können, aber sehr wohl mündlich äußern sollte. Ich würde Ihnen jetzt gerne Gelegenheit geben, auch unter dem Aspekt der unterschiedlichsten Familien- und Zusammenlebensformen, die wir in Nordrhein-Westfalen und in der ganzen Bundesrepublik vorfinden, hier einmal eine politische Dimension aufzumachen. Was sagt der Verband berufstätiger Mütter zu den Problemlagen, was die Zeit angeht?

Da Frau Jurczyk jetzt zigmal gefragt worden ist, würde ich meine nächste Frage gerne an Frau Stöbe-Blossey richten, um auch ein bisschen Vielfalt hineinzubringen. Bei

der Vielfalt der Lebensformen, der Erosion, wie das das Deutsche Jugendinstitut schreibt, bestimmter Rollen und Familienbilder und dem übereinstimmenden Urteil in vielen Stellungnahmen, dass es die Lösung eigentlich nicht gibt: Was würden Sie der Politik raten, wie man flexible Lösungen denn einführen könnte?

Dr. Björn Kerbein (FDP): Frau Schalla, wie beurteilen Kinder und Jugendliche ihre eigene, persönliche Zeitgestaltung?

In Ihrer Stellungnahme entstand auch der Eindruck, dass Kinder und Jugendliche von einer zukünftigen Familienpolitik in NRW nicht allzu viel erwarten – ich bin ein bisschen deutlich – bzw. das Vertrauen in die Politik nicht so stark ist. Daher wüsste ich gerne, wie das Vertrauen in die Familienpolitik aus Ihrer Sicht wieder hergestellt werden kann.

Walter Kern (CDU): Der Wunsch nach Familie ist insbesondere bei jungen Leuten sehr ausgeprägt, wie alle Experten wissen. Ich verweise nur auf die Shell-Studie. Wir schaffen es aber politisch nicht, das durchzusteuern. Und ich will hier nur ganz kurz sagen: Man lebt ja nicht, um zu arbeiten, sondern man arbeitet, um zu leben. – In diesem Zusammenhang stellt sich mir folgende Frage: Wie kriegen wir denn diese Konzepte schnellstmöglich im Land in die Breite, damit Familie auch lebbar ist und das Lebensglück Familie transportiert wird und nicht alles nur unter Risiken diskutiert wird? – Diese Frage richtet sich an Frau Engelbert.

Daniel Düngel (PIRATEN): Frau Beierling, in der Stellungnahme des Verbandes allein erziehender Mütter und Väter fordern Sie auch die Grundsicherung für Alleinerziehende bzw. die Kindergrundsicherung. Vielleicht können Sie noch einmal ausführen, welche Auswirkungen eine entsprechende Grundsicherung Ihrer Meinung nach auf das Familienleben hätte, und zwar speziell in Einelternfamilien.

Eine Fragestellung mit einem ähnlichen Tenor habe ich an den Landeselternbeirat der Kindertageseinrichtungen und das Deutsche Jugendinstitut. Könnte ein bedingungsloses Grundeinkommen oder eine Kindergrundsicherung eine Möglichkeit sein, um Zeitstrukturen für Familien zu optimieren, zu verbessern?

Abschließend wende ich mich noch an den ABA Fachverband Offene Arbeit mit Kindern und Jugendlichen, den Kinder- und Jugendrat, den Landesjugendring und die LandesschülerInnenvertretung. Welche zeitlichen Freiräume wünschen sich Kinder und Jugendliche? Wie kann man diese Freiräume schaffen? Welche Ideen haben Sie da selber? Und wie gelingt es überhaupt, die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen in den Blick zu nehmen, wo wir im politischen Leben zumindest aus meiner Sicht einen sehr großen Schwerpunkt auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf legen? Also: Wie können wir das vielleicht ein kleines bisschen drehen?

Josefine Paul (GRÜNE): Meine erste Frage: Wir haben jetzt ganz viel von der Kultur und einem Kulturwandel gesprochen. Zeitbedarfe von Männern und Frauen bzw. Belastungen zeitlicher Art von Männern und Frauen sind ja auch sehr unterschiedlich.

Was bedeutet das denn unter der Fragestellung pädagogischer Ansätze? – Diese Frage richtet sich an Herrn Mecklenburg, Frau Bäumker und Frau Schalla, die ich bitte, auch aus jugendpolitischer Perspektive einmal darzustellen, was wir eigentlich tun müssen, um auch pädagogisch einen kulturellen Wandel, der aus meiner Sicht eigentlich nur mit einem geschlechtersensiblen kulturellen Wandel einhergehen kann, zu befördern. Wie sehen Sie das aus einer jugendpolitisch-verbandlichen Perspektive?

Meine zweite Frage: Wir haben auch viel von flexibleren Arbeitszeiten, flexiblen Betreuungszeiten usw. gesprochen. Frau Große-Leege, Frau Spachholz und Frau Tigges-Brünger, sind flexiblere Arbeitszeiten nicht unter Umständen auch und zunehmend Abweichungen von Normalarbeitszeiten? Bergen sie nicht unter Umständen auch eine gewisse Gefahr für Strukturen von Verlässlichkeit, aber eben auch für Familie als solches? Steht „Flexibilisierung“ also vielleicht auch mehr oder weniger als eine Chiffre für „Verfügbarkeit“, „Ökonomisierung“ und dergleichen?

Vorsitzende Ingrid Hack: Vielen Dank. – Nach dieser ausführlichen Fragerunde kommen wir jetzt zur Antwortrunde.

Dr. Sybille Stöbe-Blossey (Universität Duisburg-Essen, Institut Arbeit und Qualifikation): Dass sich aus unterschiedlichen Lebenslagen und unterschiedlichen Lebensformen unterschiedliche Zeitbedürfnisse und damit auch unterschiedliche Anforderungen an Unterstützung und an Zeitpolitik ergeben, ist relativ offensichtlich. Allerdings gibt es auch da nicht das Angebot für die Lebenslage oder die Lebensform. Eine Alleinerziehende hat mit Sicherheit einen ganz besonders hohen Bedarf an Unterstützungsmöglichkeiten, aber keinen grundsätzlich anderen als eine andere Familie mit Kindern. Sicherlich braucht sie die Randzeitenbetreuung dringender. Aber auch nicht jeder Alleinerziehende braucht die Randzeitenbetreuung, und es gibt natürlich auch Familien mit zwei Eltern, die die Randzeitenbetreuung brauchen. Das kann man an vielen Punkten durchdeklinieren.

Das heißt: In den meisten Fällen ist Familienzeitpolitik ein Angebot. Man kann nicht mit dem Gedanken an Familienzeitpolitik herangehen, jetzt für jede Zielgruppe und für jede Lebensform die optimale Lösung zu finden. Familienzeitpolitik kann immer nur Angebote machen, die Familien dann in den unterschiedlichen Lebenslagen unterschiedlich nutzen werden und auch je nach individuellen Bedürfnissen unterschiedlich nutzen werden.

Vor diesem Hintergrund gibt es meines Erachtens auch keine grundsätzlich anderen Bedürfnisse beispielsweise von Familien mit Migrationshintergrund gegenüber anderen Familien. Sie werden möglicherweise die Angebote aufgrund kultureller Bedingungen unterschiedlich nachfragen; das mag sein. Aber man kann nicht per definitionem von vornherein sagen, jede Gruppe brauche unterschiedliche Angebote.

Das gilt allerdings nicht generell. Es gibt sicher auch ein paar Gruppen, die spezielle Angebote benötigen, beispielsweise Familien mit längerfristig pflegebedürftigen Angehörigen oder mit Menschen mit Behinderung. Da haben wir sicher große Lücken und brauchen nicht nur unter dem Gesichtspunkt Zeit, sondern auch weit darüber

hinaus sehr spezialisierte Angebote. Aber generell ist die Philosophie letzten Endes: Familienzeitpolitik muss Angebote und Wahlmöglichkeiten und Gestaltungsmöglichkeiten vor allem für Familien bereitstellen.

Dr. Karin Jurczyk (Deutsches Jugendinstitut): Herrn Ziegler, Sie haben die Kultur angesprochen und gefragt, ob das nicht auch eine Regulation anderer Art sei. Selbstverständlich ist es eine Regulation – aber weniger eine, die sich darauf richtet, bestimmte strukturelle Angebote und Regelungen im Sinne von rechtlichen Rahmungen oder monetären Gratifikationen darzustellen. Es geht tatsächlich eher um die Haltung, die ich selber verkörpere und mit der ich anderen gegenüber trete. Das ist natürlich historisch gewachsen, hat aber auch sehr viel mit eigenen biografischen Erfahrungen zu tun. Deswegen bin ich da auch halbwegs positiv gestimmt. Zum Beispiel weiß man ja, dass männliche Führungskräfte viele Jahrzehnte nichts für ihre weiblichen Mitarbeiterinnen tun. Wenn aber ihre eigenen Töchter in die Vereinbarkeitssituation kommen, verstehen sie plötzlich etwas. Das ist gelebte Erfahrung. Da geht ihnen etwas nahe. Dann ändert sich das. Insofern kann sich auch eine Kultur im Umgang mit diesem Thema ändern. Für mich ist Kultur, weil Kultur eigentlich immer einen längeren Zeitraum betrachtet, noch schwerer zu verändern als Strukturen. Man kann eher mal eine neue Maßnahme implementieren als eine neue Kultur verordnen. Trotzdem ist Kultur das, was von den konkreten Menschen abhängt. Wenn Sie zum Beispiel eine Führungsriege durch Menschen mit anderen Erfahrungen auswechseln, ist auch ein Kulturwandel im Unternehmen möglich. Natürlich gibt es aber auch kulturelle Muster. Sie sind dann auch als Muster geprägt und nicht so individuell.

Auf die Frage zu den unterschiedlichen Formen und unterschiedlichen kulturellen Hintergründen von Familie hat Frau Stöbe-Blossey eben schon ausreichend geantwortet, finde ich.

Lassen Sie mich aber noch einmal den Punkt der behinderten Familien hervorheben. Wir führen tatsächlich einen Diskurs, bei dem es im Wesentlichen um die Mittelschichtfamilien geht. Auch die ganzen Fragen rund um Vereinbarkeit, die wir vorhin behandelt haben, richten sich auf bestimmte Familien. Andere fallen da immer leicht durch den Rost. Und wer am meisten durch den Rost fällt, sind die behinderten Familien, weil sie noch einmal vor ganz anderen Vereinbarkeitsproblemen stehen. Bei ihnen geht es nämlich nicht nur um die Frage, ob sie überhaupt erwerbstätig sein können, sondern sie brauchen auch Vereinbarkeit im Sinne von ganz anderen Erholungszeiten. Sie haben also tatsächlich noch einmal ein anderes Problem, weil sie unter anderem Stress stehen. Das möchte ich hier gerne besonders hervorheben.

Ansonsten weiß ich nichts über unterschiedliche zeitliche Bedürfnisse entlang von kulturellen Hintergründen. Das finde ich aber sehr interessant. Es wäre eine spannende empirische Forschungsfrage. Dazu ist mir jetzt aber eigentlich nichts bekannt.

Nun komme ich zu den Alleinerziehenden. Alleinerziehende sind in besonderer Weise auf familiäre und soziale Netzwerke angewiesen. Ja, das haben wir so geschrieben. Das Spannende ist, dass Alleinerziehende tatsächlich auch mehr Unterstützung von der Familie bekommen. Sie würden also nicht nur mehr brauchen, sondern sind

tatsächlich auch besser in ihrer eigenen Herkunftsfamilie aufgehoben. Das kann man ja auch einmal positiv sehen.

Ansonsten kommt bei den sozialen Netzen, vor allen Dingen auch bei den Freundschaftsnetzen, wieder der Faktor Zeit ins Spiel. Wir wissen ja – das haben wir auch mit vielen Zahlen belegt –, dass Alleinerziehende den größten Zeitstress und die knappsten Zeitbudgets haben und am ehesten an Zeit für sich selber sparen. Das heißt, dass sie viel zu wenig in Freundschafts- und Nachbarschaftsnetzwerke eingebunden sind, sondern das Nötigste für ihre Kinder machen und dann versuchen, das mit dem Geldverdienen auch noch hinzukriegen. Meines Erachtens muss man einmal ernsthaft darüber nachdenken, ob man wirklich sagen kann, dass Alleinerziehende, die die gesamte Sorgearbeit an der Backe haben, analog den gleichen Arbeitszeiterwartungen unterliegen. Darüber muss man nachdenken, finde ich.

Eine weitere Frage lautete, wie sich Stress und Belastung auf Kinder auswirken und wie wir das definieren. Da gibt es ja unterschiedliche medizinische und psychologische Definitionen. Das ginge hier zu sehr ins Detail, glaube ich. Lassen Sie mich nur so viel sagen: Auch wenn man das mit den ADHS-Diagnostiken als ein zum Teil gemachtes Problem bezeichnen kann, gibt es trotzdem, wie wir wissen, eine Zunahme von Aufmerksamkeits- und Konzentrationsstörungen. Und es gibt, was ich noch erschreckender finde, eine deutliche Zunahme von Medikamenteneinnahmen von Kindern. Das ist offensichtlich auch eine Reaktion auf Schul- und Leistungsstress. Da besteht Handlungsbedarf, finde ich; denn offensichtlich wird das einfach so an die Kinder weitergegeben.

Dazu, wie sich die Qualität des Familienlebens verändert, gibt es ein sehr schönes neues Werk von Prof. Dr. Hans Bertram und Carolin Deuffhard. Man kann schon sagen, dass alle Untersuchungen der letzten Jahre, die auch einen Zeitverlauf beobachtet haben, zu dem Ergebnis gekommen sind, dass der Stress im Familienleben zunimmt. Diese Untersuchung von Herrn Bertram heißt ja nicht umsonst „Die überforderte Generation“. Er bringt das mit der These der „Rushhour des Lebens“ sehr gut auf den Punkt. Die Rahmenbedingungen haben sich tatsächlich sehr wenig geändert. Aber durch die Verlängerung der Ausbildungszeiten, das Verschieben des ersten Kindes nach hinten, die Karriereschritte, die Einstiegsphasen in das Berufsleben usw. konzentrieren sie sich nach wie vor auf diese ca. zwölf Jahre. Das ist in der Tat etwas, was offensichtlich gerade junge Familien immens unter Stress setzt.

Die hohe Teilzeitquote der Mütter – die spannenderweise auch noch bei Müttern mit Kindern bis zu 18 Jahren bei über 60 % liegt; man sollte einmal darüber nachdenken, warum das denn der Fall ist; schließlich hat das nichts mehr mit konkreten Betreuungsbedarfen zu tun – kann man auch als Reaktion darauf sehen, dass da so viel Koordinationsaufwand anfällt. Das ist das, was wir, wie es vorhin hieß, als „Vermischung“ oder „Entgrenzung“ bezeichnen. Da verändert sich ganz viel, auch bei den Themen „Mobilität“ und „zunehmende Bildungserwartungen“. Es kommen ja viel mehr Erwartungen in die Familien hinein. Die Ressourcen nehmen aber ab. Die zeitlichen Ressourcen dafür nehmen eindeutig ab. Das ist natürlich etwas, was wirklich zu einem permanenten Gefühl von Überforderung führt.

Hochgradig interessant sind die ersten Auswertungen der Zeitbudget-Studie, die zeigen, dass sowohl Mütter als auch Väter deutlich mehr Zeit für ihre Kinder aufwenden als noch vor zehn Jahren. Das geht aus dieser Drei-Jahrzehnte-Untersuchung hervor. Sie verbringen also mehr Zeit mit ihren Kindern. Sie verbringen aber auch mehr Zeit in ihrem Beruf. Sie können sich ausrechnen, was übrig bleibt. Das größte Problem ist die Partnerzeit. Das sagen eigentlich alle. Es fehlt die Zeit mit dem Partner. Und ohne irgendein heiles Bild von Beziehung zeichnen zu wollen, muss man sagen: Wenn die Partner keine Zeit mehr füreinander haben, ist das durchaus ein Faktor, der auf Dauer auch für Elternschaft von großer Belastung ist, weil man dann keine Ressource mehr hat, um sich auch immer wieder miteinander zu verständigen und aufzutanken. – Das halte ich für ein großes Problem. Und die Frauen sagen vor allen Dingen, dass ihnen auch die Zeit für Freunde fehlt. Es gibt jetzt also tatsächlich vielfach belegte Veränderungen der Qualität des Familienlebens hin zum Schlechteren, was diese Faktoren angeht.

Äußerst erfreulich ist – das zeigen die World-Vision-Kinderstudie und andere Studien –, dass die Beziehungsqualität zwischen Eltern und Kindern eigentlich immer besser wird. Sie sagen, dass sie sich gut miteinander verstehen. Das ist interessant. Das bedeutet, dass die Eltern an sich sparen, aber nicht an der Zeit für ihre Kinder. Diesen Befund finde ich hochinteressant. Das ist aber nicht sehr langfristig und nachhaltig gedacht, was die Situation vor allen Dingen von Müttern angeht, aber zunehmend auch von den Vätern, die sich bemühen, das auch auf die Reihe zu kriegen.

Als letzte Frage habe ich mir notiert: Würden das bedingungslose Grundeinkommen und die Kindergrundsicherung auch etwas an Zeitproblemen ändern? Das finde ich ein schwieriges Thema – vor allen Dingen in dem Takt, den ich hier fahren muss. Ich kann aber Folgendes sagen: Wir haben ein massives Armutsproblem von Familien. Das ist in der Tat ein großes Problem. Wir haben eine große, große Kinderarmut, was ein Skandal ist, und wir haben eine große Familienarmut. Man müsste tatsächlich auch an dieser Schiene ansetzen und sich fragen: Wie kann man Familien monetär entlasten? Sind da nicht gebündelte Leistungen an Kinder wie zum Beispiel in der Kindergrundsicherung die richtige Antwort? – Darüber muss man sehr nachdenken, finde ich. Ich glaube, dass für bestimmte Segmente Zeit und Geld eng zusammenhängen. Wir beginnen jetzt eine neue Studie zu „Working Poor“-Familien, die ganz viel arbeiten und trotzdem arm sind. Dort zeigt sich, dass das natürlich eng zusammenhängt. Sie haben aber auch mit hinreichend Geld und bedingungslosem Grundeinkommen noch keine Garantie dafür, dass Sie auch eine gute Zeitsituation im Sinn von Zeitqualität in der Familie haben.

Cornelia Spachholz (Verband berufstätiger Mütter): Frau Velte hat eine Frage zum Thema „unterschiedliche Familienformen und Zeitbedarfe“ gestellt. Der Verband berufstätiger Mütter setzt sich ja für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie – seit einigen Jahren mit dem Zusatz: für Frauen und Männer – ein. Es wird aber durchaus sehr unterschiedlich verstanden, was alles zu Familie gehört. Vielleicht hätten wir es „Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben“ nennen müssen. Im Lebensverlauf binden diese Zeitkontingente schon sehr viele Ressourcen. Inzwischen gibt es aber viele gute Instrumente hin zu einer partnerschaftlichen Aufteilung von Familien-, Haus- und

Erwerbsarbeit. Jetzt haben wir das neue ElterngeldPlus. Wir haben vorhin gehört, dass es darum geht, die Bürokratie etwas abzubauen. Ich hoffe, dass das Beratungsangebot – denn das ist ja doch ein sehr aufwendiger Prozess – so gut gelingt, dass Eltern das genau bedarfsgerecht auch für sich anwenden können.

Im Lebensverlauf gibt es aber auch noch andere Sachen, die Hemmnisse in der Familie sind, nämlich Trennung. Wir haben vom Verband allein erziehender Mütter und Väter auch sehr viele Positionen und Gedanken gehört. Wie ist es aber möglich, im gesamten Lebensverlauf diese Zeitkontingente für alle zur Verfügung zu stellen und bereitzuhalten? Paare gehen auseinander. Jede dritte Ehe ist geschieden, in den Großstädten jede zweite. Welche Möglichkeiten der echten Gleichstellung für beide Geschlechter gibt es, damit wir Frauen tatsächlich im ganzen Lebensverlauf mehr Karriereoptionen wahrnehmen können, mehr berufliche Entwicklung machen können und entsprechende Einkommensperspektiven haben, und zwar bis hin zur Einkommenssicherung im Alter, zur Altersversorgung? Und welche Möglichkeiten und Instrumente können wir nutzen, damit die Väter oder Männer auch nach der Trennung als Paar mehr Sorgearbeit übernehmen? Vielleicht sollten wir andere Wege gehen, wenn wir uns als Paar trennen; denn wir bleiben Eltern und in Verantwortung, und wenn wir uns auch nach der Trennung als Paar die Sorgearbeit teilen, dann haben wir die Chance, sowohl durchgängig im Lebensverlauf mit Alltagszeit und Qualitätszeit für unsere Kinder verantwortlich zu sein als auch am Erwerbsleben entsprechend unserer Qualifikation teilhaben zu können.

Damit das gelingen kann, muss man natürlich irgendwo anfangen. Das Ganze beginnt natürlich auch im Bereich der ehe- und familienpolitischen Leistungen mit über 200 Milliarden €, wo sehr viele sich blockieren oder kontraproduktiv sind. Da wäre es aus unserer Sicht wünschenswert, dass die Handlungsempfehlungen aus dem Ersten Gleichstellungsbericht tatsächlich auch in die Umsetzung kommen. Was ist mit dem Ehegattensplitting? Was ist mit der beitragsfreien Mitversicherung des kaum berufstätigen – oder erwerbstätigen, muss man sagen, weil Haushaltsarbeit ja ein Beruf ist – Partners, und zwar in Kombination mit der arbeitsmarktpolitischen Maßnahme – die ursprünglich ganz anders gedacht war, nämlich als Brücke, sich aber als Sackgasse herausstellt – des Minijobs? Was machen wir mit all diesen Instrumenten?

Hinterher ist sprichwörtlich das Kind in den Brunnen gefallen. Für die Kinder ist es sicherlich auch wünschenswert, dass keiner ihrer Elternteile in der Altersarmut ist und dass sie mit beiden Elternteilen Zeit verbringen können.

Es wäre auch ein Ansatz, präventiv anders zu agieren. Da gibt es verschiedene Möglichkeiten, Überlegungen und Gedanken. Zum Beispiel: Bezieht man die U-Untersuchungen nicht nur auf körperliche Gesundheit, sondern schaut auch einmal, ob man auch in diesem Rahmen Aufklärungsarbeit den Menschen noch einmal anders an die Hand geben kann, weil nicht jeder und nicht jede in der Lage ist, sich selber aktiv zu informieren?

Oder: Kann man Arbeitgeber und Arbeitgeberinnen noch einmal anders in die Pflicht nehmen, im Einstellungsprozess und im Bewerbungsverfahren den Bewerber und die Bewerberin aufzuklären, was es bedeutet, in einen Minijob zu gehen, was es bedeutet, in geringfügige Teilzeit zu gehen, welche Karriereoptionen es dann nicht gibt

und welche Entwicklungsmöglichkeiten aus Einkommensperspektive es tatsächlich nicht gibt? Kann man hier die Arbeitgeber und Arbeitgeberinnen in die Pflicht nehmen?

Sollte man – das ist ein weiterer Punkt – in der Elternzeit Lösungen finden, wie es danach weitergeht? Nein, wir müssen vorher ansetzen. Bei Elternzeit und Karriereplanung muss Beratung im Vorfeld erfolgen, damit es gar nicht erst das Wort „Wiedereinstieg“ zu geben braucht; denn einem Wiedereinstieg geht ein Ausstieg voran. Wir brauchen also einen Umstieg, einen Weiterstieg, einen Aufstieg – Elternzeit so lange wie nötig, aber so kurz wie möglich und möglichst auch aktiv gestaltet. Für die Unternehmen ist das eine Win-win-Situation, weil sie mit ihrer Personalplanung ganz anders umgehen können.

Es wurde der Ganzttag angesprochen. Infrastruktur ist ein wichtiges Instrument, um Familien im gesamten Lebensverlauf zu unterstützen. Dazu gehört natürlich auch die Qualität. Das haben wir hier schon mehrfach gehört. Wir als Verband fordern nicht einfach nur die gebundene Ganzttagsschule oder Ganzttagsschule, sondern die gebundene rhythmisierte Ganzttagsschule – zum Beispiel.

Wir sind Mitglied – auch das wurde angesprochen – im Bündnis Kindergrundsicherung. Damit bin ich noch einmal beim Thema „ehe- und familienpolitische Leistungen“. Hier müssen wir uns fragen: Was ist wie sinnvoll? Was blockiert sich wie? Wie können wir echte Chancengleichheit von Anfang an schaffen, und zwar im ganzen Lebensverlauf? Dazu gehört auch Geschlechtergerechtigkeit. Wir dürfen weder das eine Geschlecht noch das andere Geschlecht gerechter behandeln, sondern brauchen echte Geschlechtergerechtigkeit.

Es gibt aus Verbandssicht noch viel mehr zu sagen. Wir haben zahlreiche Stellungnahmen veröffentlicht. Für uns ist es wichtig, dass man das ganzheitlich im Lebensverlauf sieht und dass man Familie auch einmal anders denkt und die unterschiedlichen Bedürfnisse, Lebensphasen und Lebensereignisse berücksichtigt. Und wenn es ein Kulturwandel ist, dann müssen wir ganzheitlich darangehen. Das ist wie bei einer Uhr und ihren einzelnen Rädchen. Einen Baustein allein zu bewegen, nützt nichts. Deswegen fordern wir zum Beispiel auch von Anfang an die Abschaffung von stereotypen Rollendarstellungen im pädagogischen Material, im Spielzeug, in der Kita. Wir fordern: Männer in die Kitas und Grundschulen. Ja, das ist eine tolle Forderung. Wie kann es gelingen? Zum Beispiel durch eine Männerquote in sozialen Berufen. Und, und, und. Wir gehen also ganzheitlich daran, weil wir uns den gesamten Lebensverlauf angucken. Man muss Vereinbarkeit und Zeit gemeinsam abstimmen. Ein Stück Zeitsouveränität zu erreichen, geht nur gemeinsam in Abstimmungsprozessen. Deswegen kooperieren wir auch mit Männer- und Väterverbänden sehr intensiv.

Jasmin Bäumker (LandeschülerInnenvertretung NRW): Die an mich gerichteten Fragen befassten sich mit den zeitlichen Freiräumen, die Schüler und Schülerinnen brauchen, und dem kulturellen und pädagogischen Wandel, der damit einhergehen sollte. Das ist ganz einfach in dem Sinne zu beantworten, dass ein Jugendlicher die zeitlichen Freiräume haben muss, seine Freizeit selbst zu gestalten. Man muss ein bisschen von der Vorstellung weggehen, dass die Zeit eines Jugendlichen in der

Ganztagschule von vorne bis hinten durchgeplant werden muss. Vielmehr sollte es Angebote geben, die man wahrnehmen kann, aber auch Angebote, die man selber gestalten kann, und die Möglichkeit, zu sagen: Diese Zeit ist mein Freiraum, und ich möchte sie so nutzen, wie ich das für richtig halte.

Dahin muss auch der pädagogische Wandel gehen. Wir brauchen Fachpersonal, gerade auch beim Lehrkörper, das so geschult ist, dass es nicht mehr nur um die Vermittlung von Fachkompetenz geht. Vielmehr müssen diese Personen auch eine soziale Struktur vorleben können und vorgeben können, als Ansprechpartner dienen können und für die Schüler auch zu Bezugspersonen werden können. Das ist für uns ganz wichtig. Wir fordern schon seit mehreren Legislaturen, dass in den Schulen mehr Schulsozialarbeit stattfindet, damit einfach auch ein Lebensraum entstehen kann.

Dann möchte ich noch kurz auf die Frage nach dem Mehrgenerationenhaus eingehen. Diese Frage kann ich jetzt natürlich nur aus meiner persönlichen Sicht als Jugendliche beantworten. Generell ist das eine ganz tolle Idee für junge Familien und für ältere Menschen, die bestimmt sehr schön im Einklang leben können. Ich selber bin jetzt aber in dem Alter, in dem ich gerne ausziehen möchte, und muss ganz ehrlich sagen: Ich wäre nicht begeistert davon, dann in ein Mehrgenerationenhaus zu ziehen, weil ich glaube, dass ich dann erst einmal mein eigenes Leben organisiert kriegen muss und es schaffen muss, alleine zu leben und alleine zurechtzukommen. Da ist es vielleicht doch hemmend, wenn Großmütterchen darüber wohnt und noch guckt, wie es mir denn geht, und meine Wäsche wäscht und bügelt, wenn ich es mal wieder nicht hinbekommen habe; denn dann lerne ich es nie. Außerdem ist das auch deswegen ein bisschen blöd, weil man natürlich andere Bedürfnisse hat. Ich als Jugendlicher komme auch mal um zwei Uhr nach Hause. Wenn ich dann die Tür ein bisschen lauter aufmache, findet das ein älterer Mensch vielleicht nicht so toll. Ich glaube also, dass man das Alter von 18 bis 25 Jahren damit nicht erreicht.

Chantal Schalla (Kinder- und Jugendrat NRW): Was die Mehrgenerationenhäuser angeht, habe ich die gleiche Einschätzung. Ich weiß nicht, ob man das so sagen darf; aber mich lockt das jetzt nicht aus der Ecke heraus. Es fasziniert mich also nicht wirklich. Für Familien und für jüngere Kinder ist das vielleicht ganz cool, aber nicht für Menschen ab 14 Jahren oder so. Zumindest für mich ist das jetzt nichts – und für viele andere leider auch nicht, glaube ich.

Jetzt kombiniere ich ein paar Fragen miteinander. Eine Frage lautete, wie sich die Zeitfenster in den letzten Jahren verändert haben. Eine andere Frage war, wie wir als Jugendliche Zeitfenster überhaupt einschätzen. Ich glaube schon, dass sich die Zeitfenster sehr verändert haben. Wie schon häufig erwähnt wurde, ist unsere Zeit relativ stark durchgetaktet. Während sich zum Beispiel meine Eltern früher als junge Menschen durch Hobbys, durch Schule, durch alles Mögliche definiert haben, definieren wir Jugendliche uns heute eigentlich nur noch massiv über die Schule oder das, was wir in dem Moment machen. Hobbys werden eher zur Nebensache. Eine Person, die vielleicht ein oder zwei Hobbys hat, ist schon ziemlich besonders. Eigentlich hat man nämlich gar keine Zeit mehr dafür. Ich bemerke das auch, was mein Ehrenamt an-

geht. Wenn der Freundeskreis das mitbekommt, findet er es schon ein bisschen abnormal.

Im Zusammenhang mit den Zeitfenstern wurden auch die psychischen Krankheiten angesprochen, die junge Menschen haben können. Wir haben auch bei uns einmal herumgefragt: Wie fühlt ihr euch eigentlich so? – Es war relativ erschreckend, dass zwei Drittel der Leute bei uns gesagt haben, sie fühlten sich aufgrund von Stress entweder häufig oder zumindest mehr als gelegentlich unwohl, und auch ganz viele Menschen geschrieben haben, es komme mehrmals in der Schulzeit vor, dass man auch mal heulend vor seinen Sachen sitze. Aus meinem Freundeskreis kann ich berichten, dass selbst Jungen irgendwann so verzweifelt waren.

Wie hat sich Familienzeit überhaupt verändert? Bei den jungen Menschen hat sich das gar nicht so sehr verändert, glaube ich. Ich habe jetzt zwischendurch immer wieder gehört, junge Menschen hätten gar nicht den Anspruch, Zeit mit der Familie zu verbringen. Da möchte ich deutlich widersprechen. Das stimmt auf keinen Fall. Bei uns war das – um es noch einmal zu betonen – wirklich der wichtigste Aspekt. Unter der Frage „Mit welchen Menschen möchtest du Zeit verbringen?“ stand jedes Mal: mit der Familie.

Ein bisschen komisch finde ich auch die Aussage, Eltern würden heutzutage mehr Zeit mit ihren Kindern verbringen als früher. Da stelle ich immer ein wenig infrage, inwieweit Eltern das auch wirklich einschätzen können; denn in unserer Umfrage hat niemand angegeben, dass er das Gefühl hat, genug Zeit mit seiner Familie verbringen zu können, sodass er zufrieden ist. Insofern glaube ich, dass die Einschätzung, die Eltern da tätigen, vielleicht ein bisschen falsch ist. Heutzutage würde sicher niemand zugeben, dass er zu wenig Zeit mit seinen Kindern verbringt. Das ist nicht in. Jeder würde sagen, dass er da schon genug macht. Die Ansprüche, die die Kinder an dieser Stelle an ihre Eltern haben, sind weitaus größer.

Eine weitere Frage lautete, inwiefern man das Vertrauen von Kindern in die Politik und vor allen Dingen in die Zeitpolitik wieder oder überhaupt erst einmal herstellen könne. Gut; es ist immer eine generelle Frage, wie man die Politikverdrossenheit bei jungen Menschen bekämpfen kann. Darauf habe ich jetzt keine pauschale Antwort. Das haben Sie sich alle bestimmt auch schon mehrmals gefragt. Ich sage meistens: Es geht über mehr Beteiligung. – Die LandesschülerInnenvertretung hat heute ja auch schon ein bisschen Werbung für sich gemacht. Ich kann natürlich auch nur immer wieder die Konzepte der kommunalen Jugendparlamente ans Herz legen. Wenn Kinder oder auch Jugendliche die Chance haben, selber mitzuarbeiten, wächst natürlich auch wieder das Vertrauen in den politischen Apparat.

Es gab noch eine Frage zu zeitlichen Ansprüchen und Gestaltungsmöglichkeiten. Ich habe gerade schon auf den stark durchgetakteten Alltag hingewiesen. Daher nutzen viele Menschen die Momente, die sie dann noch für sich haben, um wirklich einmal nur die Füße hochzulegen. Ganz oft ist das Problem, dass man zwar große Gestaltungsmöglichkeiten hat – viele Menschen sind super mobil und könnten unheimlich viel erleben –, aber die Motivation und die Muße dafür einfach nicht mehr da sind. Das ist relativ schade. Aber das erlebt man in der Jugend halt oft.

Frau Paul hat sich nach Ideen erkundigt, um einen pädagogischen Wandel zu erreichen. In diesem Zusammenhang möchte ich einen Punkt erwähnen, der uns bei unseren Fragen zur Geschlechtergerechtigkeit generell aufgefallen ist. In der Gesellschaft ist ja häufig noch verhaftet, dass Frauen zu Hause sein sollen und als Hausfrauen die Kinder hüten sollen. Das war bei uns überhaupt nicht so. Bei allen Umfragen ist geantwortet worden, das sei ja totaler Quatsch. Wenn man junge Menschen fragt, sagen genauso viele Männer wie Frauen, dass sie sich später auf jeden Fall um ihre Kinder kümmern wollen. Die Frauen wollen auch unheimlich viel Karriere machen. Das ist bei uns also überhaupt nicht mehr verhaftet. Ich weiß gar nicht, ob man bei unserer jungen Generation da so viel machen muss oder ob nicht vielleicht die ältere Generation, die immer so gerne über Gleichberechtigung redet, mal ein bisschen mehr bei sich handeln sollte.

Roland Mecklenburg (Landesjugendring NRW): Lassen Sie mich mit der Genderfrage beginnen. In der Tat machen wir die Erfahrung, dass im Bereich unserer ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und unserer Multiplikatorinnen und Multiplikatoren das Geschlechterverhältnis noch relativ ausgewogen ist. In den freiwilligen Diensten haben wir ein leichtes weibliches Übergewicht. Bei den Hauptberuflichen schlägt in der Jugendarbeit auch wieder die – ich nenne das einmal so – Wiederverweiblichung der sozialen Berufe durch. Das war in den 1970er-Jahren mal anders. Inzwischen ist es wieder umgekehrt. Das ist in der Tat ein Problem – insbesondere im Hinblick auf unsere Vorstellungen, wie Kinder und Jugendliche heute aufwachsen sollten. Das hat sicher auch mit der Zeitfrage zu tun. Ob das nun tatsächlich wissenschaftlich nachweisbar ist, vermag ich nicht zu sagen. Aber der Eindruck ist schon, dass die sozialen Berufe eine größere Flexibilität ermöglichen und dadurch für Frauen – in Führungsstrichen – „attraktiver“ sind. Wenn man davon ausgeht, dass der Haupterwerb in Familien nach wie vor durch Männer geleistet werden soll oder geleistet werden will oder auch geleistet werden muss, ist der Bereich der sozialen Arbeit jedenfalls an vielen Stellen finanziell nicht so attraktiv, dass er diese Möglichkeit bietet. – Das wären unsere Erklärungsmodelle.

Die Initiativen – um das abschließend kurz zu sagen – für mehr männliche Lehrer in Grundschulen und mehr Pädagogen in allen Handlungsfeldern, die es gegeben hat, haben ein bisschen darunter gelitten, dass wir lange über die ausgesprochen schrecklichen Erfahrungen im Bereich des sexuellen Missbrauchs in Institutionen geredet haben. Das hat meines Erachtens erstens dazu geführt, dass dieses Thema wieder ein bisschen versackt ist, und zweitens sowohl auf der Elternseite als auch bei vielen, die beruflich in diese Bereiche gehen wollten, zumindest ein gewisses Moratorium ausgelöst. Sie fragen sich in der Tat, ob das so erstrebenswert ist, wie es vielleicht vor drei oder vier oder fünf Jahren in der politischen Diskussion noch gewesen wäre.

Sarah van Dawen-Agreiter (Landesjugendring NRW): Zu den Mehrgenerationenhäusern in ihrer ganzen Vielfalt würde ich mir kein Urteil bilden wollen. In der Tat ist aber belegbar, dass junge Menschen eigene Räume für ihre Identitätsbildung brauchen. Es ist in der Tat wichtig, dass wir bei der kommunalen Jugendhilfeplanung

nicht anfangen, zu sagen: Warum steht dieser Raum vormittags leer? Lasst uns da doch das Seniorinnen- oder Seniorencafé machen oder die Krabbelgruppe unterbringen. – Junge Menschen müssen nämlich ihre Räume gestalten können. Sie müssen dort ihre Lieblingsbandposter aufhängen können. Sie müssen selber entscheiden können, ob sie am Anfang der Woche oder am Ende der Woche aufräumen wollen. Das sind ganz wichtige Prozesse für junge Menschen – zumal sie eben keine eigenen Wohnungen haben und in den meisten Fällen nicht selbst entscheiden können, wann sie ihr Zimmer aufräumen. Deswegen brauchen junge Menschen eigene Räume.

Ich persönlich bin auch ein Fan davon, dass junge Menschen sich Räume ständig wieder erkämpfen, so wie Sie das früher getan haben, Herr Prof. Ziegler. Gleichzeitig haben wir mit der kommunalen Jugendhilfeplanung aber ein gutes Instrument. Eigentlich muss jede Kommune für einen Zeitraum von fünf Jahren Bedarfe definieren und dann überlegen, wie sie das umsetzt, und Jugendarbeit als kommunale Pflichtaufgabe verstehen. Insofern wäre es gut, noch einmal Signale zu senden, dass das wirklich notwendig ist, und deutlich zu machen, dass Jugendzentren auch Jugendzentren bleiben dürfen und nicht gleichzeitig noch für alle anderen geöffnet werden müssen; denn junge Menschen werden ohnehin – das zeigen auch viele Studien – immer mehr aus dem öffentlichen Raum verdrängt. Das muss man auch in Bezug zur Stadtplanung insgesamt setzen und sich anschauen: Wie entwickeln sich Plätze? Müssen sie immer karger werden? Gibt es Möglichkeiten, sich hinzusetzen, ohne einen Kaffee zu bestellen, was junge Menschen nicht tun wollen und dann auch nicht tun müssten? Man muss also mit bedenken: Wie passen Räume für junge Menschen in den Städten und auf dem Land? – Das zu den Mehrgenerationenhäusern, auch wenn ich die Frage nicht so ganz beantwortet habe.

Außerdem gab es eine Frage zu den zeitlichen Freiräumen, die sich junge Menschen wünschen. Wir haben in der Tat als Landesjugendring das Bündnis für Freiräume initiiert. Als Erstes haben sich im Übrigen die Kinder- und Jugendärzte angeschlossen. Daran wird wohl deutlich, was sie in ihrer Praxis erleben und welche Folgen es eigentlich hat, wenn junge Menschen immer unter Leistungsdruck stehen und immer mehr leisten sollen – übrigens auch die, die dem gar nicht nachkommen können. Die fühlen sich nämlich noch mehr ausgeschlossen, wenn der Leistungsdruck für die anderen steigt. Auch dieser Aspekt ist mit zu bedenken, wenn man überlegt, ob wir eigentlich nur über Gymnasiastinnen und Gymnasiasten reden. Da haben wir als Landesjugendring mit dem Bündnis für Freiräume konkrete Vorschläge vorgelegt. Herr Mecklenburg hat sie heute Morgen schon benannt. Ich weise auch gerne noch einmal darauf hin. 35-Stunden Woche, freie Nachmittage – das sind ganz konkrete Dinge, die sich umsetzen lassen und die man auch landesweit befördern kann.

Am Samstag haben wir eine Aktion gemacht, bei der wir noch einmal Statements von sehr vielen jungen Menschen eingesammelt haben. Diese Aktion hieß „frei-schwimmen“, weil wir frei geschwommen sind, also „für umme“, und weil sich junge Menschen auch gemeinsam vom Druck freischwimmen müssen. Über diese Aktion werden wir auch noch einen Film veröffentlichen. Das hat von Samstag bis heute noch nicht geklappt. Ich lade Sie aber herzlich ein, sich diese Statements von jungen Menschen dann anzusehen.

Herr Düngel hat uns die Möglichkeit gegeben, kurz darzustellen, wie die Politik die Bedürfnisse von jungen Menschen insgesamt besser in den Blick nehmen könnte. Wir haben uns dazu ein Konzept überlegt, das wir Jugendcheck NRW genannt haben. Das heißt, dass Politiker und Politikerinnen, wenn sie ein Gesetz erarbeiten, immer ein Mal kurz überlegen müssten, welche Folgen das für junge Menschen im Hier und Jetzt und in der Zukunft haben könnte. Sie machen bei „es hat Folgen“ oder bei „es hat keine Folgen“ ein Häkchen. Dann denken Sie weiter darüber nach, ob Sie das Gesetz so verabschieden wollen oder ob Sie etwas daran ändern wollen. Auch das ist im Internet zu finden.

Attila Gümüs (Landeselternbeirat der Kindertageseinrichtungen NRW): Herr Düngel hat gefragt, ob ein bedingungsloses Grundeinkommen oder ein Kindereinkommen Zeitstrukturen und Freiräume schaffen kann. Diese Frage beantworte ich mit einem ganz klaren Ja. Das kann es in der Tat. Natürlich hängt das dann von der Ausgestaltung ab. Ein solches bedingungsloses Grundeinkommen hätte meines Erachtens den besonderen Charme, dass es eine Anerkennung von bisher nicht bezahlter Familienarbeit, also Hausarbeit, die typischerweise immer noch häufig von Frauen geleistet wird, gäbe. Ich weiß allerdings auch, dass das bedingungslose Grundeinkommen zwar aus ganz verschiedenen politischen Lagern kommt, dass es da aber auch eine reflexartige Ablehnung gibt. Ich finde es interessant, das zu diskutieren. Das müsste ein gesellschaftlicher Diskurs sein, in den man auch alle Akteure mit einbindet. Als Landeselternbeirat haben wir über dieses Thema selber nicht großartig diskutiert. Wir nehmen das aber einmal als Anregung mit und lassen Sie dann auch gerne wissen, was wir am Ende dazu denken.

Antje Beierling (Verband allein erziehender Mütter und Väter, Landesverband Nordrhein-Westfalen): Ich mache es in Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit kurz und bringe das Thema „Kindergrundsicherung“ einmal in einen Zusammenhang mit den Themen „Zeit“ und „alleinerziehend“. Familien schaffen es heute kaum, mit einem Vollzeitäquivalenteinkommen ihre Existenz zu sichern. Alleinerziehende haben das Riesenproblem, die Hälfte der Zeit zu haben und gleichzeitig alle Aufgaben – sozusagen doppelt – übernehmen zu müssen. Wenn es eine Kindergrundsicherung gäbe, bräuchte die alleinerziehende Mutter nur noch ihre eigene Existenz zu sichern und nicht mehr auch die Existenz ihrer Kinder. Das wäre ein wahnsinniger Vorteil.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang einige Zahlen nennen. 50 % der Kinder erhalten keinen Kindesunterhalt, 25 % zu wenig oder unregelmäßig und 25 % den Mindestunterhalt. Diese Zahlen machen deutlich, wie wichtig es ist, eine eigene Kindergrundsicherung zu haben – unabhängig von allen anderen Faktoren. Dann wäre es vielleicht auch möglich, dass die alleinerziehende Mutter nicht mit einem Vollzeitäquivalent in den Beruf gehen müsste, sondern etwas weniger Stunden arbeiten könnte und damit auch mehr Zeit für ihre kleine Familie hätte.

Johannes Pöttering (Landesvereinigung der Unternehmensverbände Nordrhein-Westfalen): Herr Prof. Ziegler, Sie haben eine Frage zur Unternehmenskultur gestellt und wollten wissen, wie wir das Ganze umsetzen. Da gibt es natürlich kein

Patentrezept. Jeder Betrieb ist anders und hat andere Bedürfnisse. Auch jeder Beschäftigte hat andere Wünsche und Anforderungen. Wichtig ist, dass eine Kultur glaubwürdig sein muss und gelebt werden muss. Führungskräfte müssen das vorleben. Natürlich gibt es da Leitbilder und Richtlinien. Darüber haben wir hier auch schon gesprochen. Die guten Leitbilder sind die kurzen, die sich wirklich auf Grundsätze und Ziele, die jeder verstehen kann, beschränken und nicht versuchen, jeden Einzelfall – was muss ich tun, wenn dieses eintritt oder jenes eintritt? – zu regeln. Man muss große Obersätze haben, an denen man dann konkret das Handeln ausrichtet. Wenn sie auch akzeptiert und verinnerlicht sind, ist das besser als jede Richtlinie, glaube ich.

An dieser Stelle gibt es das Spannungsfeld mit der Regulierung. Brauchen wir Regulierung, um Unternehmenskultur durchzusetzen, oder reichen solche Ziele und Grundsätze aus? Im Laufe der heutigen Anhörung ist dargestellt worden, wie unterschiedlich auch die Ansprüche und Anforderungen sind. Einige arbeiten lieber von 9 bis 16 Uhr und danach gar nicht mehr. Andere sind lieber eine Zeit lang im Büro, gehen dann nach Hause zu den Kindern und machen abends noch etwas. Wenn ich das als Gesetzgeber mit dem Arbeitszeitgesetz regulieren will und immer weiter in die Tiefe gehen will, werde ich feststellen, dass sich diese unterschiedlichen Wünsche irgendwo widersprechen, sodass es gesetzlich kaum möglich ist, diese wirklich divergierenden Wünsche unter einen Hut zu bringen.

Das soll nun beileibe kein Plädoyer von uns sein, gerade auch im Bereich Arbeitszeitgesetz jetzt alle Schranken hemmungslos zu öffnen. Es soll aber schon die Mahnung sein, es nicht in allem zu übertreiben; denn letztendlich macht man dann auch viel kaputt. Schließlich ist die Erfahrung: Je mehr Regulierung und Freistellungsansprüche etc. pp. es gibt, also mit je mehr entsprechenden Ansprüchen ein Arbeitgeber konfrontiert wird, die er unter einen Hut bringen muss und durch die er auch wirtschaftliche Beeinträchtigungen hat, desto weniger ist er dann bereit, das in Fällen zu tun, die nicht gesetzlich reguliert sind, in denen es aber vielleicht aufgrund der Lebenslage viel wichtiger wäre, jemanden freizustellen. In diesem Moment kann er dem sowohl wirtschaftlich als auch von der Bereitschaft her desto weniger gerecht werden. – Das an dieser Stelle in aller Kürze.

Prof. Dr. Ludwig Stecher (Justus-Liebig-Universität Gießen, Institut für Erziehungswissenschaft): Es waren insgesamt drei Fragen, die sich auch an mich gerichtet haben, nämlich zum Zeitbudget, zum Stress und zur Qualität der Familienzeit. Ich werde es auch relativ kurz halten, zumal Frau Jurczyk vorhin schon einiges davon erwähnt hat.

Zum Zeitbudget: Wir können uns hier auf zwei Studien beziehen, die repräsentativ für Nordrhein-Westfalen 2001 und 2012 von uns durchgeführt worden sind. In diesen Studien haben wir Zehn- bis 18-Jährige gefragt, wie sie in der Woche ihre Zeit verbringen. Sie sollten ungefähr einschätzen, wie viele Stunden sie für bestimmte Tätigkeiten aufwenden. Einen Befund können wir sehr deutlich feststellen, nämlich, dass sich in diesen zehn Jahren die Bedeutung von Schule erhöht hat. Die Kinder und Jugendlichen verbringen auch nach eigenen Angaben mehr Zeit in der Schule, als sie

das vor zehn Jahren getan haben – im Durchschnitt in der Woche vier Stunden mehr. Das ist durchaus auch durch die Ganztagschule bedingt. Wir haben nicht nur nach Unterricht gefragt, sondern danach, wie viel Zeit sie in der Schule verbringen.

Interessanterweise steigt in dieser Zeit aber auch die Zeit, die Jugendliche für das freiwillige Lernen, ohne sich auf Klausuren vorzubereiten, ohne für die Schule zu lernen, aufbringen. Ein größerer Prozentsatz der Jugendlichen gibt für sich an, dass sie das überhaupt tun, und diejenigen, die das tun, tun das auch in der Woche durchschnittlich länger. Das heißt, dass auch freiwillige Lernarbeit bei den Kindern und Jugendlichen zwischen zehn und 18 Jahren zunimmt. Insofern können wir deutlich feststellen, dass sich das Konzept mit dem Namen Bildungsmoratorium, das in den 1980er-Jahren entwickelt worden ist und sich darauf bezieht, dass die Kindheits- und Jugendphase vor allen Dingen in der Moderne dadurch geprägt ist, dass es bei gleichzeitiger Freisetzung von anderen Aufgaben die Aufgabe ist, etwas zu lernen und erfolgreich zu sein, hier in den letzten zehn Jahren weiter durchsetzt, also Schule, Bildung und schulischer Erfolg deutlich an Boden gewinnen.

Das kann man auch daran sehen, dass mittlerweile 80 % der Zehn- bis 18-Jährigen die Frage „Welchen Schulabschluss möchtest du gerne machen?“ mit „das Abitur“ beantworten – unabhängig davon, welchen Schulzweig sie gerade besuchen. Wir haben auch in der Hauptschule einen hohen Anteil von Schülern und Schülerinnen, die sich das Abitur grundsätzlich noch vornehmen.

Das heißt, dass die Bedeutung von Schule und von Lernen zunimmt. Gleichzeitig sehen wir, dass Dinge, die einen davon abhalten, abnehmen – beispielsweise das Jobben in der Freizeit für Geld. Wir sehen, dass dies in den letzten zehn Jahren deutlich weniger tun – und die, die es tun, tun es auch noch seltener in der Woche. Das heißt: Dieses Konzept des Bildungsmoratoriums – viel Lernarbeit und Freisetzung von anderen Arbeiten – setzt sich hier in den letzten zehn Jahren zunehmend durch.

Einen Nebenbefund dieser Studie mit Blick auf die Zeitverwendung will ich auch noch erwähnen. Wir sehen, dass einerseits die Zeit, die Jugendliche im Internet verbringen, deutlich steigt und dass andererseits die Zeit, die bei Treffen gemeinsam mit Freunden verbracht wird, abnimmt. Das ist ein interessanter Befund für die Soziologen und Soziologinnen, die sich mit Clique und Face-to-Face-Kontakten beschäftigen.

Zu dem Stress und den Belastungen von Kindern und Jugendlichen heutzutage will ich nicht allzu viel sagen. Frau Jurczyk hat schon einige zentrale Stressoren genannt. Wenn wir aber sehen, dass die Schule und das Lernen an Bedeutung zugenommen haben, können wir auch sagen: Die Schule und das Lernen und der schulische Erfolg als solche nehmen als mögliche Stressoren für Kinder und Jugendliche heutzutage zu. Umso wichtiger mehr Bildung und ein schulischer Erfolg sind, umso tragischer und umso problematischer ist für mich das schulische Scheitern.

Andere Stressoren, die zunehmen, wurden vorhin schon erwähnt, beispielsweise steigende Scheidungszahlen. Die Stressquellen haben in der Tat zugenommen. Ich will hier allerdings etwas Wasser in den Wein gießen. Wir haben die Jugendlichen

auch nach psychosomatischen Belastungen gefragt, also danach, wie häufig sie Kopfschmerzen, Übelkeit oder Schlafstörungen haben. Man kann auf dieser repräsentativen Ebene zwischen 2001 und 2012 keine Verschiebungen feststellen. Es ist also nicht so, dass sich psychosomatische Erkrankungen in der Art und Weise, wie wir sie erhoben haben, aus der Sicht der Kinder und Jugendlichen sozusagen flächendeckend ausdehnen würden.

Zum Schluss will ich noch kurz etwas zur Familienzeit sagen. Es ist schon vielfach betont worden, dass die Familie der zentrale Hort für die Kinder und Jugendlichen ist. Wir haben das mit vielen Fragen abgedeckt.

Eine dieser Fragen will ich kurz vorstellen. Wir haben nämlich gefragt: „Würdest du später deine eigenen Kinder so erziehen, wie du selbst erzogen worden bist?“, um hier einen Indikator zu haben, wie einverstanden man mit dem ist, was die Eltern machen, also wie nah sich die Generationen mit Blick auf das sind, was Erziehung heißen soll. Diese Frage ist seit den 1950er-Jahren in den Shell-Studien immer wieder gestellt worden. Wir können heute feststellen, dass sie noch nie so positiv beantwortet worden ist wie jetzt. In den 1980er-Jahren ist diese Frage deutlich ablehnend beantwortet worden. Damals gab es deutliche Kritik am Erziehungsverhalten der Eltern. Aber bereits in der Studie von 2001 sagen 75 %, sie würden ihre Kinder so oder so ähnlich erziehen, und 2012 waren es 77 % – alles bezogen auf Nordrhein-Westfalen. Das heißt, dass wir eine extrem zufriedene Generation haben, was das Erziehungsverhalten der Eltern anbelangt.

Wir haben das Thema „Familie“ noch viel weiter untersucht und können wirklich sagen, dass die Familie ein zentraler Hort ist, in dem sich die meisten Kinder und Jugendlichen auch wohlfühlen. Man darf nicht vergessen, dass etwa 10 bis 15 % sich in ihrer Familie nicht wohlfühlen und dort Streitigkeiten, Alkoholmissbrauch und auch körperliche Auseinandersetzungen erleben. Aber wenn wir die Generation als Ganzes betrachten, können wir sagen, dass die Familie ein ganz zentraler und qualitativ sehr hochwertiger Hort für die Kinder und Jugendlichen ist.

Ich will mit einer weiteren Frage, die wir gestellt haben, abschließen. Wir haben diejenigen, die etwas anders machen würden als ihre Eltern, gefragt: Was würdest du denn anders machen? – In den 1980er-Jahren ist diese Frage wie folgt beantwortet worden: Meine Eltern sollten sich mehr auf meine Wünsche einstellen und mehr mit mir sprechen, also diskursiver mit mir umgehen. – 2001 und 2012 war die meistgestellte Forderung, die Eltern sollten mehr Zeit mit den Kindern verbringen. Daraus können wir den Schluss ziehen, dass Kinder und Jugendliche häufig mehr Zeit mit der Familie verbringen wollen – Frau Schalla hat es auch schon ausgeführt – und dass sie gleichzeitig auch wissen, was sie in dieser Zeit mit ihren Eltern anfangen können.

Dr. Angelika Engelbert (Ruhr-Universität Bochum, Zentrum für interdisziplinäre Regionalforschung): Die Frage von Herrn Kern kann ich ob ihrer Gewaltigkeit – dafür bitte ich um Verständnis – nur recht plakativ und damit auch kurz beantworten. Sie lautete ja: Wie kriegen wir das Konzept von Lebensglück für Familien in die Breite getragen? – Drei Ansatzpunkte möchte ich nur kurz nennen.

Erster Punkt: Es handelt sich hierbei auch um ein subjektives Konzept von Lebensglück, über das wir sprechen. Dabei muss man berücksichtigen, dass das sehr stark eine Frage der Kommunikation ist – zum Beispiel der Kommunikation über Nutzen, Kosten und Stärken. Wir sprechen viel über Kosten von Kindern und weniger über Gewinne von Kindern. Wir sprechen auch viel über Kosten von Pflege und weniger über Gewinne durch die Kommunikation zwischen den Generationen. Das ist sicherlich eine Frage der Öffentlichkeitsarbeit und der allgemeinen Anerkennung. Die Eltern sagen immer, dass ihnen die Anerkennung fehlt – allerdings neben den Ressourcen.

Zweiter Punkt: Nicht von ungefähr dominiert sehr stark eine negative Kommunikation. Fakt ist – das haben wir heute des Öfteren gehört –, dass viele Familien unter Ressourcenmangel leiden. Über die wichtigsten Ressourcendimensionen, die wir kennen, haben wir heute gesprochen, nämlich Geld, Infrastruktur und Zeit. Das heißt: Diese Kommunikation hat auch etwas mit mangelnder Ressourcenausstattung für Familien zu tun – und die konkrete Lebenssituation auch.

Dritter Punkt: Wenn wir diese Ressourcenausstattung von Familien grundsätzlich stärken wollen – dazu gehört als ganz wichtiger Punkt auch Zeit, um das noch einmal deutlich zu sagen –, müssen tatsächlich alle Ebenen der Familienpolitik ihren Teil dazu beitragen, also Bund, Land und Kommunen. Die Kommunen – auch darüber haben wir heute länger gesprochen – sind diejenigen Stellen, die Familien in ihrem Alltag begleiten und sehr stark die Lebenssituation vor Ort prägen. Man muss bei den Kommunen auch in alle Ecken des Landes kommen. Das ist ein Punkt, über den wir heute noch nicht gesprochen haben. Man redet häufig von den großen Städten, wenn es um kommunale Zeitpolitik geht. Die großen Städte haben ihre Spezialisten, ihre besonderen Stellen und auch mehr Mittel und Spezialisierungsmöglichkeiten. In den kleinen und mittleren Kommunen fällt das schwerer. Da müssen dann oft die Gleichstellungsbeauftragten nicht nur die Familienpolitik, sondern auch noch zeitpolitische Aspekte mit übernehmen. Insofern muss man sich genau überlegen, wie man auch kleinere und mittlere Kommunen stärken kann. Ich sehe auch eine wichtige Landesaufgabe darin, den Kommunen da hilfreich zur Hand zu gehen. Dabei geht es vor allen Dingen darum, voneinander zu lernen. Das betrifft die Vernetzung. Ganz wesentlich sind Qualifizierung und Wissen über – das ist ja Ihr Thema – Zeitprobleme und Zeitstrukturen, um auf diese Art und Weise eine zeitsensible kommunale Familienpolitik voranzubringen.

Vorsitzende Ingrid Hack: Ich danke unseren Gästen ganz herzlich.

(Beifall)

Der Applaus gilt Ihnen allen, die Sie uns hier sehr ausführlich und sehr engagiert, wie ich finde, mit Herzblut und Verstand – das gehört nach meiner Auffassung nämlich immer zusammen – Rede und Antwort gestanden haben.

Ich kann für mich persönlich sagen: Es sind neue Anregungen gegeben worden, Beispiele genannt worden sowie Problemlagen thematisiert worden. Wie Frau Spacht-

holz vorhin gesagt hat und auch andere haben anklingen lassen, ist noch sehr viel zu tun. Dazu ist unsere Kommission auch da.

Über die heutige Anhörung wird der Stenografische Dienst, bei dem ich mich ebenfalls sehr bedanke, ein Protokoll erstellen. Dieses Protokoll wird dann natürlich auch öffentlich zugänglich sein.

Ich bedanke mich noch einmal herzlich bei Ihnen allen, verweise die Kommissionsmitglieder auf die nächste ordentliche Sitzung am 11. September 2015 und wünsche allen Sachverständigen sowie den Kommissionsmitgliedern einen guten Heimweg. Auf Wiedersehen! – Die Sitzung ist geschlossen.

gez. Ingrid Hack
Vorsitzende

17.09.2015/23.09.2015

50

